



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbst- ständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2022

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
RUAG MRO Holding AG (VBS).....	9
RUAG International Holding AG.....	12
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	15
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	19
Swisscom AG (UVEK).....	22
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	25
Schweizerische Post (UVEK).....	29
Skyguide AG (UVEK).....	33
Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	36
Pro Helvetia (EDI).....	41
Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI).....	46
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	50
Institut für Metrologie METAS (EJPD).....	54
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	57
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung SIR (EJPD).....	61
Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) (WBF).....	65
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	69
Identitas AG (WBF).....	73
Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (WBF).....	77
Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK).....	81
Schweizerische Trassenvergabestelle TVS (UVEK).....	85

Vorwort

Im Zeitraum vom 17. März bis 9. Juni 2023 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2022 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Händen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind die verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele gesteuert und kontrolliert werden (SR [172.010](#)). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die Schweizerische Post AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 22 Unternehmen und Anstalten.

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten strategischen Ziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Nach einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Ziele zusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2021 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im August 2023

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich/Bern (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes

(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: M. O. Hengartner (Präsident), B. Haering

(Vizepräsidentin), J. Mesot, M. Vetterli, C. Rüegg,

K. Becker van Slooten, M. Bürki, B. Fasana, S. Gasser,

C. Leister, C. Ritz Bossicard

Geschäftsführer: M. Kaeppli

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze*

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben die strategischen Ziele mehrheitlich erfüllt.

Die beiden ETH bieten eine auf die Bedürfnisse der Gesellschaft ausgerichtete Lehre von hoher Qualität an, welche eine grosse Nachfrage erfährt. Es werden innovative Lernkonzepte eingesetzt und fachübergreifende Kompetenzen gefördert.

Die beiden ETH bestätigten ihre Spitzenplätze in internationalen Hochschulrankings. Mit ihren Forschungsschwerpunkten leisten die Institutionen des ETH-Bereichs wichtige Beiträge in zukunftsrelevanten Themenfeldern wie Energie, Nachhaltigkeit und Digitalisierung.

Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Es bestehen nationale und internationale Partnerschaften mit Akteuren aus der Wissenschaft, dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Der Wissens- und Technologietransfer findet auf vielfältige Weise statt.

Mit dem Bau und dem Betrieb von national und international bedeutenden Forschungsinfrastrukturen leistet der ETH-Bereich einen substantiellen Beitrag zur Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz.

Der Bund ist die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2022 deckte er direkt oder indirekt 85,7 Prozent der Erträge. Der Drittmittelanteil sank auf 29,1 Prozent (2021: 30,6 %). Die Reserven (Übriges Eigenkapital) nahmen im Berichtsjahr um 18 Millionen zu.

Der ETH-Bereich sorgt für einen angemessenen Funktions- und Werterhalt seines Immobilienportfolios. Für das defizitäre STCC konnte eine Lösung für den frühzeitigen Heimfall gefunden werden.

Die Institutionen sind attraktive Arbeitgeberinnen. Die Bestrebungen, den Frauenanteil zu erhöhen, dürfen nicht an Dynamik verlieren. Im Berichtsjahr wurden Massnahmen zu weiteren Diversitätsaspekten umgesetzt. Den Anteil Lernender gilt es zu erhöhen.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	3 780	3 697
Jahresergebnis (Mio. CHF)	-21	110
Übriges Eigenkapital (Mio. CHF)	1 415	1 397
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6 757	6 661
Eigenkapitalquote in %	49,3	45,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	20 678	20 534

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Forschungsbeiträge, -aufträge und wissenschaftliche Dienstleistungen (Mio. CHF)	795	788
Schenkungen und Legate (Mio. CHF)	138	122
Anzahl Studierende/Doktorierende ¹⁾	37 116	36 110
davon Frauen in %	32,4	32,3
Professor/innen (Vollzeitstellen)	872	855
Technischer Deckungsgrad PUBLICA	97,2	109,3
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA	96,5	96,5

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 441	2 373
Unterbringungsbeitrag (Mio. CHF)	202	230
Studiengebühren, Weiterbildung (Mio. CHF)	58	56

¹⁾ Inkl. Studierende in Weiterbildungsstudiengängen, ohne Mobilitätsstudierende.

A. Zielerreichung 2022

1. Aufgabenbezogene Ziele des ETH-Bereichs

1. Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige und attraktive Lehre an.

Die beiden ETH entwickeln ihr Lehrangebot stetig weiter, im Berichtsjahr unter anderem in den Bereichen Neuro- und Quantenwissenschaften. Die Studienprogramme beinhalten auch die Vermittlung von fachübergreifenden Kompetenzen wie informatische Fähigkeiten («computational thinking»). Innovative Lernkonzepte erlauben neben Präsenzunterricht auch zeit- und ortsunabhängiges Lernen.

Ende 2022 waren 37 116 Studierende und Doktorierende an den beiden ETH eingeschrieben (2021: 36 110; +2,8 %). Das Fachgebiet Informatik und Kommunikationstechnologie wuchs wie die letzten Jahre besonders stark. Trotz des verlangsamten Studierendenwachstums (2021: +4,5 %) verschlechterte sich das Betreuungsverhältnis erneut.

Der Frauenanteil bei den Studierenden und Doktorierenden blieb praktisch unverändert bei 32,4 Prozent (2021: 32,3 %), der Ausländeranteil stieg auf 49,5 Prozent (2021: 48,1%), wobei er auf Doktoratsstufe am höchsten ist. Die Beschäftigungsquote nach einem Masterabschluss an den beiden ETH (Kohorte 2020) beträgt 97,3 Prozent (Kohorte 2018: 95,5%).

Nach einem noch von der Pandemie geprägten Jahr 2021 absolvierten im Berichtsjahr wieder mehr Studierende der beiden ETH einen Studienaufenthalt im Ausland.

Die Förderung von Frauen in den MINT-Fächern soll noch verstärkt werden, um dem Schweizer Arbeitsmarkt auch dieses Fachkräftepotenzial zur Verfügung zu stellen.

2. Forschung: Der ETH-Bereich wahrt seine internationale Spitzenposition in der Forschung und entwickelt seine Instrumente und Mechanismen zur frühzeitigen Erkennung zukünftiger Forschungsbedürfnisse weiter.

Mit ihren Forschungsschwerpunkten im Energiebereich, in den Computerwissenschaften und Informatik sowie in den drei Strategischen Fokusbereichen «Personalisierte Gesundheit und zugehörige Technologien», «Datenwissenschaften» und «Advanced Manufacturing» leisten die Institutionen des ETH-Bereichs wichtige Beiträge in zukunftsrelevanten Themenfeldern. Sie nutzen dabei Synergien und legen auch Wert auf Integrität in der Forschung.

Wirtschaft, Gesellschaft und Politik profitieren von den wissenschaftlichen Erkenntnissen, welche in vielfältiger Weise Anwendung finden, wie beispielsweise im Gesundheitswesen oder in Fragen der Cybersicherheit.

Die beiden ETH belegen in internationalen Hochschulrankings wiederum Spitzenpositionen. 2022 gingen mit der

Fields-Medaille und dem Marcel Benoist Preis zwei besonders renommierte Auszeichnungen an Forscherinnen der beiden ETH. 11 vom SNF finanzierte Consolidator Grants und 16 Starting Grants (2021: 18; -11,1 %) gingen an den ETH-Bereich.

Die Erträge aus den kompetitiv eingeworbenen Drittmitteln bewegen sich mit 466 Millionen Franken im gleichen Rahmen wie 2021 (469 Mio.; -0,6 %). Eine grössere Verschiebung gab es einzig bei den Erträgen aus den ordentlichen EU-Förderprogrammen der Generation Horizon 2020 (-23 Mio.) hin zu Erträgen aus Übergangsmassnahmen des Bundes für Horizon Europe (17 Mio.).

Der Bundesrat erwartet, dass sich der ETH-Bereich weiterhin sowohl an Kooperationsprojekten der EU beteiligt als auch die Übergangsmassnahmen des Bundes nutzt, um im internationalen Umfeld weiterhin attraktiv zu bleiben.

3. Forschungsinfrastrukturen: Der ETH-Bereich entwickelt, baut und betreibt Forschungsinfrastrukturen.

Die Forschungsinfrastrukturen des ETH-Bereichs stehen Forschenden aus dem In- und Ausland sowie der Industrie zur Verfügung. Die Nachfrage übersteigt regelmässig die Kapazitäten. Nach pandemiebedingten Einschränkungen hat sich die Nutzung der Infrastrukturen im Berichtsjahr wieder normalisiert.

Die in der Schweizer Roadmap für Infrastrukturen 2019 festgehaltenen Projekte schreiten voran, unter anderem der Aufbau einer neuen Recheninfrastruktur im Rahmen der HPCN-24 Initiative (High-Performance Computing and Networking).

Der ETH-Bereich beteiligt sich auch international an weiteren Forschungsanlagen, Beobachtungsnetzwerken und Forschungskonsortien. Die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastrukturen trägt unter anderem zur nationalen und internationalen Vernetzung bei.

4. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich die Zusammenarbeit und den Austausch mit der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind an allen Standorten des Schweizerischen Innovationsparks beteiligt und in den Advanced Manufacturing Technology Transfer Centers (AM-TTC) eingebunden. 2022 wurde vom WBF und der AM-TTC Alliance beschlossen, zwei weitere Zentren in den Bereichen kollaborative Robotik und Photonik bis Ende 2024 zu unterstützen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs pflegen den Austausch mit Grossunternehmen, KMU oder Spin-offs ebenso wie mit Bund, Kantonen und Gemeinden. Ihren Angehörigen bieten sie verschiedene Stipendien- und Beratungsangebote sowie Programme zur Förderung des Unternehmertums an.

Im Berichtsjahr schlossen die Institutionen des ETH-Bereichs 566 (2021: 585; -3,2 %) neue Zusammenarbeitsverträge mit der Privatwirtschaft ab. Drei weitere Spin-offs aus dem ETH-Bereich erlangten den Status eines Einhorn, 54 neue (2021: 60; -10,0 %) wurden gegründet. Zudem wurden 227 Patente (2021: 213; +6,6 %) und 180 Lizenzen angemeldet (2021: 181; -0,6 %) sowie 310 Erfindungsmeldungen (2021: 330; -6,1 %) und 37 Softwaremeldungen (2021: 39; -5,1 %) registriert.

Der ETH-Rat hat für die Periode 2025–2028 unter anderem den Strategischen Schwerpunkt «Engagement und Dialog mit der Gesellschaft» festgelegt und fördert bereits jetzt Initiativen in diesem Bereich. Ebenso engagiert sich der ETH-Bereich dafür, das Interesse von Schülerinnen und Schülern an den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer) zu fördern.

5. Zusammenarbeit und Koordination: Der ETH-Bereich wirkt bei der Gestaltung des Hochschulraums Schweiz aktiv mit.

Die Zusammenarbeit innerhalb des ETH-Bereichs wird mit den Strategischen Fokusbereichen sowie gemeinsamen Lehrgängen, Professuren und Forschungsinfrastrukturen gefördert. Forschungsplattformen, nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) und vom Bund unterstützte Kooperationsprojekte werden für die Zusammenarbeit mit anderen Schweizer Hochschulen genutzt. Weiter bestehen strategische Allianzen mit Schweizer Kompetenz- und Forschungszentren sowie Zusammenarbeiten mit Spitälern.

2022 hat der ETH-Rat eine Auslegeordnung erarbeitet, welche die Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren der Struktur des ETH-Bereichs angesichts der künftigen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen aufzeigt. Ebenfalls hat der ETH-Rat eine Strategie für assoziierte Standorte im ETH-Bereich verabschiedet. Darin werden einheitliche Kriterien und Prozesse für die Gründung, Erneuerung oder Schliessung von Standorten, die weniger als fünfzehn Jahre alt sind, definiert.

6. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und die Vernetzung mit den weltweit führenden Institutionen weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.

Die Institutionen des ETH-Bereichs werben mit Stipendien, internationalen Summer Schools und Mobilitätsprogrammen um talentierte ausländische Studierende, Doktorierende und Forschende. Der internationale assoziierte Standort der ETH Zürich in Singapur und ihre Studios in den USA und Indien sowie die Aktivitäten für die bilaterale Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz mit Ost- und Südostasien tragen weiter zur internationalen Ausstrahlung bei. Der internationale assoziierte Standort der EPFL Middle East in Ras Al Khaimah wurde 13 Jahre

nach seiner Gründung geschlossen. Für dessen Aufrechterhaltung hätte es ein neues Finanzierungsmodell und bedeutende Investitionen gebraucht.

Auch auf dem afrikanischen Kontinent engagieren sich die Institutionen des ETH-Bereichs in verschiedenen Projekten. Sie sind zudem Mitglieder bei internationalen Netzwerken und strategischen Allianzen.

2. Finanzielle und Infrastrukturelle Ziele

7. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: Der ETH-Bereich erweitert seine Finanzierungsbasis und stellt sicher, dass die Mittel strategiekonform und wirtschaftlich für die Lehre, Forschung sowie den Wissens- und Technologietransfer eingesetzt werden.

Der Bund ist die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2022 betrug die direkte Trägerfinanzierung 2643 Millionen Franken (2021: 2604 Mio.; +1,5 %). 85,7 Prozent (2021: 84,2 %) der Erträge des ETH-Bereichs stammen direkt (Trägerfinanzierung) oder indirekt vom Bund (kompetitiv vergebene Drittmittel von SNF, Innosuisse, EU-Forschungsrahmenprogramm, Übergangsmassnahmen und Ressortforschung).

Die Drittmittelerträge sind von 1148 Millionen auf 1086 gesunken (-5,4 %). Sie entsprechen einem Anteil von 29,1 Prozent (2021: 30,6 %) des Gesamtertrags. Der Anteil soll im Hinblick auf eine breiter abgestützte Finanzierungsbasis wieder erhöht werden. Potenzial besteht insbesondere beim Einwerben von Forschungsfördermitteln, welche vom Bund kompetitiv vergeben werden (SNF, Innosuisse, Übergangsmassnahmen).

Die Reserven (Übriges Eigenkapital) stiegen im Berichtsjahr um 18 Millionen, was hauptsächlich auf die Neubewertung des Finanzierungsleasing des STCC (+53 Millionen) zurückzuführen ist. Der ETH-Rat geht gemäss seiner aktuellen Planung davon aus, dass er die Reserven bis Ende 2024 gemäss dem strategischen Ziel des Bundesrates abbauen kann. Der Bundesrat erwartet in der verbleibenden Förderperiode die entsprechenden Investitionen in Forschung und Lehre.

Synergieeffekte werden im ETH-Bereich durch die Förderung von gemeinsamen Initiativen wie z.B. den Strategischen Fokusbereichen (SFA) oder durch die gemeinsame Nutzung von Forschungsinfrastrukturen erzielt. Auch in der Lehre, Administration, Logistik und Wissens- und Technologietransfer werden gemeinsame Einrichtungen und Synergien genutzt.

8. Immobilienmanagement und Nachhaltigkeit: Der ETH-Bereich koordiniert – unter Führung des ETH-Rats als Bau- und Liegenschaftsorgan des Bundes (BLO) – die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien im Eigentum des Bundes und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Der ermittelte Zustandswert in Relation zum Neuwert der vom ETH-Bereich genutzten Immobilien im Eigentum des Bundes liegt bei 81,1 Prozent (2021: 81,5 %).

Neben den stetig wachsenden Studierenden- und Doktorierendenzahlen stellte die Erhöhung der Energiepreise den ETH-Bereich vor eine weitere Herausforderung. Der ETH-Rat bewilligte 10 Millionen für zusätzliche Klimamasnahmen mit dem Ziel, den Energieverbrauch und den CO₂-Ausstoss weiter zu reduzieren. Damit kommt der ETH-Bereich auch seiner Vorbildrolle, unter anderem als Akteur der Initiative des Bundes «Vorbild Energie und Klima», nach.

Für die defizitären Strukturen des SwissTech Convention Center (STCC) der EPFL konnte 2022 eine Lösung für den frühzeitigen Heimfall gefunden werden, welcher zwischen 2024 und 2026 erfolgen wird. Bei zwei Neubauprojekten GLC in Zürich und BSS in Basel kam es zu erheblichen Verzögerungen. Der ETH-Rat hat ein externes Projektaudit für das GLC beschlossen, dessen Bau auch Mehrkosten verursacht hat.

Der Bundesrat erwartet, dass der ETH-Bereich die Bestrebungen für eine Verbesserung des Projektmanagements im Immobilienbereich konsequent weiterführt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

9. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich ist ein attraktiver und sozial verantwortlicher Arbeitgeber.

Die Anzahl Arbeitsverhältnisse hat gegenüber 2021 insgesamt um 107 auf 24 375 zugenommen, was einem Wachstum von 0,4 Prozent entspricht.

Der Frauenanteil stieg insgesamt auf 36,4 Prozent (2021: 35,9 %), bei der Professorenschaft auf 21,9 Prozent (2021: 19,8 %). Dazu beigetragen hat der Frauenanteil von 41,7 Prozent bei den Neuernennungen von Professorinnen und Professoren (2021: 46,2 %). In den Führungspositionen konnte der Frauenanteil auf 23,9 Prozent (2020: 22,7 %) erhöht werden. Die Gender-Strategie des ETH-Rats wird an den Institutionen umgesetzt.

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben zusätzliche Massnahmen zur Chancengleichheit ergriffen, die auch weitere Aspekte der Diversität einbeziehen, beispielsweise im Rahmen von Stellenausschreibungen oder Rekrutierungsprozessen. Die Präventionsmassnahmen gegen Diskriminierung, Mobbing, Drohungen, Gewalt und sexuelle Belästigung wurden weiter ausgebaut, ebenso wie die Schulungen und Beratungsangebote für Angehörige des ETH-Bereichs.

Der Anteil Lernender ging erneut leicht von 6,7 auf 6,5 Prozent zurück.

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Anstrengungen zur Erhöhung des Frauenanteils nicht an Dynamik verlieren dürfen und verstärkt weiterzuverfolgen sind. Er erwartet auch, dass wieder mehr Lernende ausgebildet werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die beiden ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen der strategischen Ziele und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten. Nennenswert sind hierbei die beherrschten Einheiten Société du Quartier d'Innovation (SQIE) und Société du Quartier Nord de l'EPFL (SQNE), welche Gebäude im Finanzierungsleasing unterhalten, sowie die Beteiligung an der ETH Zurich Foundation.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die konsolidierte Jahresrechnung des ETH-Bereichs für das am 31.12.2022 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2022 in Übereinstimmung mit den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) erstellt wurde und den gesetzlichen Vorschriften sowie dem Rechnungslegungshandbuch für den ETH-Bereich entspricht und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2022 (inkl. revidierte Jahresrechnung) gemäss Art. 35 ETH-Gesetz zur Genehmigung unterbreitet.

Er hat auch Antrag auf Entlastung der Mitglieder des ETH-Rats. Vom Jahresergebnis von -21 Millionen stammen -5 Millionen aus Schenkungen, Zuwendungen, Kofinanzierungen und -26 Millionen aus den assoziierten Einheiten. Der ETH-Rat stellte Antrag, die restlichen 10 Millionen (Bilanzgewinn) im Übrigen Eigenkapital zu belassen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 17.3.2023 hat der Bundesrat den Anträgen des ETH-Rats zugestimmt.

RUAG MRO Holding AG

Internet: www.ruag.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Nicolas Perrin (Präsident)

Heinz Liechti, Nicolas Gremaud, Caroline Kuyper

Leblond, Sibylle Minder Hochreutener

CEO: Peter E. Bodmer, Brigitte Beck

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Im Jahr 2022 hat die RUAG MRO Holding AG (RUAG MRO) die strategischen Ziele des Bundesrates teilweise erreicht. Insbesondere die finanzielle Entwicklung bei der RUAG MRO liegt unter den Erwartungen. Die strukturellen Probleme sind noch nicht überwunden. Ein Hauptaugenmerk ist auf die strategische Transformation und Weiterentwicklung gerichtet.

Positiv zu würdigen ist der endgültige Abschluss der Entflechtung. Die übergeordnete Beteiligungsgesellschaft der RUAG, die BGRB Holding AG, konnte Mitte 2022 aufgelöst werden, nachdem die Informatiksysteme von RUAG International und RUAG MRO getrennt waren. Mit der Auflösung der BGRB Holding sind auch die beiden Bundesvertreter aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

Die RUAG MRO hat die strategischen Ziele des Bundesrates im Geschäftsjahr 2022 teilweise erreicht. Insbesondere die finanziellen Ziele betreffend Rentabilität und Dividendenausschüttungen wurden nicht erreicht.

Die RUAG MRO weist für das Berichtsjahr ein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) von 15 Millionen aus (EBIT-Marge: 2,1 %). Damit wurde das Budget um 7 Millionen verfehlt. Die Netto-Finanzposition betrug per Ende 2022 140 Millionen.

Die Ziele zu den strategischen Schwerpunkten wurden teilweise erreicht. Im Zentrum der Leistungserbringung zugunsten der Armee steht die Basisleistung für die Betreuung der 130 Systeme der Armee. Trotz Engpässen in den globalen Versorgungsketten und trotz Inflation konnte RUAG im Jahr 2022 die Verfügbarkeit dieser Systeme zu stabilen Kosten sicherstellen.

Im Bereich der Rahmenbedingungen der Leistungserbringung hat RUAG MRO die Ziele erreicht.

Kennzahlen	2022	2021 ¹⁾
------------	------	--------------------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	681	647
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	27	23
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	n.a.	n.a.
Alle Reserven (Mio. CHF)	419	395
Bilanzsumme (Mio. CHF)	760	748
Eigenkapitalquote in %	55,2	52,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	2 804	2 816

Unternehmensspezifische Kennzahlen

EBITDA (Mio. CHF)	43	46
EBIT (Mio. CHF)	15	17
Free Cash Flow (Mio. CHF)	-8	44
Netto-Finanzposition (Mio. CHF)	140	150
Auftragseingang (Mio. CHF)	701	693
Technischer Deckungsgrad PK in % ²⁾	n.a.	n.a.

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Die Zahlen 2021 stimmen nicht mit den im Vorjahr publizierten überein, da nur noch das Ergebnis von RUAG MRO abgebildet wird.

²⁾ Die einzelnen Deckungsgrade der Arbeitgeber-Vorsorgewerke werden nicht publiziert.

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Abschluss der Entflechtung

Der Bundesrat beschloss am 24. November 2021, die BGRB Holding spätestens per Mitte 2022 rückwirkend auf den 1. Januar 2022 aufzulösen, sofern die Informatiksysteme von RUAG International und RUAG MRO zu diesem Zeitpunkt in allen wesentlichen Teilen getrennt sein würden und die Garantiestellung der BGRB Holding gegen-

* Strategische Ziele: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2022/1316/de>

über der RUAG International abgelöst wäre. Nachdem diese Voraussetzungen erfüllt waren, stimmte der Bund als Eigner von RUAG anlässlich der Generalversammlung vom 8. Juni 2022 der Auflösung der BGRB Holding zu. Mit der Auflösung der BGRB Holding sind auch die beiden instruierbaren Bundesvertreter, Sabine D'Amelio-Favez, Direktorin der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV), und Toni Eder, Generalsekretär des VBS aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

Die beiden Teilkonzerne werden seither durch den Eigner Bund direkt geführt. Die Eignerinteressen werden durch das VBS (GS VBS) und das EFD (EFV) gewahrt, wobei das VBS für die Belange der RUAG MRO federführend zuständig ist, während das EFD die Federführung für die Geschäfte von RUAG International hat. Die strategischen Ziele für die BGRB Holding, die der Bundesrat für die laufende Vierjahresperiode (2020-2023) erlassen hatte, wurden inhaltlich unverändert auf die beiden Konzerne RUAG International und RUAG MRO aufgeteilt. Die Berichterstattung zur Zielerreichung erfolgt neu ebenfalls getrennt.

Herausforderungen für die RUAG MRO

Die Lage blieb für die RUAG MRO auch im Jahr 2022 herausfordernd. Beim Aufbau der eigenständigen Holding zeigte sich, dass das Unternehmen in einigen Bereichen in einem schwierigeren Zustand ist als angenommen.

Die RUAG MRO ist weiterhin stark in Anspruch genommen von der personellen Entwicklung im Kader, dem Aufbau der Führungssysteme, dem Prozessmodell, den Informatiksystemen und von verlustbringenden Projekten. Gegen den Substanzverlust der Immobilien und Arbeitsmittel wurden Massnahmen ergriffen. Gleichzeitig muss sich die RUAG MRO auf die neuen grossen Systeme der Armee wie beispielsweise das neue Kampfflugzeug (NKF), die Erneuerung der bodengestützten Luftverteidigung (BODLUV), die Drohne ADS 15 und den Ersatz des Integrierten militärischen Fernmeldesystems (IMFS) vorbereiten. Diese Parallelität der Arbeiten ist sowohl inhaltlich als auch finanziell eine grosse Herausforderung.

RUAG zeigt sich zuversichtlich, dass sich die aktuelle Ergebnissituation auf eine ausserordentliche Transitionsphase bezieht und nicht die zu erwartende, mittelfristige Leistungsfähigkeit der RUAG abbildet.

Dienstleistungen zu Gunsten der Armee

Im Zentrum der Geschäftstätigkeit von RUAG steht die Basisleistung für die Betreuung von 130 Systemen der Armee. Trotz Lieferschwierigkeiten und Inflation wurden sowohl die Verfügbarkeit der Armeesysteme als auch die Abwicklung der Wertsteigerungsprojekte zu den vereinbarten Kosten sichergestellt.

Dennoch ist der EBIT vor Entflechtungskosten im Jahr 2022 mit 15 Millionen um 43 Millionen tiefer als er noch im Jahr 2020 war (58 Mio.). Hierbei fallen Verlustprojekte aus

der Vergangenheit wie ADS 15, COBRA und Pandur sowie die Bereinigung von Altlasten (überalterte Liegenschaften mit Schadstoffbelastungen, fossile Heizungen, Lücken bei der Objektsicherheit etc.) besonders in Gewicht. Hinzu kommt ein dringender, substanzieller Investitionsbedarf. Dazu zählt unter anderem die Vereinheitlichung des SAP-Systems.

2. Finanzielle Ziele

Gesamtkonzern und RUAG AG

Die finanziellen Ziele 2022 der RUAG MRO Holding AG und der RUAG AG wurden verfehlt, obwohl der Reingewinn der Holding mit 27 Millionen leicht über dem Vorjahreswert (23 Mio.) lag. Die RUAG MRO Holding AG weist für das Berichtsjahr ein Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) von 15 Millionen (EBIT-Marge: 2,1 %) aus. Damit wurde das Budget um 7 Millionen verfehlt. Der EBIT der RUAG AG liegt bei 6 Millionen (1,0 %) und damit 13 Millionen unter dem Budget. Die Abweichung zum Budget (RUAG MRO Holding AG) ist weniger dem Nettoumsatz (681 Mio. zu Budget 666 Mio.) geschuldet, als den Kostensteigerungen in den laufenden Projekten und Verträgen sowie zu optimistische Kalkulationen in der Vergangenheit. Die RUAG MRO sucht das Gespräch mit den Kunden, um die Kosteninflation über Preiserhöhungen weiterzugeben.

Immobilien

Die RUAG Real Estate erzielte einen EBIT von 8 Millionen (5 Mio. höher als budgetiert). Dabei profitierte sie von tieferen Aufwänden für Personal und Abschreibungen. Ein Teil des Ergebnisses ist aber auch darauf zurückzuführen, dass Instandsetzungen nicht so rasch wie geplant umgesetzt werden konnten.

Die Bereinigung des Substanzverlustes bei den Immobilien wird deutlich über die Mittelfristplanperiode hinausgehen. Dies wird sowohl den Cash Flow als auch die Bilanz belasten. Gerade in den nächsten Jahren wird es deshalb entscheidend sein, in welchem Umfang die RUAG MRO überhaupt in die Vorleistungen für den Ersatz der Armeesysteme und den Aufbau von Know-how und Produkten investieren kann.

Im Jahr 2022 konnten alle Beteiligungen der RUAG MRO ihre Geschäfte ohne zusätzliches Fremdkapital abwickeln.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand in der Schweiz betrug per Ende 2022 2581 Mitarbeitende (2441 Vollzeitstellen). Die Lernendenquote ist beachtlich und beträgt insgesamt 8,5 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Nettofluktuation auf knapp über 10 Prozent angestiegen (Vorjahr: 6,7 %) und liegt damit signifikant höher als im Branchenvergleich von Swissem (5,9 % Stand 2021). RUAG MRO beobachtet,

dass die Personalsituation im Markt derzeit allgemein sehr angespannt ist.

Der Frauenanteil im Verwaltungsrat der RUAG MRO ist mit 40 Prozent unverändert geblieben. Mit dem Eintritt der neuen CEO erhöhte sich der Frauenanteil in der Geschäftsleitung von bisher 29 Prozent auf 43 Prozent.

Der interimistische CEO, Peter Bodmer, verliess das Unternehmen Mitte 2022. Für seine Nachfolge konnte Brigitte Beck gewonnen werden.

Der Bundesrat hat am 17. März 2023 das VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die ordentliche Generalversammlung der RUAG MRO Holding AG vom Mai 2023 zuzustimmen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Am 28. Juni 2022 wurde die Swiss Innovation Forces AG gegründet. Die Gesellschaft bezweckt das Fördern von Innovation zu Gunsten des VBS, um mit diesen Tätigkeiten im Interesse der Landesverteidigung dazu beizutragen, dass die Ausrüstung und die Erfüllung des Leistungsauftrags der Armee sichergestellt sind.

B. Bericht der Revisionsstelle

Der Bericht der Revisionsstelle Ernst & Young AG zur Jahresrechnung der RUAG MRO Holding AG für das Jahr 2022 erfolgt ohne Einschränkungen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat stellt folgende Anträge an die Generalversammlung vom Mai 2023:

1. Kenntnisnahme von den Berichten der Revisionsstelle und Genehmigung des Lageberichtes, der konsolidierten Jahresrechnung 2022 der RUAG MRO Holding AG sowie der Jahresrechnung 2022 der RUAG MRO Holding AG;
2. Zustimmung zur Ergebnisverwendung inkl. einem Vortrag auf neue Rechnung sowie der Ausschüttung einer Dividende von CHF 1 631 791 (40 % des Reingewinns von RUAG Real Estate);
3. Erteilung der Entlastung für die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung;
4. Wiederwahl von Heinz Liechti, Nicolas Gremaud und Sibylle Minder Hochreutener als Mitglieder des Verwaltungsrates für eine Amtsdauer von einem Jahr;
5. Wiederwahl von Nicolas Perrin als Präsidenten des Verwaltungsrates für eine Amtsdauer von einem Jahr;
6. Die externe Revisionsstelle Ernst & Young AG für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
7. die Obergrenze der Gesamtentschädigung des Verwaltungsrates (inkl. VRP) auf CHF 485 846 für 2024 festzusetzen, den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf CHF 176 879 für 2024 festzulegen und den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung der Geschäftsleitung (inkl. CEO) auf CHF 3 248 360 für 2024 festzusetzen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

RUAG International Holding AG

Internet: www.ruag.com

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Dr. Remo Lütolf (Präsident), Jürg

Oleas, Déborah Carlson-Burkart, Kaspar W. Kelterborn,

Rainer G. Schulz

CEO: André Wall

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Im Jahr 2022 hat RUAG International Holding AG (RUAG International) die strategischen Ziele des Bundesrates grösstenteils erreicht.

Nach dem Abschluss der Entflechtung der RUAG MRO Holding AG und der RUAG International per Ende 2021 wurde die BGRB Holding AG im Juni 2022 aufgelöst und damit die RUAG International zu einer eigenständigen Aktiengesellschaft im vollständigen Besitz des Bundes.

Der Privatisierungsprozess wurde von RUAG International weiter vorangetrieben. So konnten im Jahr 2022 die Verkäufe von RUAG Ammotec, RUAG Simulation & Training sowie RUAG Australia erfolgreich abgeschlossen werden. Die Verkaufserlöse liegen insgesamt im mittleren dreistelligen Millionenbereich. RUAG International umfasst noch die Bereiche Aerostructures (Flugzeugstrukturbau) und Beyond Gravity (ehemals RUAG Space).

Der Reingewinn von RUAG International ist geprägt von den genannten Devestitionen und konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Verkaufserlöse führten zudem zu einer markanten Entspannung der Liquiditätssituation.

RUAG International konnte das Geschäft im Flugzeugstrukturbau (RUAG Aerostructures) weiter stabilisieren. Die Erholung der Luftfahrtbranche nach der Corona-Pandemie und die gesteigerte Produktion beim Hauptkunden Airbus trugen ebenfalls zum höheren Umsatz und Betriebsergebnis bei. 2023 soll dieser Geschäftsbereich devestiert werden.

Im Weltraumgeschäft erfolgte im März 2022 ein Rebranding. Die ehemalige RUAG Space tritt seither als Beyond Gravity auf. Im Jahr 2022 konnten grosse Neuaufträge gewonnen und der Umsatz gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Aufgrund von operativen Schwierigkeiten und Investitionen im Hinblick auf die Erweiterung der Produktionskapazität fiel das Betriebsergebnis im Weltraumgeschäft jedoch negativ aus. Im Jahr 2023 liegt der Fokus auf dem Abschluss der begonnen Reorganisation und einer Reihe weiterer Massnahmen, um die Verkaufsfähigkeit von Beyond Gravity zeitnah zu steigern.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	945	1240
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	154	58
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	n.a	n.a
Alle Reserven (Mio. CHF)	469	163
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1106	1119
Eigenkapitalquote in %	62,1	44,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	2963	6145
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
EBITDA (Mio. CHF)	199	116
EBIT (Mio. CHF)	178	70
Free Cash Flow (Mio. CHF)	472	8
Netto-Finanzposition (Mio. CHF)	570	106
Auftragseingang (Mio. CHF)	1043	1424
Technischer Deckungsgrad PK in %	113¹	110
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹ provisorischer Wert

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Entflechtung

Die Entflechtung der beiden Konzerne RUAG MRO und RUAG International wurde bereits per Ende 2021 weitgehend abgeschlossen. Im Berichtsjahr erfolgte die Auflösung der BGRB Holding AG. Die RUAG International ist seither eine eigenständige Aktiengesellschaft im vollständigen Besitz des Bundes.

* Strategische Ziele: [BBI 2022 1315 - Strategische Ziele des Bundesrates für die RUAG International Holding AG für die Jahre 2020–2023 \(admin.ch\)](#)

Privatisierungsprozess

Der Privatisierungsprozess wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben, drei Geschäftsbereiche konnten erfolgreich devestiert werden.

Im Mai 2023 wurde der Verkauf von RUAG Simulation & Training an das französische Unternehmen Thales abgeschlossen. Thales übernahm damit die Geschäftstätigkeiten mit allen rund 500 Arbeitnehmenden.

Der Verkauf von RUAG Ammotec an die italienische Beretta Holding wurde im August 2022 abgeschlossen. Mit Beretta konnte eine Käuferin gefunden werden, die den Standort Thun mit seinen rund 400 Mitarbeitenden während mindestens fünf Jahren weiterbetreibt.

Per Anfang September 2022 übernahm die australische ASDAM Gruppe alle Anteile an RUAG Australia.

Somit besteht die RUAG International noch aus den Geschäftsbereichen RUAG Aerostructures (Flugzeugstrukturbaue) und Beyond Gravity (ehemals RUAG Space; Weltraumsparte).

Geschäftsaussichten und Herausforderung

Im Jahr 2023 ist der Verkauf von RUAG Aerostructures geplant. Für die Auslandstandorte in Deutschland und Ungarn werden aufgrund des attraktiven Geschäfts (Produktion für Airbus) ein breites Interessensfeld und ein erfolgreicher Verkauf erwartet. Eine Herausforderung stellt der Verkauf des Standorts Emmen dar. Ihm fehlen ein Alleinstellungsmerkmal und eine klare Perspektive.

Für Beyond Gravity stehen 2023 verschiedene Herausforderungen im Hinblick auf deren Verkauf im Vordergrund. Beyond Gravity muss in den USA operativ stabiler werden und die angestossene Reorganisation erfolgreich abschliessen sowie Investitionen in den Aufbau von Produktionskapazitäten tätigen, um die gewonnenen Aufträge gewinnbringend zu erfüllen. Der Bundesrat erwartet, dass sich die Reorganisation und die u.a. für den Produktionsausbau nötigen Investitionen positiv im Verkaufserlös niederschlagen.

2. Finanzielle Ziele

Der Nettoumsatz von RUAG International belief sich 2022 auf 945 Millionen (Vorjahr 1'240 Mio.). Wegen den oben beschriebenen Devestitionen ist ein Vergleich der finanziellen Kennzahlen mit dem Vorjahr von beschränkter Aussagekraft. Um Devestitionen bereinigt konnte der Nettoumsatz um 5 Prozent erhöht werden. Sowohl RUAG Aerostructures (+13 %) als auch Beyond Gravity (+12 %) konnten ihren Umsatz steigern.

Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) lag mit 178 Millionen und einer EBIT-Marge von 18,8 Prozent (Vorjahr: 70 Mio. bzw. 5,6 %) deutlich im positiven Bereich. Die Devestitionserlöse haben dazu 108 Millionen beigesteuert, der operative Geschäftsgang 36 Millionen. Hinzu

kamen Sondereffekte in der Grössenordnung von 34 Millionen aus dem Bereich RUAG Aerostructures (Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen).

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Geschäftsbereichen RUAG Aerostructures und Beyond Gravity verlief unterschiedlich. Während beide Bereiche einen deutlichen Umsatzanstieg verzeichneten, konnte dies nur RUAG Aerostructures in ein verbessertes Betriebsergebnis (EBIT) umsetzen und das operative Ergebnis (ohne Sondereffekte) auf 11 Millionen steigern (Vorjahr: 5,4 Mio.). Hingegen verzeichnete Beyond Gravity einen negativen EBIT von -5,4 Millionen (Vorjahr: 14 Mio.), u.a. wegen operativen Schwierigkeiten insbesondere in den USA und den Investitionen im Hinblick auf die Erweiterung der Produktionskapazitäten.

Aus den Devestitionen, über deren Vertragsbedingungen die Parteien Stillschweigen vereinbart haben, resultierte ein Verkaufserlös im mittleren dreistelligen Millionenbereich. Dies führte zu einer markanten Entspannung der Liquiditätssituation.

Die Verkaufserlöse aus den getätigten Devestitionen werden dem Bund in den nächsten Jahren als Sonderdividende ausgeschüttet. Die Ausschüttungen erfolgen gestaffelt, weil ein Teil der Erlöse vorerst als Liquiditätsreserve im Unternehmen verbleiben muss, um finanzielle Risiken aus dem Geschäftsbetrieb und dem Devestitionsprozess abdecken zu können.

Für das Geschäftsjahr 2022 beantragt die RUAG International eine Dividende in der Höhe von 200 Millionen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche Personalpolitik

Der Personalbestand von RUAG International lag Ende 2022 bei 2963 Vollzeitstellen und damit wesentlich tiefer als im Vorjahr (6145). Der Rückgang begründet sich mit den erfolgten Devestitionen. Über die gesamte Belegschaft liegt der Frauenanteil bei 15,8 Prozent (2021: 22,1 %). Der tiefe Frauenanteil ist für Industrieunternehmen nicht untypisch. Der Bundesrat sieht diesbezüglich jedoch Raum für Verbesserungen. Im Berichtsjahr absolvierten 14 Lernende ihre Ausbildung bei RUAG International.

Die Nettofluktuation in der Schweiz lag im Jahr 2022 bei 19,1 Prozent und damit wesentlich höher als im letzten Jahr (8,3 %). Dieser Anstieg hängt insbesondere mit der Transformationsphase im Space-Bereich (Beyond Gravity) und der damit einhergehenden Reorganisation zusammen.

RUAG International konnte im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern im Rahmen von regelmässigen Sitzungen weiter festigen.

Der Verwaltungsrat der RUAG International mit insgesamt fünf Mitgliedern weist unverändert einen Frauenanteil von 20 Prozent aus. Die Geschäftsleitung (7 Mitglieder) hat per

Anfang 2023 einen Frauenanteil von 14,3 Prozent (2021: 20 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Mit dem Entscheid des Bundesrats vom Dezember 2020, auf eine Bildung einer Aerospace-Gruppe zu verzichten und die Geschäftsbereiche RUAG Aerostructures und Beyond Gravity einzeln zu deinvestieren, stehen Akquisitionen nicht zur Diskussion.

Im Berichtsjahr wurde der Privatisierungsprozess weiter vorangetrieben. Die Verkaufsprozesse der Geschäftsbereiche RUAG Ammotec, RUAG Simulation & Training sowie RUAG Australia konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Devestitionen wurden durch die Eignerstellen eng begleitet. Weil sich die vierteljährlichen Eignergespräche aufgrund ihres Rhythmus' dafür als wenig geeignet erwiesen, wurde mit dem sog. Dispositiv Devestitionen ein Gremium geschaffen, dass bei den Devestitionen eine schnelle und reibungslose Abstimmung zwischen RUAG International und den Eignerstellen erlaubt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Berichte der Revisionsstelle Ernst & Young AG zur Konzernrechnung sowie zur Jahresrechnung der RUAG International Holding AG für das Jahr 2022 erfolgen ohne Einschränkungen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung der RUAG International Holding AG findet am 24. Mai 2023 statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. eine Anpassung der Statutenbestimmungen aufgrund der Aktienrechtsreform (neues Aktienrecht in Kraft per 1. Januar 2023);
2. vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis zu nehmen sowie den Geschäftsbericht, die Konzernrechnung 2022 und Jahresrechnung 2022 der RUAG International Holding AG zu genehmigen;
3. der Ausschüttung einer Dividende von CHF 200 000 000 aus den übrigen Kapitalreserven der RUAG International Holding AG zuzustimmen;
4. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung der RUAG International Holding AG für das vergangene Geschäftsjahr die Entlastung zu erteilen;
5. die Verwaltungsräte Dr. Remo Lütolf, Jürg Oleas, Deborah Carlson-Burkart, Kaspar Kelterborn und Rainer Schulz für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
6. Dr. Remo Lütolf als Präsident des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;

7. die Ernst & Young AG als Revisionsstelle für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
8. für das Geschäftsjahr 2024 die Obergrenze der Gesamtschädigung des Verwaltungsrates (inkl. VRP) auf CHF 523 301, den maximalen Betrag der Gesamtschädigung des Vorsitzenden des Verwaltungsrates auf CHF 188 532 sowie die Gesamtschädigung der Geschäftsleitung (inkl. CEO) auf CHF 4 642 469 festzusetzen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 17. März 2023 das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die ordentliche Generalversammlung der RUAG International Holding AG vom 24. Mai 2023 zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Marlene Amstad (Präsidentin), Martin Suter (Vizepräsident), Ursula Cassani Bossy, Susan Emmenegger, Alberto Franceschetti, Benjamin Gentsch, Marzio Hug, Andreas Schlatter

Direktor: Urban Angehrn

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre vierte Strategieperiode (2021–2024) wurden vom Bundesrat am 18.11.2020 genehmigt.

2022 erreichte die FINMA wichtige Meilensteine in Bezug auf die Erreichung aller strategischen Ziele. Namentlich wurden Arbeiten zur Stärkung der Liquidität in unterschiedlichen Finanzmarktsektoren vorangebracht, Fortschritte bei der Entschärfung des Too-big-to-fail-Risikos erzielt und der Bewilligungsprozess für Vermögensverwalter und Trustees optimiert. In der Aufsicht fokussierte die FINMA auf die Zins- und Inflationsentwicklung, Entwicklungen auf dem Hypothekarmarkt, eine potenzielle Strommangellage, Cyber- und Geldwäschereirisiken, Risiken im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit sowie Greenwashing.

Für 2023 vorgesehen sind u.a. weitere Arbeiten zur Liquidität bei systemrelevanten Banken und grossen Versicherungen, vertiefte Tests der operativen Effektivität der Recovery- und Resolution-Pläne bei Grossbanken, die Implementierung der Versicherungsvermittleraufsicht, ein Aufsichtsfokus auf die operationelle Resilienz der Finanzinstitute sowie eine Auswertung von Analysen zur Nutzung von künstlicher Intelligenz in der Finanzbranche.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2022 mit einem Gewinn von 13,3 Millionen Franken ab. Ende 2022 beträgt die Reserve 96 Prozent (d.h. CHF 130,8 Mio.). Haupterlös des Rechnungsjahres 2022 bilden die bei den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 122,6 Mio.). Der grösste Aufwandposten ist der Personalaufwand in Höhe von 107,9 Millionen Franken. Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2022 von 519 auf 539 unbefristete Vollzeitstellen (+3,9 %).

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	145,8	138,8
Reingewinn (Mio. CHF)	13,3	12,6
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ¹⁾	130,8	118,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	193,6	187,6
Eigenkapitalquote in % ²⁾	77,2	55,1
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	539,0	519,0

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Betriebsaufwand (Mio. CHF)	132,4	125,5
Personalaufwand (Mio. CHF)	107,9	104,1
Technischer Deckungsgrad PK in % ⁴⁾	98,3	111,3
Ökonomischer Deckungsgrad PK in % ⁵⁾	95,8	87,9

Aufsichtsabgaben und Gebühreneinnahmen

Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	122,6	120,8
Gebühren (Mio. CHF)	22,0	17,3

¹⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

²⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

³⁾ Es handelt sich sowohl um befristete als auch um unbefristete Stellen. Eingeschlossen sind Lernende sowie Hochschulpraktikantinnen und -praktikanten.

⁴⁾ Provisorisch.

⁵⁾ Berechnung nach IAS 19.

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre vierte Strategieperiode (2021–2024) haben einen Bezug zum Kunden- und Systemschutz (Ziele 1 bis 8) oder sind betrieblicher Natur (Ziele 9 und 10).

(1) Kapital und Liquidität: Die FINMA sorgt für die Stabilität der beaufsichtigten Finanzinstitute, insbesondere durch eine starke Kapitalisierung und Liquidität der Banken und Versicherungen.

Die Mitte 2022 in Kraft getretene Revision der Liquiditätsverordnung ermöglicht der FINMA, individuelle Zusatzanforderungen an die Liquiditätsausstattung der systemrelevanten Banken zu erarbeiten. Die FINMA leistete hierfür konzeptionelle Vorarbeiten, die 2023 konkretisiert werden.

Auch stellte die FINMA die Umsetzung des neuen Ansatzes zur Bildung von Wertberichtigungen für Ausfallrisiken sicher und führte im Herbst 2022 eine öffentliche Anhörung zu Entwürfen für Ausführungsbestimmungen in FINMA-Verordnungen zu «Basel III» durch.

Im Versicherungsbereich wurden die Stresstests erweitert, indem neben den Auswirkungen auf die Solvabilität gemäss dem Schweizer Solvenztest SST neu auch die Auswirkungen auf die Bedeckung der gebundenen Vermögen und auf die Liquidität in die Stresstests integriert sind.

(2) Geschäftsverhalten: Die FINMA nimmt nachhaltig positiven Einfluss auf das Geschäftsverhalten der beaufsichtigten Finanzinstitute.

Die FINMA wirkte mit Analysen, Aufsichtsgesprächen und gezielten Vor-Ort-Kontrollen darauf hin, dass die im Finanzdienstleistungsgesetz vorgesehenen Pflichten geprüft und umgesetzt wurden. Ferner prüfte die FINMA bei den Beaufsichtigten die Einhaltung der Sanktionen in Verbindung mit dem russischen Angriffskrieg.

Der Bewilligungsprozess für Vermögensverwalter und Trustees wurde weiter optimiert und es wurde ein Prozess betreffend den Umgang mit vorsätzlich oder fahrlässig unbewilligt tätigen Vermögensverwaltern und Trustees implementiert.

Zudem befasste sich die FINMA mit den spezifischen Risiken der Verwaltung von Vorsorgevermögen, überprüfte das Geschäftsverhalten im Bereich der Lebens- und Krankenversicherungen und setzte die Fokussierung auf die Umsetzung der Geldwäschereiabwehr bei Anbietern von auf neuen Technologien basierenden Geschäftsmodellen sowie bei der traditionellen Vermögensverwaltung im Zusammenhang mit Sitzgesellschaften und komplexen Strukturen um.

(3) Risikomanagement und Corporate Governance: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass die beaufsichtigten Finanzinstitute ein vorbildliches Risikomanagement betreiben, und fördert mit ihrer Aufsichtstätigkeit eine verantwortungsvolle Corporate Governance.

Die FINMA überprüfte ihr Instrumentarium im Bereich individuelle Verantwortlichkeit und Vergütungsfragen. Ihre Erkenntnisse stellte sie auch den laufenden Arbeiten des SIF zum Postulat Andrey «Schlanke Werkzeuge, um höchste Finanzmarktkader besser in die Pflicht zu nehmen» zur Verfügung.

Die Entwicklungen am Hypothekarmarkt und das entsprechende Risikomanagement der Finanzinstitute wurden mittels Benchmarking-Analysen, Stresstests und Vor-Ort-Kontrollen eng verfolgt.

Weitere Schwerpunkte bildeten die Einhaltung der Gewährsanforderungen, der Ausbau der Berichterstattung zur Enforcement-Tätigkeit sowie Liquidität und Verschuldungsgrad bei kollektiven Kapitalanlagen.

(4) Too big to fail: Die gesetzlich vorgesehenen Pläne werden fertiggestellt, um eine dauerhafte Entschärfung des Too-big-to-fail-Risikos zu bewirken.

Die FINMA beurteilte die Recovery- und Notfallpläne der systemrelevanten Schweizer Finanzinstitute. Die Notfallpläne von PostFinance, Raiffeisen und Zürcher Kantonalbank blieben weiterhin nicht umsetzbar. Erstmals wurden die Recovery-Pläne von SIX x-clear und SIX SIS ohne Auflagen genehmigt.

Bei den Arbeiten des SIF zur Revision der Liquiditätsverordnung sowie im Bereich eines «Public Liquidity Backstop» leistete die FINMA Beiträge.

(5) Strukturwandel: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass das Finanzsystem angesichts der bevorstehenden strukturellen Veränderungen robust bleibt und seine Kunden von neuen Möglichkeiten profitieren können, ohne zusätzlichen Risiken ausgesetzt zu sein.

Die FINMA befasste sich mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz und Machine Learning bei Beaufsichtigten sowie mit der Überwachung und Minderung von Cyberisiken.

Die Risiken für die Beaufsichtigten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Zinsen und gleichzeitig steigender Inflation wurden eng verfolgt. Mit Finanzinstituten, welche eine erhöhte Zinsrisiko-Exposition zeigten, wurde ein Gespräch geführt und in Einzelfällen wurden weitere Aufsichtsmassnahmen getroffen.

(6) Innovation: Die FINMA unterstützt die Innovation auf dem Finanzplatz Schweiz.

Die FINMA analysierte die Auswirkungen von digitalen Businessmodellen auf Geschäftsmodelle von Banken und evaluierte ihre Praxis bei Dienstleistungen und Produkten im Zusammenhang mit virtuellen Vermögenswerten sowie den Handlungsbedarf im Bereich Decentralized Finance.

Ferner unterstützte die FINMA die Folgearbeiten des SIF zum Bericht «Digital Finance» und setzte sich in internationalen Gremien für eine differenzierte, auf die Risiken basierte Anwendung und Entwicklung der internationalen Standards für den Umgang mit Krypto-Assets ein.

(7) Nachhaltigkeit: Die FINMA trägt zur nachhaltigen Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz bei, indem sie insbesondere klimabezogene Finanzrisiken in ihre Aufsichtstätigkeit einbezieht und die Finanzinstitute zu einem transparenteren Umgang mit diesen Risiken anhält.

Die erstmalige Offenlegung durch Banken und Versicherungen der Aufsichtskategorie 1 und 2 wurde überprüft und es wurden korrektive Massnahmen bei der Offenlegung an die Institute kommuniziert. Gestützt auf die Analyseergebnisse sowie Aufsichtsgespräche wurden die Methoden zur Messung von Klimarisiken und deren Auswirkungen bei Versicherungen evaluiert.

Im Hinblick auf «Greenwashing»-Risiken setzte die FINMA Aufsichtsmaßnahmen zur Verhinderung von Täuschungen auf Produktebene um. Sie führte mehrere Vor-Ort-Kontrollen sowie vertiefte Analysen zu ESG-Themen bei Vermögensverwaltern, Banken, Immobilienfonds und Versicherungen durch, intensivierte den Dialog mit den Beaufsichtigten und griff korrigierend ein, wo dies aus rechtlicher Sicht notwendig und möglich war.

(8) Internationale Zusammenarbeit und Regulierung: Die FINMA unterstützt die Gleichwertigkeit der Schweizer Finanzmarktregulierung mit internationalen Standards. Sie bringt die Schweizer Interessen aktiv in die internationalen Gremien ein und setzt sich für glaubwürdige internationale Standards ein. Die FINMA ist für Aufsichtsbehörden im Ausland eine anerkannte, kooperative und verlässliche Partnerin. Im Bereich der Finanzmarktregulierung setzt sich die FINMA für eine Regulierung ein, die eine gezielte Risikoreduktion bezweckt und die sich durch Proportionalität und grösstmögliche Einfachheit auszeichnet.

Die Beurteilung der Schweiz hinsichtlich der Umsetzung der relevanten IAIS-Standards inklusive Aufsichtspraxis im Versicherungsbereich fiel positiv aus.

Die Verhandlungen zu einem «Mutual Recognition Agreement» zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich unterstützte die FINMA mit ihrer Fachexpertise. Auch schloss sie eine Kooperationsvereinbarung mit der China Securities Regulatory Commission im Bereich Marktaufsicht im Zusammenhang mit dem «China-Switzerland Stock Connect».

Erkenntnisse aus der Evaluation zum Kleinbankenregime wurden umgesetzt und es wurden die Arbeiten für eine regulatorische Verankerung des Kleinversicherer-Regime aufgenommen. Die laufenden Arbeiten zur Stufengerechtigkeit wurden weitergeführt.

(9) Ressourcen: Der Bedarf an Ressourcen richtet sich nach dem Aufwand, der für die effiziente Erfüllung des erweiterten gesetzlichen Auftrags der FINMA erforderlich ist. Der Einsatz neuer Technologien trägt zu Effizienz- und Effektivitätsgewinnen bei.

Die FINMA evaluierte ihren künftigen Ressourcenbedarf und legte fest, welche zusätzlichen Aufgaben (zusätzliche gesetzliche Aufgaben sowie aufgrund von Entwicklungen in Aufsichtsbereichen wie Cybersicherheit und Fintech) zu einer Erhöhung des Stellenplafonds führen und welche durch eine Effizienzsteigerung durch angepasste Prozesse oder

durch Digitalisierung und Automatisierung umgesetzt werden sollen. Der Stellenplafond wird per 2023 um 44 unbesetzte Stellen erhöht auf 561,6 Vollzeitstellen. Die Stellenbesetzung erfolgt schrittweise bis 2025.

Eine organisationsweite Digitalstrategie mit einem mehrjährigen Umsetzungsplan wurde verabschiedet und es wurden erste Vorhaben erfolgreich umgesetzt. Ausgebaut wurden die Analysefähigkeiten in den Kernprozessen und es wurde die Digitalisierung und Automatisierung im Bewilligungsprozess für Vermögensverwalter und Trustees sowie bei Liquidations- und Konkursverfahren weiterentwickelt.

(10) Mitarbeitende: Die Mitarbeitenden der FINMA sind hoch qualifiziert und bilden sich laufend weiter. Sie zeichnen sich durch hohe Motivation, Integrität und Flexibilität aus. Als attraktive Arbeitgeberin sorgt die FINMA für Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Im Bereich der Personalentwicklung wurden Massnahmen zur Förderung der beruflichen Veränderungsfähigkeit der Mitarbeitenden (Job Rotation, Berufsphase 55+, Anrecht auf Aus- und Weiterbildungstage) vollständig in die ordentlichen Personal- und Führungsprozesse integriert. Im Hinblick auf das «New Normal» wurden Fernarbeit und Präsenzarbeit reglementarisch verankert sowie die Räumlichkeiten modernisiert.

Um die Chancengleichheit zu fördern, formulierte die FINMA sogenannte Erhaltungs- und Entwicklungsziele für die Chancengleichheit von Männern und Frauen. Die Policy für eine genderbewusste Sprache wurde bei der internen und externen Kommunikation umgesetzt.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2022 mit einem Gewinn von 13,3 Millionen Franken ab. Dies sind 0,7 Millionen Franken mehr als im Vorjahr (+5,5 %). Haupterlös des Rechnungsjahres 2022 bilden die bei den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 122,6 Mio. / 2021: CHF 120,8 Mio.; +1,5 %). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von 107,9 Millionen Franken (2021: CHF 104,1 Mio.; +3,7 %).

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA gemäss Art. 16 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG, SR 956.1) Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven werden jedes Jahr grundsätzlich im Umfang von 10 Prozent der jährlichen Gesamtkosten je Aufsichtsbereich geäuft, bis sie den Umfang eines Jahresbudgets erreicht oder wieder erreicht haben. Aufgrund der Entwicklung der Kostensituation der FINMA durch die Umsetzung des Finanzdienstleistungs-, des Finanzinstituts- und des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie Zusatzaufwänden im Zusammenhang mit der Digitalisierung beträgt die Re-

serve Ende 2022 noch nicht 100 Prozent des Jahresbudgets, sondern liegt derzeit bei 96 Prozent. Es ist deshalb auch im Folgejahr mit einer Zuweisung an die Gesamtreserven zu rechnen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA stieg im Jahr 2022 von 519 auf 539 unbefristete Vollzeitstellen (+3,9 %). Die gemäss Lohngleichheitsinstrument des Bundes gemessenen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen -1,5 Prozent (2021: -0,9 %) und unterschreiten damit deutlich den maximal erlaubten Toleranzwert von 5,0 Prozent.

Aufrechterhaltungs- und Aufbauziele für die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sehen namentlich konkrete Richtwerte für eine zukünftige nachhaltig proportionale Geschlechterverteilung in den jeweiligen Kaderstufen vor (mind. 35% Frauenanteil in den unteren Fach- und Führungskaderfunktionen sowie mind. 33% Frauenanteil in den oberen Fach- und Führungskadern bzw. in der Geschäftsleitung).

An einer Vollbefragung des gesamten Personalbestands nahmen rund 90 Prozent der Mitarbeitenden teil. Die Mitarbeitenden zeigten generell eine hohe Arbeitszufriedenheit (80/100 Pkt.; 2019: 78/100 Pkt.) und identifizierten sich in hohem Mass mit der FINMA (87/100 Pkt.; 2019: 86/100 Pkt.).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Gremien im Finanzbereich. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an Kooperationen beteiligt, noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss ihrem Bericht vom 08.03.2023 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31.12.2022 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie «Cashflows» in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem FINMAG entspricht. Auch existiert für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit dem Finanzkontrollgesetz (FKG, SR 614.0) und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats der FINMA ausgestaltetes internes Kontrollsystem. Die EFK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Nach Art. 21 Abs. 2 FINMAG finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 16.11.2022.

Am 16.12.2022 wählte der Bundesrat Martin Suter, den Vizepräsidenten des Verwaltungsrates der FINMA, für eine weitere Amtsdauer wieder.

Den Geschäftsbericht 2022 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 17.3.2023.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 11.3.2022 verabschiedete der Bundesrat eine Änderung der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV, SR 172.010.1). Mittels Umsetzung einer Empfehlung im Bereich Corporate Governance wurde die bestehende Praxis bei der Steuerung der bundesnahen Betriebe rechtlich stärker verankert.

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: <https://www.serv-ch.com/>

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Barbara Hayoz (Präsidentin),
Christoph Meier (Vizepräsident), Claudine Amstein,
Claire-Anne Dysli Wermeille, Christian Etter, Burkhard
Huber, Peter Jenelten, Reto Wyss

CEO: Peter Gisler

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

2022 konnte die SERV ein positives Unternehmensergebnis erzielen. Es betrug 46,7 Millionen Franken. Das Neuexposure, d.h. das Volumen der neu abgeschlossenen und zugesagten Geschäfte (Versicherungen VP und Grundsätzliche Versicherungszusagen GV), stieg im Vergleich zum Vorjahr leicht von 4,65 auf 4,73 Milliarden Franken. Der Exposurebestand lag Ende 2022 bei 10,17 Milliarden Franken. Der Verpflichtungsrahmen von 14 Milliarden Franken war zu 72,6 Prozent ausgelastet.

Die SERV erzielte 2022 eine Eigenwirtschaftlichkeit von 77,6 Millionen Franken. Das Eigenkapital war mit rund 2,88 Milliarden Franken Ende 2022 ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr.

Die im Jahr 2020 eingeführte Anpassung der schweizerischen Wertschöpfungsanforderung für SERV-Versicherungen wurde 2022 beibehalten und ins ordentliche Recht überführt. Die temporär erhöhten Deckungssätze für Bondgarantien und Fabrikationskreditversicherungen liefen hingegen per Ende 2022 aus.

Das Berichtsjahr war von geopolitischen Unsicherheiten, steigenden Inflationsraten und den Sanktionen aufgrund des Ukraine-Kriegs geprägt. Bis Ende 2022 waren bei Exporten nach Russland keine Schäden zu verzeichnen. Die maximal möglichen Schäden für die SERV bei Versicherungen, die vor dem Krieg für Russland, Belarus und die Ukraine abgeschlossen wurden, beliefen sich Ende 2022 auf 766 Millionen Franken. Die SERV arbeitet mit den versicherten Exporteuren und Banken für eine mögliche Schadenvermeidung oder -minderung zusammen. Dennoch mussten bereits Drohschäden identifiziert werden, die sich in Form von Kapitalrückstellungen auf das Geschäftsergebnis 2022 niedergeschlagen haben.

Die SERV ist in Ergänzung zum Markt aktiv (Subsidiaritätsprinzip). Sie tauscht sich regelmässig mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und den Wirtschaftsverbänden aus und orientiert das zuständige Bundesamt (SECO) über die Resultate. Die SERV setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und verpflichtet sich dem Grundsatz der Lohngleichheit. Der Personalbestand ist im Vergleich zum Vorjahr mit rund 72 Vollzeitäquivalenten ungefähr konstant geblieben. Aufgrund von stetig komplexer werdenden Exportgeschäften und der Zunahme gesetzlicher Anforderungen im Bereich der Governance ist die längerfristige Tendenz beim Personalbestand eher steigend.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Prämiererträge (Mio. CHF)	121,4	79,3
Reingewinn (Mio. CHF)	46,7	88,1
Reserven (Mio. CHF) ¹⁾	2 832,2	2 744,2
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	77,6	17,8
Personalbestand (Vollzeitstellen)	72,2	71,1

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Exposurebestand (Mio. CHF)	10 174,1	9 923,6
Neuexposure (Mio. CHF)	4 729,9	4 646,6
Neuexposure (Anzahl Policen)	701	721
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	54,7	109,4
Schadenaufwand (Mio. CHF)	96,9	-5,9
Kapital (in Mio. CHF)	2 878,9	2 832,3
Technischer Deckungsgrad PK in %	104,3	122,4
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	102,5	108,5

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0,3	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

1) Risikotragendes Kapital, Kernkapital und Ausgleichsreserve

Definitionen s. www.serv-ch.com / Glossar

A. Zielerreichung 2022

1. Strategische Schwerpunkte

Die SERV stellte 2022 insgesamt 701 Grundsätzliche Versicherungszusagen (GV) und Versicherungspolicen (VP) aus, also leicht weniger als im Vorjahr (2021: 721). Das Neuexposure, d.h. das Volumen der total zugesagten,

neuen Geschäfte, stieg nur wenig von 4,65 auf 4,73 Milliarden Franken. Der Exposurebestand ist dementsprechend Ende 2022 mit 10,17 Milliarden Franken leicht höher als im Jahr zuvor (+2,5 Prozent).

Die strategischen Ziele des Bundesrates für die SERV sehen vor, dass die SERV Vorschläge für ihre mittel- bis langfristige Entwicklung erstellt. Diese zielen insbesondere auf die Notwendigkeit neuer Produkte und/oder Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. 2020 wurde eine internationale Benchmarking-Analyse erstellt. Im Berichtsjahr gab die SERV eine Studie in Auftrag, welche die Grundlagen für die Weiterentwicklung der Grundvoraussetzungen und Förderkriterien für eine SERV-Versicherungsleistung schaffen soll. Die Studie zeigt auf, dass die zunehmende internationale Arbeitsteilung dazu führt, dass sich Unternehmen in der Schweiz auf die Teile der Wertschöpfungskette konzentrieren, in denen sie klare komparative Vorteile haben. Gemäss den Studienresultaten brauche es eine mittel- bis langfristige Weiterentwicklung der Förderkriterien, die sich allenfalls stärker an der «Swiss Competitiveness» und weniger am «Swiss Content» orientieren. Dafür müssten allerdings neue, situationsgerechtere Kriterien gefunden werden, die dem Strukturwandel und den Marktbedürfnissen besser gerecht werden. In Bezug auf allfällige neue Produkte wird zudem zu klären sein, ob sie ein Marktversagen korrigieren und einen gesamtwirtschaftlichen Nutzen bringen, welcher letztlich die Kosten der Bereitstellung überwiegt.

Ebenfalls gab die SERV im Berichtsjahr eine Studie in Auftrag, welche die Beschäftigungseffekte von SERV-Instrumenten messen sollte. Mit jedem Franken an SERV-Versicherungen werden gemäss dieser Studie neue Schweizer Exporte im Umfang von 0,53 Franken generiert, die ohne eine SERV-Lösung nicht realisiert würden. Die Studie zeigt ferner, dass SERV-Versicherungen bis zu 21 000 Arbeitsplätze in der Schweiz ermöglichen.

Die im Jahr 2020 eingeführte Anpassung der minimalen schweizerischen Wertschöpfungsanforderung für SERV-Versicherungen, eine Massnahme zur Milderung der negativen Folgen der Covid-19-Pandemie für die Schweizer Exportwirtschaft, wurde Ende 2022 ins ordentliche Recht überführt. Die temporär erhöhten Deckungssätze für Bondgarantien und Fabrikationskreditversicherungen liefen hingegen per Ende 2022 aus.

Die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure im Rahmen der Initiative für Infrastrukturgrossprojekte des Bundes («Team Switzerland Infrastructure») wurde im Berichtsjahr erfolgreich intensiviert. Die Partner (neben der SERV bestehend aus dem Liaison Office des SECO und weiteren Bundesstellen, Switzerland Global Enterprise (S-GE) und interessierten Verbänden, insbesondere Swissmem und Swissrail) konnten den Zugang von Schweizer Unternehmen zu ausländischen Infrastrukturprojekten unterstützen und neue Projekte identifizieren. Im Jahr 2022 be-

teiligten sich mehr als 30 Schweizer Exporteure an Projekten im Ausland. Der Vertragswert betrug rund 175 Millionen Franken.

Der Bund stellt der SERV auf Basis einer Vereinbarung befristet bis 2024 finanzielle Mittel in Höhe von 300 000 Franken pro Jahr für zusätzliche Aufgaben und Leistungen im Rahmen dieser Initiative zur Verfügung.

Die SERV bietet ihre Produkte für alle Grössenordnungen von Geschäften an. Der Bundesrat erwartet dabei von der SERV insbesondere, dass sie weiterhin attraktive Lösungen für KMU anbietet. Dazu soll sie die Chancen der Digitalisierung nutzen und Lösungen entwickeln, welche es erlauben, kleinere Geschäfte mit möglichst wenig administrativem Aufwand für die Kunden wie auch für die SERV abzuwickeln. Der KMU-Kundenstamm ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Von den total 265 Kunden mit einer aktiven SERV-Versicherung im Jahr 2022 waren 202 KMU-Kunden, was einem Anteil von 76,2 Prozent entspricht (2021: 77,7 Prozent). Allerdings ist der Anteil KMU-Kunden in der Realität höher, da bei den versicherten Infrastrukturprojekten jeweils nicht alle KMU-Zulieferer, sondern nur der Generalunternehmer als Kunde erfasst wird. Die SERV arbeitet daran, dies in Zukunft genauer auswerten zu können.

Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und berücksichtigt in ihrer Geschäftstätigkeit die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz. Im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit den aussenpolitischen Grundsätzen und den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes prüft die SERV Umwelt-, Sozial-, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Korruptionsaspekte der zu versichernden Exportgeschäfte. Auf Basis der von der SERV 2021 verabschiedeten Klimastrategie hat die SERV im Berichtsjahr erstmalig den CO₂-Fussabdruck der versicherten Treibhausgasemissionen erhoben. 75 Prozent der versicherten Emissionen stammen von Gaskombikraftwerken, die im Einklang mit den geltenden internationalen Verpflichtungen unterstützt wurden. Als Folge der von der Schweiz unterzeichneten COP26-Erklärung von Glasgow, welche die Einhaltung des 1,5 Grad-Celsius-Zieles bei der Unterstützung von Projekten im fossilen Energiesektor verlangt, hat die SERV eine Richtlinie erarbeitet. Sie ist aktuell daran, eine entsprechende Umsetzungsmethodik zur Prüfung von neuen Versicherungsanträgen zu erstellen. Bis zum Ende der aktuellen Strategieperiode arbeitet die SERV weiterhin an der Umsetzung ihrer Klimastrategie mit Fokus auf die Themen Management der Klimarisiken sowie Dekarbonisierung der Wirtschaft.

Als Mitglied der vom SECO geleiteten schweizerischen Delegation unterstützt die SERV das SECO bei den Verhandlungen der internationalen Standards im Bereich von Exportkreditfinanzierungen. Es finden derzeit Verhandlungen über eine grundlegende Überarbeitung des OECD-Arrangements statt. Dabei sollen die Regeln vereinfacht sowie mehr Flexibilität geschaffen werden, um einer möglichen Benachteiligung im Wettbewerb mit nicht-OECD-

Exportkreditversicherungen entgegenzuwirken. Ausserdem ist die SERV an den Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs und der anschliessenden Umsetzung der bilateralen Abkommen massgeblich beteiligt. Die SERV hat sich auch 2022 in der Berner Union, dem internationalen Verband der Exportrisikoversicherungen, aktiv eingebracht. Der Fokus lag unter anderem auf den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Geschäftstätigkeit.

Ein jährlich durchgeführter Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft stellt den Einbezug derer Anliegen in die Geschäftspolitik der SERV sicher. Zudem steht die SERV in regelmässigem und engem Kontakt mit Wirtschaftsverbänden, insbesondere im Kontext der Initiative für Infrastrukturgrossprojekte.

2. Finanzielle Ziele

Trotz des geopolitisch schwierigen Umfelds konnte die SERV 2022 erneut ein positives Unternehmensergebnis erzielen. Es betrug 46,7 Millionen Franken (2021: 88,1 Millionen Franken). Die Eigenwirtschaftlichkeit der SERV bleibt auch 2022 gewährleistet, dies dank einer deutlichen Überdeckung; die Prämien- und Kapitalerträge überstiegen den mittleren erwarteten Jahresverlust sowie den Betriebsaufwand um 77,6 Millionen Franken. Im 5-Jahresdurchschnitt erreicht die SERV eine Überdeckung von 41,3 Millionen Franken.

Die SERV konnte im Berichtsjahr einen Prämienerslös von 156,1 Millionen Franken erwirtschaften. Es handelt sich um den zweithöchsten Erlös seit Bestehen der SERV. Er liegt 72,6 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Dem gegenüber steht ein Versicherungsaufwand von -82,5 Millionen Franken (2021: 17,6 Millionen Franken), woraus ein positiver Versicherungserfolg resultiert.

Durch die Änderung des Leitzinses der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der daraus resultierenden Anpassung in den Kassaobligationen konnte die SERV wieder einen Zinsertrag in der Höhe von 17,4 Millionen Franken erzielen. Die Finanzanlagen beim Bund betragen derzeit 3,12 Milliarden Franken.

Die SERV überprüft regelmässig ihre freien Risikokapazitäten in Bezug auf das risikotragende Kapital sowie die Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens. Der Verpflichtungsrahmen von aktuell 14 Milliarden Franken war per Jahresende 2022 zu 72,6 Prozent ausgenutzt (2021: 70,9 Prozent). Aufgrund der erwähnten Initiative für Infrastrukturgrossprojekte ist die Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens etwas volatil geworden. Ein Abschluss eines Grossgeschäftes kann den Verpflichtungsrahmen erheblich beeinflussen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand ist im Vergleich zum Vorjahr (71,1 VZÄ) mit 72,2 Vollzeitäquivalenten trotz stetig komplexer werdenden Exportgeschäften ungefähr gleichge-

blieben. Aufgrund der stetig komplexer werdenden Exportgeschäfte und der steigenden gesetzlichen Anforderungen an die Governance ist die längerfristige Tendenz beim Personalbestand gemäss der SERV eher steigend.

Zur Einhaltung des Grundsatzes der Lohngleichheit von Frau und Mann führt die SERV im Rahmen der 2019 unterzeichneten Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor mittels eines Selbsttests eine jährliche Standortbestimmung durch. Diese hat auch dieses Jahr keine materielle Lohndifferenz ergeben.

Ausserdem hat die SERV in den letzten Jahren kontinuierlich in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden investiert und damit begonnen, ein Talent-Entwicklungsprogramm aufzusetzen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Im Rahmen der Initiative für Infrastrukturgrossprojekte wurden Kooperationen gezielt koordiniert und weiter ausgebaut. Dies betraf insbesondere die Zusammenarbeit der SERV mit S-GE und dem Liaison Office des SECO. Die SERV ist im Berichtsjahr 2022 keine Beteiligungen eingegangen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis der SERV für das Geschäftsjahr 2022 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung und der Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Sie vermitteln ein der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechendes Bild. Die Revisionsstelle bestätigt zudem, dass gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats ein zweckmässiges internes Kontrollsystem (IKS) für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurden der Geschäftsbericht 2022 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV betreffend die Erreichung der strategischen Ziele 2022 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 22. Februar 2023 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Des Weiteren wurde dem Bundesrat die Bestätigung der Revisionsstelle vorgelegt.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Buchstabe C. unterbreiteten Berichte am 5. April 2023 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Er hat den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Swisscom

Internet: www.swisscom.com

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51%

Verwaltungsrat: Michael Rechsteiner, Barbara Frei, Frank Esser, Anna Mossberg, Roland Abt, Sandra Lathion-Zweifel (Personalvertreterin), Alain Carrupt (Personalvertreter), Renzo Simoni (Staatsvertreter), Guus Dekkers

CEO: Christoph Aeschlimann

Ext. Revisionsstelle: PricewaterhouseCoopers AG

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Im Geschäftsjahr 2022 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Swisscom blieb in allen Sparten des Schweizer Kerngeschäfts (Breitband, Mobilfunk, TV) klare Marktführerin und gehörte im IT-Lösungsgeschäft zu den stärksten Anbieterinnen. Die Kundenzufriedenheit lag über dem Branchendurchschnitt. Die Auflagen der Grundversorgungskonzession erfüllte Swisscom ohne Abgeltung.

Es traten drei grössere Netzausfälle auf, von denen einer Auswirkungen auf die Notfallnummern hatte. Vorkommnisse dieser Art sind aus Sicht des Bundesrates nicht akzeptabel. Swisscom hatte bereits im Jahr 2020 Massnahmen ergriffen, um das Risiko von grossflächigen Netzausfällen zu vermindern. Diese Massnahmen wurden intensiviert und ergänzt. Swisscom räumt der Problematik der Netzausfälle weiterhin hohe Priorität ein.

Das finanzielle Ergebnis war solide und entsprach den Erwartungen. Umsatz, Ergebnis und Reingewinn waren leicht rückläufig, während die Performance der Swisscom-Aktie (Kursentwicklung und Rendite) den Markt deutlich übertraf. Die Dividende blieb mit 22 Franken je Aktie stabil. Für die schweizerische Eidgenossenschaft resultiert ein Beteiligungsertrag von 581 Millionen Franken.

Swisscom investierte rund 1,7 Milliarden Franken in i der Schweiz.. Der Ausbau des Hochbreitbandnetzes schritt in allen Regionen des Landes voran: Per Ende 2022 verfügten 91 Prozent (Vorjahr: 88%) aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s. Bandbreiten von mehr als 200 MBit/s standen 79 Prozent (Vorjahr: 72%) der Haushalte und Geschäfte zur Verfügung. Die Abdeckung des 5G-Mobilfunknetzes erreichte 99 Prozent der Bevölkerung, davon 74 Prozent (Vorjahr: 62%) mit der leistungsfähigen Variante 5G+.

Die italienische Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich positiv. Marktabdeckung, Umsatz und Ergebnis nahmen weiter zu. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln und generierte darüber hinaus einen positiven operativen Free Cash Flow in der Höhe von 181 Millionen Euro (Vorjahr: 171 Mio. EUR) zugunsten des Konzerns.

Swisscom ist ein beliebter Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist hoch. 2022 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 1% auf 15'750 Vollzeitangestellte ab. Der Stellenabbau wurde unter engem Einbezug der Sozialpartner in vorausschauender und verantwortungsvoller Weise abgewickelt.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 112	11 183
Reingewinn (Mio. CHF)	1 603	1 833
Bilanzsumme (Mio. CHF)	24 620	24 801
Eigenkapitalquote in %	45,4	43,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	19 157	18 905

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31. Dezember (CHF)	506,60	514,60
Dividende (CHF pro Aktie)	22	22
Gesamtrendite (%)	2,7	12,9
Nettoverschuldung (Mio. CHF)	7 374	7 706
Technischer Deckungsgrad PK in %	108%	120%
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	n.a.	n.a.

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom ist betriebswirtschaftlich geführt, wettbewerbsfähig und kundenorientiert Errungenschaft.

Swisscom hat im Geschäftsjahr 2022 ihre Stellung als führendes ICT-Unternehmen in der Schweiz erfolgreich verteidigt. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk), bei den TV-Anschlüssen und im IT-Lösungsgeschäft blieben auf hohem Niveau stabil.

Swisscom ist bestrebt, sich im Markt durch das beste Netz und den besten Service zu differenzieren. Die über dem Branchendurchschnitt liegende Kundenzufriedenheit bestätigt, dass diese Qualitätsstrategie auf Resonanz stösst.

Immer mehr Kundinnen und Kunden nutzen gebündelte Angebote. Diese wurden im Berichtsjahr unter der neuen Dachmarke «blue» zusammengefasst. Um die eher preis-sensitive Kundschaft zu erreichen, setzt Swisscom auf Zweit- und Drittmarken (Wingo, M-Budget-Mobile, coop-mobile).

Fastweb schafft langfristig einen positiven Wertbeitrag.

Die italienische Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich weiterhin positiv. Kundenbasis, Umsatz und Ergebnis konnten gesteigert werden. Die Breitband- und Mobilfunknetze wurden weiter ausgebaut. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln und generierte darüber hinaus einen positiven operativen Free Cash-Flow von 181 Millionen Euro zugunsten des Konzerns (2021: 171 Mio. EUR). Aus dieser Perspektive schuf Fastweb einen positiven Wertbeitrag zugunsten der Aktionäre.

Swisscom baut und betreibt eine zukunftsgerichtete Netz- und Informatikinfrastruktur unter Berücksichtigung der Marktbedürfnisse, der technologischen Entwicklung und der Sicherheit.

Swisscom investierte über 1,7 Milliarden Franken in der Schweiz. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die Ultrabreitband-Anschlüsse. Per Ende 2022 verfügten 91 Prozent aller Haushalte und Geschäfte über eine für heutige Anwendungen gut ausreichende Bandbreite von 80 Mbit/s (Vorjahr: 88%). 79 Prozent der Haushalte und Geschäfte konnten bereits Bandbreiten von mehr als 200 Mbit/s nutzen (Vorjahr: 72%). Die Ausbauziele im Mobilfunk konnten ebenfalls erreicht werden: Ende 2022 deckte das Swisscom-Mobilfunknetz 99 Prozent der Bevölkerung mit 4G- und 5G-Diensten ab, rund 74 Prozent der Bevölkerung konnten bereits von der leistungsfähigeren Technologievariante 5G+ profitieren (Vorjahr: 62%).

Swisscom wahrte das Fernmeldegeheimnis und erfüllte die Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung. Die Vorkehrungen zum Schutz der Infrastruktur vor physischen und logischen Angriffen sowie vor Grossereignissen (z.B. Flugzeugabstürze) entsprechen dem neuesten Stand.

Im Berichtsjahr traten erneut drei grössere Netzausfälle (Vorjahr: 5) auf. Insbesondere ein Ausfall der Notrufdienste ist aus Sicht des Bundesrates nicht akzeptabel. Swisscom hatte im Jahr 2020 umfassende Massnahmen getroffen, um die Netzstabilität zu optimieren. Diese wurden im Berichtsjahr weiter intensiviert und ergänzt. Die Swisscom und der Bundesrat räumen diesem Thema unverändert höchste Priorität ein.

Swisscom stellt die Grundversorgung sicher und setzt die Zugangsregulierung im Interesse eines fairen Wettbewerbs um.

Als Inhaberin der Grundversorgungskonzession im Fernmeldebereich erbrachte Swisscom den Service Public ge-

mäss den Qualitätskriterien des Fernmelderechts ohne finanzielle Abgeltungen des Bundes. Die minimale garantierte Datenübertragungsrate betrug 10 Mbit/s.

Swisscom kam im Berichtsjahr ihrer Verpflichtung nach, anderen Telekommunikationsunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem regulierten Netz zu gewähren. Die Höhe der verrechneten Preise wird von Mitbewerbern teils in Rechtsverfahren bestritten. Zudem läuft ein Verfahren der Wettbewerbskommission (WEKO) gegen die Bauweise des Glasfasernetzes. Swisscom wartete den Ausgang dieses Verfahrens nicht ab, sondern passte die Bauweise ihres Glasfasernetzes so an, dass es künftigen Anforderungen zuverlässig genügt. Dies zog eine leichte Verschiebung des Ausbauziels nach hinten nach sich.

2. Finanzielle Ziele

Swisscom steigert langfristig den Unternehmenswert und betreibt eine stetige Dividendenpolitik

Der Kurs der Swisscom-Aktie ging leicht zurück (-1,6%), wenn auch viel weniger stark als jener vergleichbarer europäischer Telekom-Papiere (-17,7%). Der Unternehmenswert verminderte sich gemessen an der Börsenkapitalisierung um ca. 0,5 Milliarden Franken (Stichtag: 31. Dezember 2022). Die Dividende betrug unverändert 22 Franken pro Aktie. Damit schnitt die Gesamtrendite der Swisscom-Aktie von 2,7 Prozent (Dividendenrendite [4,3%] abzüglich Kursrückgang [-1,6%]) gegenüber den im SMI gelisteten Schweizer Unternehmen (-14,3%) und im Vergleich zu anderen Telekommunikationsunternehmen in Europa (-14,5%) ausserordentlich stark ab.

Swisscom strebt eine Nettoverschuldung von höchstens 2,4 x EBITDA an.

Das Verhältnis Nettoverschuldung zu EBITDA betrug per Jahresende 1,7 (gleich wie im Vorjahr). Das Kredit-Rating von externen Agenturen lag unverändert im Single-A-Bereich.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik und tritt als attraktive Arbeitgeberin auf.

Swisscom ist eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Mit den Sozialpartnern wird ein konstruktiver Dialog gepflegt. Swisscom investiert viel in die permanente Weiterbildung von Mitarbeitenden und Kadern. Die Mehrzahl der ausgeschriebenen Kaderstellen wird intern besetzt.

Swisscom beschäftigte konzernweit 19 157 Mitarbeitende (Vollzeitstellen), 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Personalbestand in der Schweiz ging um 1 Prozent zurück auf

15 750 Vollzeitstellen. Das ist eine Folge der laufenden Anstrengungen, die sinkenden Umsätze im Kerngeschäft mit Effizienzsteigerungen aufzufangen. Dank einer vorausschauenden Planung erfolgte der Grossteil des Stellenabbaus über die natürliche Fluktuation. 88 Prozent der vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeitenden, die den vergleichsweise grosszügig ausgestalteten Sozialplan in Anspruch nahmen, fanden noch vor dessen Ablauf eine Anschlusslösung.

Im Berichtsjahr gelang es Swisscom nicht, den Frauen-Anteil weiter zu steigern; er lag unverändert bei 24 Prozent (Belegschaft), 17 Prozent (Konzernleitung) und 33 Prozent (Verwaltungsrat). Hingegen wurde das Ziel, ein Prozent der Stellen speziell für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu reservieren, übertroffen (1,17 Prozent).

Swisscom ist bei Weitem die grösste Auszubildnerin von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Im Berichtsjahr wurden 895 Lehrstellen zur Verfügung gestellt. 247 Jugendliche schlossen ihre Lehre ab; die Erfolgsquote betrug 96 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Swisscom geht Kooperationen nur ein, wenn sie zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts beitragen, führungsmässig gut betreut werden können und dem Risikoaspekt genügend Rechnung tragen.

Swisscom hält ein vielfältiges Portfolio von kleineren und grösseren in- und ausländischen Beteiligungen, die einerseits das angestammte Kerngeschäft unterstützen und andererseits selektiv neue Geschäftsfelder erschliessen. Swisscom besitzt keine Beteiligungen an ausländischen Telekommunikationsgesellschaften mit Grundversorgungsauftrag.

Im Berichtsjahr stärkte Swisscom ihre Position im IT-Lösungsgeschäft mit der Erhöhung ihrer Beteiligung an «Swisscom Digital Technology SA» sowie mit der Akquisition der Videoüberwachungsfirma «Audio-Video G+M AG». Zudem erwarb Swisscom einen Anteil von 4,2 Prozent an «Cargo Souterrain (CST)».

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (PwC) bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2022 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätssituation des Unternehmens vermittelt in Übereinstimmung mit dem International Financial Reporting Standards (IFRS).

C. Anträge an Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG findet am 28. März 2023 statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt:

1. den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2022 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2022 im Rahmen einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen;
5. a) Michael Rechsteiner als Präsident sowie Frank Esser, Roland Abt, Anna Mossberg, Alain Carrupt, Sandra Lathion-Zweifel und Guus Dekkers in den Verwaltungsrat wiederzuwählen; b) Monique Bourquin (als Ersatz für Barbara Frei) neu in den Verwaltungsrat zu wählen;
6. a) Roland Abt, Frank Esser und Michael Rechsteiner (als Mitglied ohne Stimmrecht) in den Vergütungsausschuss wiederzuwählen; b) Monique Bourquin neu in den Vergütungsausschuss zu wählen;
7. a) einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen im Geschäftsjahr 2024 von 2,5 Millionen Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrats bzw. 10,9 Millionen Franken für die Mitglieder der Konzernleitung zu genehmigen; b) den von der Generalversammlung 2022 festgelegten maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen für die Mitglieder der Konzernleitung im Geschäftsjahr 2023 von 8,7 auf 10,4 Millionen Franken zu erhöhen, weil der Verwaltungsrat entschieden hat, die Konzernleitung per 1. April 2023 von sechs auf neun Mitglieder zu erweitern.
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. PricewaterhouseCoopers AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2023 als Revisionsstelle wiederzuwählen;
10. die Statuten an das geltende Recht, insbesondere an das am 1. Januar 2023 in Kraft getretene neue Aktienrecht, anzupassen sowie einzelne weitere Bestimmungen zu aktualisieren; die Statuten werden zudem geschlechtsneutral formuliert.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 21. Dezember 2022 und am 17. März 2023 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Der Bundesrat hat zudem Dr. Fritz Zurbrugg als Staatsvertreter in den Verwaltungsrat der Swisscom abgeordnet.

SBB

Internet: www.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Monika Ribar (Präsidentin), Pierre-Alain Urech (Vizepräsident), Fabio Pedrina (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Alexandra Post Quillet, Georg Kasperkovitz, Véronique Gigon, Andreas R. Herzog, Beat Schwab

CEO: Vincent Ducrot

Externe Revisionsstelle: Deloitte, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Im Jahr 2022 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *teilweise erreicht*.

Die Nachfrage nach Transportleistungen erholte sich weitgehend vom Einbruch der Vorjahre; einzig das erste Quartal 2022 war noch durch die Covid-Pandemie beeinflusst. Die Stabilität des Bahnbetriebs konnte die SBB trotz steigender Verkehrsleistung halten. Die Engpässe bei Lokpersonal und Rollmaterial entspannten sich, und der Zustand der Infrastrukturanlagen war über alles gesehen gut. Zur allgemeinen Stabilisierung des Bahnbetriebs beigetragen hat auch die bessere Planung und Verteilung der Baustellen. Die Kundenzufriedenheit war gut; die Pünktlichkeit war mit regionalen Schwankungen gut. Die Ziele zur Sicherheit wurden nur teilweise erreicht; die SBB verzeichnete 2022 mehr Unfälle.

Die finanzielle Lage der SBB blieb trotz einer spürbaren Entspannung unbefriedigend. Das Jahresergebnis verbesserte sich um 80 Millionen, fiel mit -245 Millionen (Vorjahr -325 Mio.) aber erneut tiefrot aus. Positiv wirkten sich die kräftige Ergebnisverbesserung im Fernverkehr, die Kostenoptimierungen sowie das gute Ergebnis von SBB Immobilien aus. Negativ schlug die Wertberichtigung bei SBB Cargo sowie das stark negative Ergebnis bei Infrastruktur-Energie zu Buche. Ohne diese beiden Effekte hätte eine schwarze Null resultiert.

Die Nettoverschuldung erreichte das 11-fache des EBITDA (Vorjahr 13,7). Das Ergebnis der SBB ist angesichts der hohen Investitionstätigkeit zu gering, um die vom Eigner definierte Obergrenze zu erreichen. Zur nachhaltigen Stabilisierung der finanziellen Situation des Unternehmens haben sich der Bund und die SBB auf ein Massnahmenpaket verständigt, das die Rückführung der Verschuldung unter die Obergrenze von 6,5 x EBITDA bis 2030 ermöglichen soll.

Die personellen Ziele wurden erreicht. Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 284 (0,8 %) auf 34'227 Vollzeitstellen zu. Der Frauenanteil insgesamt sowie im Kader stieg leicht an (von 18,8 auf 19,0% bzw. von 15,0 auf 16,1%). Insgesamt absolvierten 1'410 Lernende eine Ausbildung bei der SBB. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden erreichte ein stabil gutes Niveau von 71 Punkten. Das Vertrauen in die Konzernleitung nahm um 1 auf 62 Punkte zu. Der Deckungsgrad der Pensionskasse fiel im Berichtsjahr wegen der tiefen Anlagerendite von 112,4% auf 100,7%.

Bei den Kooperationen gab es keine wesentlichen Änderungen. Der Bundesrat erwartet eine weitere Stabilisierung der finanziellen Lage der SBB sowie eine Analyse und Aufarbeitung der Arbeitsunfälle.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	10 727	9 870
Konzernergebnis (Mio. CHF)	-245	-325
Bilanzsumme (Mio. CHF)	53 562	52 058
Eigenkapitalquote in %	22,8	24,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	34 227	33 943

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	71	71
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	1,16	0,88
Kundenpünktlichkeit (%)	92,1	92,6
Ergebnis Markt Personenverkehr - Fernverkehr (Mio. CHF)	-47,2	-478,5
Ergebnis Markt Personenverkehr - Regionalverkehr (Mio. CHF)	10,6	-21,3
Technischer Deckungsgrad PK in %	100,7	112,4
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	102,2	100,0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 686	2 805
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengleichstellungsgesetz

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Personenverkehr: Entwicklung von attraktiven, sicheren, pünktlichen und qualitativ hochwertige Mobilitätslösungen; Förderung des öffentlichen Verkehrs, Erstellung eines marktorientierten Angebots.

Im Berichtsjahr erholte sich die Nachfrage nach Transportleistungen weitgehend vom Einbruch der Vorjahre; einzig das erste Quartal 2022 war noch durch die Covid-Pandemie

beeinflusst. Die Stabilität des Bahnbetriebs konnte die SBB trotz steigender Verkehrsleistung halten. Die Engpässe bei Lokpersonal und Rollmaterial entspannten sich, und der Zustand der Infrastrukturanlagen war insgesamt gut. Zur allgemeinen Stabilisierung des Bahnbetriebs beigetragen hat auch die bessere Planung und Verteilung der Baustellen.

Die Nachfrage im Personenverkehr erreichte wieder 90% des Niveaus von 2019, was angesichts der durch die Pandemie beschleunigten Verbreitung neuer Arbeitsformen (Home-Office) als Normalisierung angesehen werden kann. Insgesamt waren 2022 täglich 1'160'000 Passagiere unterwegs (Vorjahr 885'000). Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Verkehrsleistungen im Personenverkehr an: Fernverkehr 42 Prozent, Regionalverkehr 29,3 Prozent und internationaler Verkehr 79 Prozent.

Güterverkehr Schweiz: Marktorientiertes, eigenwirtschaftliches Angebot.

Die Sparte Güterverkehr wurde durch eine Wertberichtigung auf den Anlagen von SBB Cargo AG in Höhe von -128 Millionen (Ergebniseffekt abzüglich Minderheitsanteile von Swiss Combi -83 Mio.) sowie wie durch das Auslaufen des Covid-Unterstützungspaketes stark belastet. Operativ bürsteten sowohl der Binnenverkehr als auch der internationale Verkehr Transportvolumen und leicht Marktanteile ein, und die Ergebnisse waren negativ (SBB Cargo Schweiz -187,4 Mio.; SBB Cargo International -0,3 Mio.). Der Bundesrat erwartet eine weitere Stabilisierung der finanziellen Lage der SBB sowie eine Analyse und Aufarbeitung der Arbeitsunfälle.

Immobilien: Weiterentwicklung der Bahnhöfe zu attraktiven Mobilitätsdrehscheiben; Partizipation an Wertsteigerungen.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung weiterentwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist weiterhin auf hohem Niveau. Die SBB setzt den Schwerpunkt bei der Immobilienentwicklung vermehrt im Wohnbereich, dabei unterstützt sie auch preisgünstiges Wohnen. SBB Immobilien erzielte einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis (vor Ausgleichszahlungen: 269 Mio.; 2021: 274 Mio.).

Infrastruktur: Diskriminierungsfreies Trassenmanagement, effiziente Betriebsführung, kundenfreundliche Bahnzüge; optimale Nutzung der Netzkapazitäten. Erhalt des Netz- und Anlagezustandes langfristig auf qualitativ hohen Stand.

Der Gesamtzustand der Infrastrukturanlagen wird im Netzzustandsbericht 2021 als «gut» bewertet. Der abgeltungsberechtigte Bereich Infrastruktur Netz erzielte einen Verlust von -24 Millionen (Vorjahr 25 Mio.); belastend wirkte hier vor allem die allgemeine Teuerung. Das Ergebnis von Infrastruktur Netz wird mit der Reserve gemäss Eisenbahngesetz verrechnet. Der Geschäftsbereich Infrastruktur Energie erzielte ein Ergebnis von -165 Millionen (Vorjahr 35 Mio.). Dafür war hauptsächlich die anhaltende Trockenheit im Sommer verantwortlich, welche die Stromproduktion be-

einträchtigte. Negativ wirkten sich zudem der deutliche Anstieg der Energiemarktpreise infolge des Ukraine-Krieges sowie die Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit für den Fall einer Energiemangellage im Winter aus (Vorhalten einer grösseren Wasserreserve in den eigenen Staueen).

Pünktlichkeit

Die Pünktlichkeit war trotz regionaler Schwankungen gut. Im Personenverkehr erreichten 92,1 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei Minuten Verspätung (Vorjahr 92,6 %). Im Güterverkehr stiegen sowohl die Sendungspünktlichkeit im Einzelwagenladungsverkehr um 0,5 Prozent auf 91,5 Prozent wie auch die Ankunftspünktlichkeit der Transit-Güterzüge (<60 Minuten Verspätung bei den Kunden von SBB Cargo International) um 0,4 Prozent auf 78,9 Prozent.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit blieb über alles gesehen konstant bei 79 von 100 Punkten, mit negativer Tendenz im Personenverkehr und positiver Tendenz im Güterverkehr.

Sicherheit

Die SBB verzeichnete im Berichtsjahr mehr Unfälle, Aggressionen gegen Personal oder Kunden und Vorfälle im Cyberspace. Der Gesamtindex zur Bestimmung des Sicherheitsniveaus präsentierte sich 2022 wie folgt: 765 Berufsunfälle (Vorjahr 749), 74 Rangierunfälle (Vorjahr 80), 9 Zugunfälle (Vorjahr 6). Die Energie- und CO₂-Effizienz des Personenverkehrs - die stark von der Auslastung der Züge abhängt - wie auch des Güterverkehrs nahmen deutlich zu. Die Ziele zum Unternehmensrisikomanagement (Orientierung an Norm ISO 31000) konnten erreicht werden.

2. Finanzielle Ziele

Langfristige Sicherung und Steigerung des Unternehmenswertes; branchenübliche Ergebnisse.

Die finanzielle Lage der SBB blieb trotz einer spürbaren Entspannung unbefriedigend. Das Jahresergebnis verbesserte sich um 80 Millionen, fiel aber mit -245 Millionen (Vorjahr -325 Mio.) erneut tiefrot aus. Negativ schlugen die Wertberichtigung bei SBB Cargo sowie das stark negative Ergebnis bei Infrastruktur-Energie zu Buche. Ohne diese beiden Effekte hätte eine schwarze Null resultiert. Positiv wirkten sich die kräftige Ergebnisverbesserung im Fernverkehr, die Kostenoptimierungen sowie das gute Ergebnis von SBB Immobilien aus. Vom Gewinn von SBB Immobilien von 269 Millionen flossen 150 Millionen als Ausgleichszahlung an die Infrastruktur und 100 Millionen wurden zur Rückzahlung von Darlehen aus der Pensionskassensanierung und der Pensionskassenstabilisierung eingesetzt.

Nettoverschuldung von höchstens 6,5 x EBITDA

Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA, wobei zeitweise Überschreitungen zulässig sind. Die verzinsliche Nettoverschuldung stieg um 281 Mio. auf 11'380 Millionen, was dem 11-fachem (Vorjahr 13,7) des – gegenüber 2021 um 231 Millionen verbesserten – EBITDA entspricht. Das

Ergebnis der SBB ist angesichts der weiterhin hohen Investitionstätigkeit zu gering, um die vom Eigner definierte Obergrenze zu erreichen. Zur nachhaltigen Stabilisierung der finanziellen Situation des Unternehmens haben sich der Bund und die SBB auf ein Massnahmenpaket verständigt, das die Rückführung der Verschuldung unter die Obergrenze von 6,5 x EBITDA bis 2030 ermöglichen soll.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialverantwortliche Personalpolitik; attraktive Arbeitgeberin; zeitgemässe berufliche Grundbildung; nachhaltige Aus- und Weiterbildung.

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 284 (0,8 %) auf 34'227 Vollzeitstellen zu. Der Frauenanteil insgesamt sowie im Kader hat leicht zugenommen (von 18,8 auf 19,0% bzw. von 15,0 auf 16,1%). Insgesamt absolvierten 1'410 Lernende (4,9 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Im Bereich Gesundheit konzentrierte sie sich darauf, ihre Angestellten auch während der Pandemie gesund zu halten und die Schutzvorgaben des Bundes umzusetzen. Die SBB toleriert weder Diskriminierungen noch Belästigungen sexueller oder persönlicher Natur oder Mobbing von Mitarbeitenden, Kunden oder Geschäftspartnern aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Religion, des Alters, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, von Behinderungen oder politisch/gewerkschaftlichen Betätigungen.

Bei der SBB gilt das Prinzip, gleiche Löhne für gleichwertige Aufgaben und Leistungen zu bezahlen. Anhand des Lohnvergleichsinstruments des Bundes (Logib) untersucht die SBB periodisch die Lohnstruktur auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Lohndifferenz zu Ungunsten der Frauen betrug 0,7 Prozent und lag damit deutlich unterhalb der Toleranzschwelle von 5 Prozent.

Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden erreichte ein stabil gutes Niveau von 71 Punkten auf einer Skala von 1 – 100; sie wurde durch die herausfordernde Situation während und nach der Covid-Pandemie nicht messbar beeinträchtigt. Das Vertrauen in die Konzernleitung nahm erneut um 1 Punkt auf 62 Punkte zu; trotzdem bleibt dieser Wert auf tiefem Niveau.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB sank im Berichtsjahr aufgrund des schlechten Anlagejahres auf 100,6 Prozent (Vorjahr 112,4 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Bei den Kooperationen gab es keine wesentlichen Änderungen. Zu erwähnen sind der Verkauf aller Anteile (41,5%) an der Vertriebsgesellschaft Rail Europe SAS sowie die Reduktion des Aktienanteils von SBB Cargo an Gateway Basel Nord AG von 51% auf 33,3%. Im Personenverkehr hat die SBB die Zusammenarbeit mit anderen Bahnen fortgesetzt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Deloitte) empfiehlt der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2022 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB findet am 26. April 2023 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung für das Jahr 2024 des Verwaltungsrates SBB von 1'124'041 CHF (inkl. VRP), der Verwaltungsratspräsidentin (VRP) SBB von 293'128 CHF sowie der Konzernleitung SBB von 6'337'807 CHF (inkl. CEO) zu genehmigen sowie Anpassungen der maximalen Beträge der Gesamtvergütung des Verwaltungsrates (inkl. VRP) sowie der Konzernleitung für das Jahr 2023 zu genehmigen (technische Sozialversicherungseffekte, Erweiterung Konzernleitung);
2. die Verwendung der von der Generalversammlung 2021 für das Geschäftsjahr 2022 genehmigten Höchstbeträge sowie die Überschreitung von 340 Franken bei der Verwaltungsratspräsidentin zur Kenntnis zu nehmen;
3. den Lagebericht, die Konzernrechnung und die Jahresrechnung SBB AG zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen.
4. den Bilanzverlust per 31. Dezember 2022 wie folgt auszugleichen: Jahresverlust -279,0 Mio.; Gewinnvortrag Vorjahr 200,6 Mio.; Reserveentnahme gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur und Systemführerschaft Bahnstrom 19,8 Mio.; Reservezunahme gemäss Art. 36 PBG für Regionaler Personenverkehr -134,1 Mio.; Verrechnung mit freier Gewinnreserve 300,0 Mio.; Vortrag auf neue Rechnung 107,3 Mio.);
5. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2022, abgeschlossen per 31. Dezember 2022, Entlastung zu erteilen;
6. Pierre-Alain Urech, Fabio Pedrina und Andreas Herzog werden für eine weitere Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2025 gewählt. Die Amtsdauer von Monika Ribar (Verwaltungsratspräsidentin), Alexandra Post Quillet, Georg Kasperkovitz und Véronique Gigon läuft noch bis zur ordentlichen Generalversammlung 2024. Beat Schwab stellt sich nicht zur Wiederwahl und Daniel Trolliet (Personalvertreter) hat die maximale Amtszeit erreicht. Thomas Ahlburg und Edith Graf-Litscher (Personalvertreterin) werden neu per 26. April

bzw. per 1. Juni 2023 für eine zweijährige Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2025 zur Wahl vorgeschlagen;

7. Deloitte für eine Amtsdauer von einem Jahr als externe Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 17. März 2023 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG vom 26. April 2022 zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Christian Levrat (Präsident), Thomas Bucher, Dirk Reich, Ronny Kaufmann (Personalvertreter), Bernadette Koch, Denise Koopmans, Nadja Lang, Maria Teresa Vacalli, Corrado Pardini (Personalvertreter)

CEO: Roberto Cirillo

Ext. Revisionsstelle: Ernst & Young AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Im Jahr 2022 hat die Post die Ziele des Bundesrates insgesamt erreicht. Die Grundversorgung im Bereich Post und Zahlungsverkehr wurde in guter Qualität und zu angemessenen Preisen erbracht. Die Brief- und Zeitungsmengen wie auch die über das Postnetz abgewickelten Geschäfte haben weiter abgenommen. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr und Personenverkehr) konnten gehalten werden.

Die finanziellen Resultate haben sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Der Betriebsertrag nahm um 18 Millionen auf 6,86 Milliarden ab. Das Betriebsergebnis (EBIT, 358 Mio.) sowie der Konzerngewinn (295 Mio.) gingen um je rund 157 Millionen zurück. Verantwortlich dafür waren insbesondere Mengenrückgänge und die Teuerung. Die Rentabilität (EBIT-Marge) des Konzerns betrug 5,2 Prozent (Vorjahr: 7,5%). Der erwirtschaftete Unternehmensmehrwert fiel mit -96 Millionen Franken erneut negativ aus. Dem Bund werden 50 Millionen als Dividende ausgeschüttet.

Die CO₂-Emissionen nahmen insbesondere aufgrund von Marktwachstum bei Personenverkehr und Güterlogistik sowie Akquisitionen zu. Das Ziel der Verminderung der Treibhausgasemissionen wurde daher – trotz gesteigerter CO₂-Effizienz – wie schon 2021 nicht erreicht.

Der Nachfragerückgang bei den Briefen und Zeitungen sowie im Poststellennetz, das eingeschränkte Geschäftsmodell von PostFinance sowie die gestiegenen Energie- und Treibstoffpreise führen zu einem verstärkten Kostendruck. Die Finanzierung der Grundversorgung in ihrer heutigen Ausgestaltung wird immer schwieriger. Der Bundesrat hat deshalb UVEK und EFD beauftragt, eine zukunftsgerichtete Anpassung der Grundversorgung zu erarbeiten.

Der Verwaltungsrat der Post wird die Strategie «Post von morgen» im laufenden Jahr hinsichtlich Stand der Umsetzung und Auswirkungen überprüfen. Der Bund wird hierzu eine Zweitmeinung erstellen lassen.

Der Bundesrat erwartet, dass der Bereich Kommunikations-Services in den kommenden Jahren einen positiven Ergebnisbeitrag erwirtschaftet und unrentable Geschäftstätigkeiten bei ausbleibendem Erfolg eingestellt werden. Ebenso wird eine Stagnation der Anzahl Poststellen erwartet.

Kennzahlen	2022	2021 ¹⁾
------------	------	--------------------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	6'859	6'877
Konzerngewinn (Mio. CHF)	295	452 ²⁾
Bilanzsumme (Mio. CHF)	120'470	128'397
Eigenkapitalquote in %	8,2	6,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	34'072	40'144

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Skala 0-100)	n.a.	n.a.
Dividende an Bund (Mio. CHF)	50	50
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	1'611	1'659
Pakete Inland (Mio. Sendungen)	183	190
Veränderter Durchschnittsbestand Dezember Kundengelder (Mrd. CHF)	-3,7	-16,7
Technischer Deckungsgrad PK in %	101,4	109,6
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	99,7	96,5

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ³⁾	258	254
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

- 1) Ohne den veräusserten Bereich Swiss Post Solutions
- 2) Normalisierter, rückwirkend angepasster Wert
- 3) Abgeltungen Bund an PostAuto und für indirekte Presseförderung (Subventionsempfänger dieser CHF 50 Mio. pro Jahr sind jedoch die Verleger)

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistet die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs landesweit in guter Qualität und zu angemessenen Preisen.

Die Post vermochte die Zielwerte der Postgesetzgebung auch im Jahr 2022 zu erfüllen. So betrug die Laufzeit bei den A-Post-Briefen 97,2 Prozent und bei den B-Post-Briefen 99,3 Prozent. Bei den Paketen betrug der Wert beim Produkt «Priority» 95,7 Prozent und beim Produkt «Economy» 96,9 Prozent.

90 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung eines Kantons müssen zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Poststelle oder Postagentur innerhalb von 20 Minuten erreichen können. Diese Vorgabe wurde von der Post auch im Jahr 2022 in allen Kantonen eingehalten. Ebenso erfüllt wurde die neue Vorgabe zur Zeitungszustellung bis 12.30 Uhr (wenn keine Frühzustellung vorhanden ist)¹.

Die Gesamtzufriedenheit der Kundinnen und Kunden der Post lag bei 76 von 100 Punkten (kein Vorjahresvergleich wegen neuer Messmethode). Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich eher günstig.

Die seit Jahren bestehenden Trends im Logistikmarkt zeigten sich auch 2022. So hat die Post 1611 Millionen adressierte Briefe im Inland befördert, was einem Rückgang von 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Zeitungsmenge verringerte sich um 3,3 Prozent. Die Paketmengen im Inland gingen gegenüber den Corona-bedingten Rekordmengen der vergangenen beiden Jahre zurück. So hat die Post 2022 183 Millionen Pakete transportiert (-4 % gegenüber dem Vorjahr). Die über das Postnetz abgewickelten Briefe (-11 %), Pakete (-6 %) und Einzahlungen (-17 %) haben erneut deutlich abgenommen. Die Post vermochte ihre Marktanteile im Kerngeschäft weitgehend zu halten.

Der Bundesrat erwartet eine Verminderung der Treibhausgasemissionen.

Im vergangenen Jahr haben die CO₂-Emissionen insbesondere aufgrund von Marktwachstum bei Personenverkehr und Güterlogistik sowie Akquisitionen zugenommen (+0,6%), weshalb das Ziel trotz gesteigerter CO₂-Effizienz nicht erreicht wurde.

Die Post verfügt über ein angemessenes Risiko- und Compliance-Management.

Das strategische Ziel zum Risiko- und Compliance-Management wird vom Bundesrat einmal pro Strategieperiode geprüft, und zwar gestützt auf Audits, die durch eine von

der Post beauftragte unabhängige Prüfstelle durchgeführt werden. Diese Audits werden 2023 vorliegen.

2. Finanzielle Ziele

Die finanziellen Resultate haben sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. So nahm der Betriebsertrag mit 6859 Millionen um 18 Millionen ab, und der EBIT (358 Mio.) wie auch der Konzerngewinn (295 Mio.) sind gegenüber dem Vorjahr um je rund 160 Millionen tiefer ausgefallen. Gründe dafür sind insbesondere negative Effekte aus den Mengenrückgängen und der Teuerung.

Logistik-Services (358 Mio.) und PostFinance (229 Mio.) erzielten geringere Betriebsergebnisse als im Vorjahr. Das 2021 gegründete Segment Kommunikations-Services erlitt auch 2022 im Zuge des Aufbaus einen Verlust (-72 Mio.). Der Betriebsverlust im PostNetz betrug 71 Millionen. Der Bereich Mobilitäts-Services (inkl. PostAuto) konnte sein Ergebnis leicht verbessern (27 Mio.).

Der Unternehmensmehrwert (bereinigtes Betriebsergebnis abzgl. Kapitalkosten) war erneut negativ und betrug -96 Millionen. Die Post kann damit ihre Kapitalkosten weiterhin nicht selbst erwirtschaften².

Die Rentabilität (EBIT-Marge) der Post ist gegenüber dem Vorjahr von 7,5 Prozent auf 5,2 Prozent gesunken. Das Nettovermögen (negative Nettoverschuldung) der Post stieg um 110 Millionen. PostFinance erfüllte die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Banken gemäss Eigenmittelverordnung (ERV).

Der Verwaltungsrat der Post beantragt wie im Vorjahr eine Dividendenausschüttung von 50 Millionen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Post verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, bietet attraktive Anstellungsbedingungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit sicherstellen, und engagiert sich mit geeigneten Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Konzern Post verfügte im Geschäftsjahr 2022 über einen Personalbestand von 34 072 Personaleinheiten (PE), wovon rund 98 Prozent in der Schweiz arbeiteten.

Die Werte der Personalumfrage sind im Vergleich zum Vorjahr auf hohem Niveau stabil. 2022 absolvierten insgesamt 1839 Lernende eine berufliche Grundbildung bei der Post (Ausbildungsquote von 5,5%).

In der Konzernleitung lag der Frauenanteil im vergangenen Jahr unverändert bei 22,2 Prozent und im Verwaltungsrat stieg er auf 44,4 Prozent (2021: 33,3%). Der Anteil Frauen im Konzern lag bei 42 Prozent (2021: 43 %), beim obersten

¹ Von Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM noch ungeprüfte Werte.

² Der um die Nettokosten der Grundversorgung und den Wert des Monopols auf Briefen bis 50 Gramm bereinigte Unternehmensmehrwert fiel mit 95 Millionen positiv aus -94 Mio. gegenüber dem Vorjahr).

Kader bei 22,6 Prozent (2021: 21,6 %). Der Bundesrat würde eine Steigerung des Frauenanteils begrüßen.

Die Post engagierte sich mit verschiedenen Arbeitsmodellen und finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ebenso wurden Aus- und Weiterbildungen finanziell und mit Arbeitszeiterleichterungen unterstützt. In der Schweiz arbeiteten rund 44 Prozent aller Konzernmitarbeitenden Teilzeit (d.h. mit einem Beschäftigungsgrad unter 90 %).

Die Post führt für die Post und die Postkonzerngesellschaften in der Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags.

Rund 87 Prozent aller Mitarbeitenden der Post befanden sich in einem Arbeitsverhältnis auf der Grundlage eines Gesamtarbeitsvertrages (GAV). Die Firmen-GAV «Post CH» und «PostFinance» sowie die Vereinbarung «Dach-GAV» (gilt für rund 33'500 MA) wurden um ein Jahr bis Ende 2024 verlängert. Die neuen Firmen GAV von PostAuto AG und PostLogistics AG wurden per 2022 in Kraft gesetzt.

Die Post setzt sich im Gegenzug zu allfälligen ausserordentlichen Beiträgen an die Pensionskasse für einen massgeblichen Beitrag der Versicherten an die Finanzierung der Pensionskasse ein.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse Post belief sich per Ende 2022 auf 101,4 Prozent (2021: 109,6 %). Bei den Anlagen kam es zu einem Verlust von 6,1 Prozent, wobei die Sparkapitalien der Aktivversicherten mit 1 Prozent verzinst wurden. Der technische Zins beträgt 1,5 Prozent.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post kann im In- und Ausland Kooperationen eingehen, wenn diese das Kerngeschäft im Inland unterstützen, zur Erreichung der strategischen Ziele und zur nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswerts beitragen. Die Kooperationen müssen führungsmässig eng betreut und regelmässig überprüft werden und dem Risikoaspekt ist genügend Rechnung zu tragen. Im Ausland dürfen keine Beteiligungen an Gesellschaften mit Grundversorgungsverpflichtung eingegangen werden.

Die Post erzielte im Ausland einen Kundenumsatz von 682 Millionen (Vorjahr 629 Mio.), was einem Anteil von 10,2 Prozent am gesamten Kundenumsatz der Post entsprach.

Im vergangenen Jahr hat die Post den Bereich «Swiss Post Solutions» sowie die PubliBike AG verkauft. Mit ihrer Strategie 2021-2024 will die Post insbesondere in der Güterlogistik sowie im Bereich Kommunikations-Services durch Wachstum Ergebnisbeiträge generieren. Zu diesem Zweck hat sie im Jahr 2022 insgesamt 12 Firmen im Bereich Güterlogistik/Logistiklösungen gekauft. Der Bereich Kommunikations-Services hat zum Aufbau seines Geschäftsfeldes 4 Firmengruppen übernommen.

Die Eignerstellen haben die Post im Frühjahr 2022 zu einer Strategieüberprüfung beauftragt, welche zum Stand der Umsetzung und den Auswirkungen der aktuellen Strategie Auskunft geben soll. Zu den Resultaten der Post wird der Bund eine externe Überprüfung durchführen lassen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Rechnung der Post ohne Einschränkung testiert und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2022 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 2.5.2023 statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. den Lagebericht und die Jahresrechnung sowie die Konzernrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2022 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 6.3.2023 zur Kenntnis zu nehmen.
2. vom verfügbaren Bilanzgewinn von 753 041 010 Franken eine Dividende von 50 Millionen auszuschütten und den Restbetrag auf die neue Rechnung vorzutragen.
3. dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen. Die beantragte Entlastung bezieht sich ausdrücklich auf Handlungen im Geschäftsjahr 2022, die eingeschränkte Entlastung für die Jahre 2017 und 2018 bleibt bestehen.
4. den bisherigen Präsidenten Christian Levrat sowie die bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrates Thomas Bucher, Ronny Kaufmann, Bernadette Koch, Denise Koopmanns, Corrado Pardini, Dirk Reich und Maria Teresa Vacalli für eine zweijährige Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2025 wiederzuwählen und zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die bisherige Verwaltungsrätin Nadja Lang nicht zur Wiederwahl stellt.
5. die Ernst & Young AG in Bern für das Geschäftsjahr 2023 als Revisionsstelle zu wählen.
6. die Obergrenzen für den Gesamtbetrag der Honorare des Verwaltungsrates (inkl. VRP) von 1 189 080 Franken, des Verwaltungsratspräsidenten von 271 500 Franken und der Entlohnung der Konzernleitung (inkl. Konzernleiter) von CHF 6 192 614 Franken für das Geschäftsjahr 2024 zu genehmigen.
7. zur Kenntnis zu nehmen, dass die Obergrenzen der Gesamtbeträge im Geschäftsjahr 2022 beim Verwal-

tungsrat und der Konzernleitung (inkl. CEO) eingehalten wurden, es beim VRP aufgrund von obligatorischen Sozialversicherungsbeiträgen zu einer Überschreitung von 4506 Franken gekommen ist.

8. aufgrund einer gesetzlich begründeten Nachkorrektur (Beiträge an die Familienausgleichskasse) die genehmigte Obergrenze des Gesamtbetrags der Entlohnung der Konzernleitung (inkl. CEO) für das Geschäftsjahr 2023 von 6 039 822 Franken um 72 083 Franken auf neu insgesamt 6 111 905 Franken zu erhöhen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 17.3.2023 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,94%

Verwaltungsrat: Walter T. Vogel (Präsident), Aldo C. Schellenberg, Doris Barnert, Anne Bobillier, Andreas Schmid, Cristina Feistmann, Dominik Hänggi (Personalvertreter)

CEO: Alex Bristol

Ext. Revisionsstelle: PricewaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Skyguide besorgt im Auftrag des Bundes die zivile und militärische Flugsicherung in der Schweiz und in angrenzenden Gebieten. 2022 näherte sich das Verkehrsaufkommen im von Skyguide kontrollierten Luftraum wieder dem Volumen an, das vor Ausbruch der Coronavirus-Pandemie bestanden hatte. Damit normalisierte sich die operative und finanzielle Lage des Unternehmens weitgehend. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass Skyguide die strategischen Ziele im Jahr 2022 *insgesamt erreicht* hat.

Skyguide erfüllte den hoheitlichen Auftrag und gewährleistete die Sicherheit des Luftverkehrs. Die Leistungsvereinbarung mit der Luftwaffe wurde erfüllt.

Nach hohen Verlusten während der Coronavirus-Pandemie konnte Skyguide das Jahresergebnis stabilisieren und das Geschäftsjahr mit einem Gewinn von 8,1 Millionen Franken abschliessen. Ab 2023 ist mit einer strukturellen Verbesserung der Ertragslage zu rechnen, so dass Skyguide das vom Bund gewährte Darlehen über 250 Millionen Franken zur Gewährleistung der Liquidität des Unternehmens schrittweise zurückzahlen können.

Am 15. Juni 2022 trat eine technische Störung auf, die zu einem vorübergehenden Unterbruch des Flugverkehrs im von Skyguide kontrollierten Luftraum führte. Skyguide hat die Ursachen dieser Störung sorgfältig analysiert und aufgearbeitet. Das UVEK liess eine externe Untersuchung durchführen. Diese ergab 14 Empfehlungen zur Stärkung der Resilienz der Flugsicherung. Skyguide wird diese Empfehlungen umsetzen.

Skyguide muss angesichts der langfristigen Auswirkungen der Pandemie ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Kosteneffizienz weiter verstärken, ohne dabei die Sicherheit des Luftverkehrs zu gefährden. Da die Personalkosten rund 70 Prozent der Gesamtkosten des Unternehmens ausmachen, wird dies nicht ohne Beitrag der Mitarbeitenden möglich sein. Skyguide ist gefordert, gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgewogene und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Dazu gehört auch die Anhebung des Pensionsalters der Flugverkehrsleitenden auf 60 Jahre. Gemeinsam mit dem betroffenen Personalverband verabschiedete Skyguide hierzu eine Absichtserklärung. Der Bundesrat erwartet, dass diese fristgerecht per 1. Januar 2024 umgesetzt wird.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	483,8	348,9
Nettoergebnis (Mio. CHF)	11,0	-119,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	550,6	559,3
Allg. + übrige Reserve (Mio. CHF)	19,7	273,6
Eigenkapitalquote in %	35,9	33,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1 365	1 360

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierte Flüge (Tausend)	1 147	690
Pünktlichkeit (% der Flüge)	97,3	99,2
Ø Verspätung pro Flug ¹⁾ (Sek.)		
Überflug	8,9	3,2
Anflug Zürich	0,9	1,4
Anflug Genf	5,8	3,0
Militärische Flugbewegungen	88°154	89°491
Ø Streckenfluggebühr (EUR)	96,3	91,0
Technischer Deckungsgrad PK in %	106,2²⁾	115,2
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	n/a	n/a

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ³⁾	56,0	52,3
Gebühren (Mio. CHF) ⁴⁾	365,5	266,2

¹⁾ Von Skyguide verursachte Verzögerung pro Überflug/Flughafenbewegung

²⁾ Provisorischer Wert, gemäss Art. 44 BVV 2

³⁾ Für nicht kostendeckende Leistungen in ausländischen Lufträumen, gebührenbefreite Flüge und U-Space, gemäss Bundesrechnung.

⁴⁾ Flugsicherungsgebühren, einschliesslich Entschädigung der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Skyguide erfüllte im Berichtsjahr ihren hoheitlichen Auftrag.

Hoher Sicherheitsstandard; hoch entwickelte Sicherheitskultur

Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Nach den Kriterien der EASA attestiert das BAZL der Sicherheitskultur von Skyguide einen hohen Reifegrad.

Am 15. Juni 2022 ereignete sich eine technische Störung bei einer Netzwerkkomponente. Aus Sicherheitsgründen entschied Skyguide, den von ihr überwachten Luftraum während fünf Stunden zu schliessen («Clear the sky»). Dieser Entscheid war angemessen, da nicht vorhergesagt werden konnte, wie gravierend die Störung war und bis wann sie behoben werden konnte. Skyguide veranlasste eine interne Untersuchung zu den Ursachen des Vorfalls. Aufgrund der Tragweite des Vorfalls entschied das UVEK, den Sachverhalt und die Untersuchungsergebnisse von Skyguide durch eine externe, unabhängige Stelle überprüfen zu lassen. Diese Untersuchung ergab 14 Empfehlungen, um die Resilienz der Flugsicherung zu erhöhen. Skyguide wird diese Empfehlungen mit enger Begleitung durch die Sicherheitsaufsichtsbehörde BAZL umsetzen.

Beitrag zu einem effizienten, pünktlichen Luftverkehr

Im Gleichschritt mit dem Verkehrsvolumen nahmen auch die Verspätungen wieder auf das vor der Coronavirus-Pandemie übliche Niveau zu. Dies gilt auch für die wirtschaftliche Effizienz: Die durchschnittlichen Kosten pro Flug sanken von 202 Franken auf 115 Franken für Überflüge und von 784 Franken auf 393 Franken für An- und Abflüge auf den Landesflughäfen (2019: CHF 107 für Überflüge und CHF 335 für An- und Abflüge).

Stabiler 24-Stunden-Betrieb des Luftpolizeidienstes

Skyguide erfüllte alle Vorgaben der Leistungsvereinbarung mit der Luftwaffe. Der permanente Luftpolizeidienst war gewährleistet.

Vorausschauende Vorbereitung auf den absehbaren Strukturwandel, jedoch Fokus auf prioritäre Projekte

Skyguide wirkte an verschiedenen Projekten und Programmen der EU-Initiative «Single European Sky» mit, um die Effizienz des europäischen Flugsicherungssystems zu verbessern. Nach dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen Schweiz-EU hat die Skyguide weiterhin keinen Zugang zu gemeinschaftlichen Fördergeldern für die Finanzierung von Innovationsprojekten. Priorität hatten für Skyguide zwei eigene Projekte, die einen unmittelbaren Nutzen für die Schweizer Luftfahrt generieren: «Virtual Center Switzerland» (Vernetzung der Kontrollzentren Genf und Dübendorf) und «U-Space» (Registrierung und Kontrolle von Drohnen).

2. Finanzielle Ziele

Rückkehr zu einem ausgeglichenen Ergebnis

Skyguide ist gemäss Luftfahrtgesetz eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft. Der Bundesrat erwartet grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis. Aufgrund der

Coronavirus-Pandemie erlitt Skyguide in den Jahren 2020/2021 hohe Verluste. Um die Liquidität zu sichern, erhöhte der Bundesrat in dieser Phase das Eigenkapital um 150 Millionen Franken und gewährte Skyguide ein Darlehen von 250 Millionen Franken. Dank der Normalisierung des Luftverkehrs konnte Skyguide im Berichtsjahr einen Überschuss von 8,1 Millionen Franken erzielen. Die 100 Millionen Franken, die der Bund vorsorglich für 2022 bereitgestellt hatte, wurden nicht benötigt. In den kommenden Jahren ist aufgrund der EU-Regularien eine strukturelle Verbesserung der Ertragslage zu erwarten, so dass Skyguide das Darlehen des Bundes langfristig wird zurückzahlen können.

Fortsetzung der Sparanstrengungen

Im Berichtsjahr erzielte Skyguide Einsparungen von 21 Millionen Franken. Damit lag Skyguide auf Kurs, um die bis 2024 angestrebten kumulierten Entlastungen von 120 Millionen Franken zu realisieren.

Höhere Abgeltungen des Bundes

Im Berichtsjahr nahmen die Abgeltungen des Bundes für die Aufwände von Skyguide in den delegierten ausländischen Lufträumen, für gebührenbefreite Flüge sowie für den neuen Flugsicherungsdienst U-Space (3,2 Mio. CHF) 3,7 Millionen Franken zu. Dagegen reduzierten sich die Subventionen aus der Spezialfinanzierung Luftverkehr um 3,6 Millionen Franken.

Nettoverschuldung übersteigt die Obergrenze des Bundesrates

Die während der Coronavirus-Pandemie erlittenen Verluste und das vom Bund gewährte Darlehen über 250 Millionen Franken wirkten sich naturgemäss auf den Verschuldungsgrad von Skyguide aus. Er überschritt die vom Bundesrat festgelegte Obergrenze von 2 x EBITDA. Der Bundesrat rechnet mittelfristig mit einer Rückkehr der Nettoverschuldung unter diese Obergrenze.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Skyguide ist eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin mit einer modernen Personalpolitik. Die Bewältigung der Folgen der Pandemie erfolgte im engen Austausch mit den Personalvertretern und den Sozialpartnern. Die Umsetzung der von der Geschäftsleitung ergriffenen Sparmassnahmen wurden mit den Sozialpartnern besprochen. Ebenso wurden Gespräche über die Erhöhung des Rentenalters geführt. Der Bundesrat begrüsst die konstruktive Sozialpartnerschaft. Sie ist entscheidend, damit Skyguide die anstehenden Herausforderungen bewältigen kann.

Trotz des Spardrucks bot Skyguide moderne Sozialleistungen und wettbewerbsfähige Anstellungsbedingungen. Im Berichtsjahr blieb der Personalbestand mit 1'365 Vollzeitäquivalenten praktisch stabil (+5). Skyguide engagierte sich im Rahmen der Erwartungen des Bundesrates für die Förderung von Diversität und Gleichstellung im Unternehmen.

Skyguide bildete im Berichtsjahr 67 Flugverkehrsleitende aus. Das entsprach 4,9 Prozent der Belegschaft. Alle Mitarbeitenden sind zur Weiterbildung – namentlich im Bereich Sicherheitskultur – verpflichtet. Im Berichtsjahr wendete jeder Mitarbeitende (ohne Lernende) im Durchschnitt 14,1 Arbeitsstunden für Weiterbildung auf (Vorjahr: 10,9 Stunden).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Im Berichtsjahr ging Skyguide keine neuen Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern ein.

Die internationale (Forschungs- und Entwicklungs-) Zusammenarbeit im Rahmen von SES, SESAR und FABEC wurde fortgeführt.

Alle Beteiligungen und Kooperationen von Skyguide standen im Einklang mit dem Luftfahrtrecht und mit den strategischen Zielen des Bundesrates.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Jahresrechnung 2022 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsinteressen der Eigenossenschaft gegenüber Skyguide werden gemeinsam durch das UVEK und das VBS wahrgenommen.

Für die ordentliche Generalversammlung von Skyguide beantragt der Verwaltungsrat der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die statutarische Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2022 zu genehmigen;
2. das Bilanzergebnis wie folgt zu verwenden:

- Gewinnvortrag:	106,6 Mio. CHF
- Jahresgewinn:	8,1 Mio. CHF
- Bilanzgewinn:	114,7 Mio. CHF
3. der durch die Revision des Aktienrechts erforderlichen Statutenänderung zuzustimmen;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen;
5. die Firma PricewaterhouseCoopers AG (PwC) in Zürich, Niederlassung Pully, für die Dauer von einem Jahr in ihrem Amt als Revisionsstelle von Skyguide zu bestätigen;
6. folgende maximalen Obergrenzen für die Gesamtvergütungen im Geschäftsjahr 2024 zu genehmigen:
 - a) 4'285'000 Franken für die Mitglieder der Geschäftsleitung;
 - b) 152'000 Franken für den Präsidenten des Verwaltungsrates;
 - c) 348'000 Franken für die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 17. März 2023 das UVEK und das VBS, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung von Skyguide zuzustimmen.

Schweizerisches Nationalmuseum (SNM)

Internet: www.nationalmuseum.ch

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Museumsrat: Tim Guldemann (Präsident), Sandrine Giroud (Vizepräsidentin), Sonia Abun-Nasr, Larissa Bieler, André Holenstein, Marie-France Meylan Krause, Fulvio Pelli, Stefano Stoll

Direktorin: Denise Tonella

Ext. Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Die Besuchendenzahlen zeigen nach über zwei Jahren Pandemie einen Erholungstrend. Insbesondere nach Aufhebung der Reisebeschränkungen im Frühling wurden vermehrt ausländische Gäste und Schulklassen empfangen. Es fanden auch wieder weit mehr Führungen und Museumsanlässe statt. Über das ganze Jahr gesehen sind die Besuchendenzahlen um 47 Prozent gestiegen und nähern sich den Zahlen vor der Pandemie an (2022: 329'874; 2021: 225'158; 2020: 192'074; 2019: 369'873).

Ein wichtiger Schritt für das SNM im Rahmen des umfassenden digitalen Transformationsprozesses war im Berichtsjahr die Schaffung eines neuen Geschäftsbereiches «Digitale Transformation & Innovation». Auch der Blog des SNM, welcher historische Themen für ein breites Publikum modern präsentiert, hat die Marke von einer Million Besuchen überschritten.

Das Jahresergebnis fiel mit einem Minus von 147'000 Franken trotz der starken Auswirkungen der Pandemie in den ersten Monaten des Jahres und ungewisser Kostenentwicklung in den Folgemonaten deutlich besser aus als budgetiert (2021: + 978'000). Die Differenz zum Vorjahr ist hauptsächlich mit dem unregelmässig anfallenden höheren Aufwand für die Erneuerung von Dauerausstellungen und den im Vorjahr durch das pandemiebedingte Verschieben geplanter Ausstellungen tieferen Sachaufwand begründet und konnte durch Kostenoptimierungen reduziert werden. Hervorzuheben ist im Bereich Personal die ausgeglichene Geschlechterverteilung bei den Führungspositionen und in der Geschäftsleitung sowie der Wiederanstieg der Praktika im Fachhochschul- und Hochschulbereich.

Schliesslich hat das SNM im Berichtsjahr die Themen Nachhaltigkeit und Publikumsforschung vertieft, so wurden etwa die Treibhausgasemissionen mit einem Zertifikat via BAFU kompensiert und aufgrund der Forschungsergebnisse neue Angebote für das Publikum kreiert.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	58,1	56,8
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	- 0,1	1,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	15,1	14,4
Organisationskapitalquote in %	37,7	40,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	196	186

Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Museumsbesuchende Zürich	269 384	157 377
Museumsbesuchende Prangins	36 084	48 471
Museumsbesuchende Schwyz	24 406	19 310
Anzahl Neuinventarisierungen	17 555	24 200
Anzahl Leihgaben	737	266
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen (Mio. CHF)	5,1	4,1
Erhaltene Zuwendungen (Mio. CHF)	0,9	0,9
Technischer Deckungsgrad PK in %	99,5	110,7
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	98,0	89

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	33,1	32,2
Beitrag an die Unterbringung (Mio. CHF)	19,1	19,6
Gebühren (Mio. CHF)	-	-

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Das SNM erfüllt seinen öffentlichen Auftrag insbesondere durch die Darstellung der Geschichte und die Auseinandersetzung mit der vielfältigen Identität und Kultur der Schweiz sowie durch sein Angebot als museologisches Kompetenzzentrum. Die einzigartige Sammlung, die das Kunsthand-

* Strategische Ziele: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/2512/de>

werkliche und kulturhistorische Erbe der Regionen der heutigen Schweiz widerspiegelt, macht das SNM für die breite Öffentlichkeit in attraktiver Form zugänglich. Veranstaltungen, Publikationen und zeitgemässe digitale Angebote ergänzen das vielseitige Ausstellungsangebot.

Nach der Omikron-Welle zeigte sich ein Erholungstrend bei der Publikumsfrequenz. So konnten die Museen des SNM erstmals nach 2019 wieder insgesamt über 300'000 Besucherinnen und Besucher begrüssen.

Über das ganze Jahr gesehen bezifferte sich die Steigerung insgesamt auf 47 Prozent. Im Einzelnen verzeichnete das Landesmuseum Zürich eine Steigerung von 71 Prozent, mitunter dank der Rückkehr der ausländischen Museums-gäste, und das Forum Schweizer Geschichte Schwyz eine Steigerung von 26 Prozent, dies vor allem auch dank der vielen Schulklassen. Dahingegen verzeichnete das Château de Prangins 25 Prozent weniger Besuchende, was hauptsächlich auf den rückläufigen nationalen Tourismus zurückzuführen war. Im Vergleich zu 2019 lagen die Publikumszahlen im Berichtsjahr rund 10 (Schwyz) bis 11 Prozent (Zürich und Prangins) tiefer und zeigen somit einen erfreulichen Erholungstrend an.

Die Nachfrage nach Führungen war in allen drei Museen mit insgesamt 3993 Führungen und Workshops vor Ort hoch (+ 41 % im Vergleich zu 2021 mit 2834). Darüber hinaus wurden insgesamt 104 Veranstaltungen vor Ort (z.B. History Talks, LATE, Café Climat) durchgeführt (+ 58 % im Vergleich zum Vorjahr mit 66).

Vielfältige Ausstellungsthemen

Insgesamt wurden 14 Wechselausstellungen gezeigt, wovon 8 neue Eigenproduktionen (2021: 12/7). Zudem wurde eine neue Dauerausstellung eröffnet (2021: 1).

Die grosse Frühlingsausstellung «Im Wald. Eine Kulturgeschichte» im Landesmuseum Zürich zeigte das Thema Wald aus kulturhistorischer Perspektive und machte die Geschichte der Waldnutzung, der Schutzbemühungen sowie die Darstellung des Waldes erfahrbar.

Sagen sind ein wichtiger Teil des schweizerischen Kulturgutes. Im Frühling wurde im Forum Schweizer Geschichte Schwyz die Ausstellung «Sagenhafter Alpenraum» eröffnet, die bekannte Sagen wie Wilhelm Tell, die Teufelsbrücke oder das Sennentuntschi in den Mittelpunkt stellte.

Auf grosse Resonanz stiess die im Juni in Zürich eröffnete Ausstellung «Anne Frank und die Schweiz», die auf die Fluchtgeschichte und das Tagebuch des 1945 im Konzentrationslager ermordeten Mädchens fokussierte. Eigens für die Ausstellung produzierte Animationen eröffneten Einblicke in das Leben im Amsterdamer Versteck.

Das Zielpublikum der neuen Dauerausstellung «Was ist die Schweiz?», seit Juni im Château de Prangins zu sehen, sind vor allem Schülerinnen und Schüler. Die Ausstellung hinterfragt Schweizer Gründungsmythen und Klischees und

lässt auch die junge Generation mit ihren Fragestellungen zur Schweiz von heute und morgen zu Wort kommen.

Die grosse Herbstausstellung «Barock. Zeitalter der Kontraste» im Landesmuseum Zürich widmete sich dieser von tiefgreifenden sozialen, religiösen und politischen Umbrüchen geprägten Epoche.

Wissenschaftliche Arbeit an der Sammlung

Das im Rahmen des europäischen Netzwerkes Marie Skłodowska-Curie Innovative Training Networks durchgeführte Projekt «Digital techniques for glass corrosion monitoring and documentation» wurde abgeschlossen.

Weitergeführt wurde das von der Universität Zürich geleitete Projekt «Texturen der Heiligen Schrift: Materialien und Techniken sakralen Buchschmucks im westlichen Mittelalter, 780-1300», an dem das SNM als Partner beteiligt ist.

Leistungen für Dritte

Die Einnahmen aus Aufträgen von kantonalen Fachstellen und weiteren Institutionen fielen geringer aus im Vergleich zum Vorjahr (2022: 421 TCHF, 2021: 465 TCHF). Für die Kantone Tessin, Zürich, Schwyz, Aargau, Schaffhausen oder auch für verschiedene Museen führte das SNM umfangreiche Analysen und Aufträge aus, wie etwa die Konservierung von 528 Objekten aus Kupferlegierungen aus Rheinau ZH und die Nachkontrolle der Befunde des Mannes aus dem Eis (Ötzi) im Südtiroler Archäologiemuseum.

Trotz weniger Vermietungen im ersten Quartal aufgrund der Omikron-Welle haben die Erträge aus Vermietungen insgesamt im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (2022: 882 TCHF, 2021: 656 TCHF). Die Erlöse aus den Museumsshopverkäufen sind im Vergleich zu 2021 merklich angestiegen (2022: 1215 TCHF, 2021: 916 TCHF). Die Einnahmen aus der Verpachtung der Gastronomieinfrastruktur in Zürich und Prangins sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2022: 374 TCHF, 2021: 350 TCHF), blieben aber noch hinter den Zahlen vor der Pandemie zurück.

Leihwesen

Im Berichtsjahr wurden wiederum deutlich mehr Objekte ausgeliehen: 737 Objekte für 51 Ausstellungen (2021: 266/41), darunter an das *Haus der Europäischen Geschichte* in Brüssel oder das *Historische Museum der Pfalz* in Speyer.

Sicherung eines repräsentativen Kulturerbes

Entsprechend dem aktualisierten Sammlungskonzept fanden im Berichtsjahr u.a. die folgenden Objekte Eingang in die Sammlung des SNM:

- Im Rahmen der Versteigerung der Sammlung der *Fondation pour l'Histoire des Suisses dans le monde* konnte das SNM in Koordination mit verschiedenen Schweizer Museen bedeutende Objekte erwerben.

- Schutzweste und Schild von Helfenden, die nach Kriegsausbruch in der Ukraine in den ersten Monaten schutzsuchende Personen an Schweizer Bahnhöfen empfangen, gelangten als Schenkung in die Sammlung.
- Analoge Fotoautomaten waren jahrzehntlang an Haltestellen, in Bahnhöfen und Einkaufszentren zu finden. Nach einem Aufruf schickten über 100 Personen ihre Automatenfotos ein. Es handelt sich um das erste grössere partizipative Sammlungsprojekt.

Digitale Transformation und Nachhaltigkeit

Im Rahmen des umfassenden digitalen Transformationsprozesses wurde 2022 ein neuer Geschäftsleitungsbereich «Digitale Transformation & Innovation» per April 2023 geschaffen, der u.a. die Erneuerung des Sammlungsmanagementsystems, die Entwicklung und Implementierung eines Customer Relationship Management Systems, das Vorantreiben der Vermittlung im virtuellen Raum sowie das Projektportfolio-Management verantworten wird.

Im Bereich Nachhaltigkeit wurden betriebliche Sofortmassnahmen, wie z. B. bei der Energieeffizienz, der Abfalltrennung oder dem Ausstellungsbau, implementiert. Das SNM nimmt freiwillig an RUMBA teil und kompensierte 2022 erstmals die Treibhausgasemissionen mit einem Zertifikat via BAFU. Ein wichtiger Schritt war der Ausbau der Photovoltaikanlage im Sammlungszentrum Affoltern a. A., dank welcher ab Januar 2023 voraussichtlich 50% des Elektrizitätsbedarfs des Sammlungszentrums abgedeckt werden können. Auch das inklusive Museumsangebot im Sinne der sozialen Nachhaltigkeit wurde erweitert. Nach dem Landesmuseum Zürich hat 2022 nun auch das Château de Prangins das Label «Culture inclusive» erhalten.

In Zusammenhang mit der drohenden Energiemangellage setzte das SNM zahlreiche Massnahmen gemäss Vorgaben des EDI bzw. des BBL um, so etwa die Regulierung des Temperatursollwerts auf 20°C oder die Reduktion der Fassadenbeleuchtung.

Bauprojekte

Das Projekt Gesamtanierung und Erweiterung Landesmuseum Zürich ist abgeschlossen.

Das Vorprojekt für die Erweiterung des Sammlungszentrums in Affoltern am Albis und die Zusammenführung der Depots wurde abgeschlossen. Die Bauprojektphase startete im Dezember 2022.

2. Finanzielle Ziele

Das SNM zeichnet sich in seiner Leistungserbringung durch wirtschaftliches Handeln aus. Dazu werden geeignete Kontroll- und Steuerungsprozesse eingesetzt.

Die Pandemie hatte starke Auswirkungen auf die ersten Monate des Jahres, was zu erheblichen Einbussen bei den Umsätzen aus Museumseintritten und Veranstaltungen führte (Umsatzeinbusse von -453 TCHF). Zudem war die

Kostenentwicklung infolge des Ukrainekriegs, der Energiekrise und der damit verbundenen weltweiten Rezession ungewiss. Trotz dieser Faktoren fiel das Jahresergebnis mit -147 000 Franken besser aus wie budgetiert (2021: Plus 978'000). Die Differenz zum Vorjahr ist hauptsächlich mit dem unregelmässig anfallenden höheren Aufwand für die Erneuerung von Dauerausstellungen begründet und konnte durch Kostenoptimierungen reduziert werden.

Der Umsatz war mit 58,1 Millionen Franken 1,3 Millionen höher als 2021. Der Beitrag des Bundes an das SNM stieg von 32,2 Millionen auf 33,1 Millionen Franken an. Der Beitrag an die Unterbringung des SNM hat sich um 0,5 Millionen verringert und betrug neu 19,1 Millionen Franken.

Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen sind um 1 Million auf 5,1 Millionen Franken angestiegen und haben damit nahezu die Werte vor der Pandemie erreicht. Die Zuwendungen betragen wie im Vorjahr 0,9 Millionen Franken.

Die Betriebsaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Millionen Franken auf 58,6 Millionen Franken und teilen sich wie folgt auf: Die Personalaufwendungen sind im Berichtsjahr um 1,5 Millionen Franken höher ausgefallen und haben mit 25,4 Millionen Franken das Budget nahezu ausgeschöpft. Grund für diese Steigerung ist hauptsächlich die befristete Anstellung von zusätzlichem Personal für [Ausstellungsprojekte](#), [das Projekt Gesamtbestanderschliessung](#) und [die Bereinigung der Objektdatenbank](#). Die Sachaufwendungen haben nach dem von Verschiebungen geplanter Wechselausstellungen geprägten Vorjahr um 1,7 Millionen zugenommen und sind auf 13,6 Millionen Franken angestiegen. Die Kosten für die Unterbringung haben sich um 0,5 Millionen Franken reduziert.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Millionen Franken erhöht. Bei den zweckgebundenen Fonds im Fondskapital wurden dem Fonds «Dr. Karl Killer» 0,2 Millionen Franken für Ankäufe und dem Fonds «Peter Heinz Güttinger» 0,1 Millionen Franken für den Ausstellungsbau im Château de Prangins entnommen. In den Fonds «Allgemein mit Zweckbindung» wurden 0,8 Millionen Franken eingelegt, die im gleichen Umfang wiederverwendet wurden. Damit beläuft sich das Fondskapital neu auf 5,6 Millionen Franken.

Beim gebundenen Organisationskapital wurden aus dem Fonds «Ausstellungen» 0,7 Millionen Franken für den Ausstellungsbau im Château de Prangins und aus dem Fonds «Dokumentation & Konservierung» 0,1 Millionen Franken entnommen. Aus den durch die Ergebnisverwendung freigewordenen Mitteln wurden dem gebundenen Organisationskapital 0,7 Millionen Franken zugewiesen, dieses beträgt damit neu 4,9 Millionen Franken (Vorjahr 5,0 Mio. CHF). Das freie Kapital hat sich um 0,1 Millionen auf 0,8 Millionen Franken reduziert.

Die Organisationskapitalquote zum Jahresende beträgt 37,7 Prozent (Vorjahr 40,6 %).

Das SNM verfügt über einen angemessenen Risikomanagementprozess. Für 2022 wurden dem Bundesrat drei im Fokus stehende Schlüsselrisiken gemeldet, wovon nach Ergreifen von entsprechenden Massnahmen das Restrisiko bei einem Risiko weiterhin als hoch eingeschätzt wird.

3. Personal und vorsorgepolitische Ziele

Das SNM verfolgt eine verantwortungsbewusste, transparente und verlässliche Personalpolitik, die sich von der Personalstrategie des Bundes ableitet.

Gefördert wird die Erweiterung der Fachkompetenzen. Grosse Wichtigkeit wird der transparenten, zeitnahen Information der Mitarbeitenden beigemessen. Jährlich findet ein Austausch mit den Sozialpartnern und halbjährlich mit der Personalkommission des SNM statt.

Im Mai 2022 fand eine Personalbefragung statt, welche eine positive Arbeitszufriedenheit und ein überdurchschnittliches Commitment aufzeigte.

Der Personalbestand beträgt im 2022 196 FTE (2021: 186 FTE), verteilt auf 339 Mitarbeitende (2021: 331). Im SNM arbeiten 32,2 Prozent Männer (2021: 31,2 %) und 67,8 Prozent Frauen (2021: und 68,8 %). 43 Mitarbeitende mit Führungsverantwortung waren im SNM tätig, davon 55,8 Prozent Frauen (2021: ebenfalls 55,8 %). Auf Geschäftsleistungsstufe beträgt der Frauenanteil 60 Prozent gegenüber 40 Prozent Männern. Die Fluktuationsrate lag bei 9,7 Prozent (2021: 14,8 %). Ohne Mitarbeitende im Stundenlohn im Bereich Aufsicht und Besucherbetreuung, welche vor oder während einem Studium im Nebenerwerb im SNM tätig waren, betrug die Fluktuationsrate 6,8 Prozent (2021: 6 %).

Die Verteilung der Muttersprachen ergab per Ende 2022 einen Anteil von 68,9 Prozent mit deutscher (2021: 69,1 %), 10,6 Prozent mit französischer (2021: 11,4 %) und 6,7 Prozent mit italienischer Muttersprache (2021: 6,9 %). 13,8 Prozent der Mitarbeitenden haben eine andere Muttersprache als eine der Landessprachen angegeben (2021: 12,6 %). Die Verteilung der Muttersprachen bei den Mitarbeitenden mit Führungsverantwortung ergab 76 Prozent mit deutscher (2021: 74 %, 14 Prozent mit französischer (2021: 13 %), 5 Prozent mit italienischer (2021: 5%) und 5 Prozent mit anderer Muttersprache (2021: 8 %). Bei den Mitarbeitenden ohne Führungsverantwortung waren es 68 Prozent mit deutscher (2021: 69 %), 10 Prozent mit französischer (2021: 11 %), 7 Prozent mit italienischer (2021: 7 %) und 15 Prozent mit anderer Muttersprache (2021: 13 %).

Es werden 47 Mitarbeitende mit ausländischer Nationalität beschäftigt (2021: 43). Im Jahr 2022 wurden allein Personen mit Wohnsitz in der Schweiz angestellt. Alle offenen Stellen wurden ausschliesslich auf dem inländischen Arbeitsmarkt ausgeschrieben.

19 Praktikantinnen und Praktikanten waren während oder nach einem Fachhochschul- oder Hochschulstudium im SNM tätig (2021: 14) sowie 5 Lernende (2021: ebenfalls 5).

Es waren 7 Mitarbeitende mit einer Behinderung beschäftigt (2021: 9). Ausserdem nahmen 4 Personen an einer Arbeitsintegrationsmassnahme teil (2021: 3).

Alle 3 Jahre wird eine Analyse mit dem Lohngleichheitstool «Logib» durchgeführt, zuletzt 2020 mit dem Ergebnis, dass die Lohngleichheit im SNM gewährleistet ist. Die Abweichung zu Ungunsten der Frauen beträgt 0,2 Prozent (frühere Abweichung: 0,3 % zu Ungunsten der Männer).

Die Mitglieder des Museumsrats sind gehalten, ihre persönlichen und geschäftlichen Angelegenheiten so zu regeln, dass Interessenkonflikte vermieden werden, und hierzu die notwendigen Massnahmen zu treffen. Der Museumsrat führte im Berichtsjahr eine schriftlich festgehaltene Selbstevaluation durch und nahm eine Aktualisierung der Meldungen zu den Interessenbindungen vor (https://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/gremium_10208.html).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperationen wurden im Bereich Ausstellungen, Aus- und Weiterbildung und Forschung eingegangen. Die Nachfrage seitens Ausbildungsinstitutionen ist weiterhin hoch.

Die Ausstellung «Anne Frank und die Schweiz» entstand in Kooperation mit dem Anne Frank Fonds Basel und dem Familie Frank Zentrum Frankfurt.

Im Rahmen der Kooperation mit Ausbildungsinstitutionen des Fachbereichs Konservierung-Restaurierung wurden 10 Studierende aus dem In- und Ausland ausgebildet (2021: 9). Weiter absolvierten 9 Studierende ein Praktikum im Bereich Ausstellungs- und Sammlungstätigkeit (2021: 5).

Stattgefunden haben ausserdem Ausbildungsmodule im Bereich Konservierung-Restaurierung sowie Museumsarbeit für verschiedene Schweizer Fachhochschulen und Universitäten, das Schweizerische Institut für Kunstwissenschaft, ICOM Schweiz und die Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart.

Mit dem Sammlungszentrum Gordailua - the Gipuzkoa Heritage Collection Centre in Irun wurde eine Kooperation im Bereich Kulturgütererhaltung gestartet.

Viel beachtet haben die Graphischen Sammlungen der Zentralbibliothek Zürich, der ETH Zürich, des Kunsthauses Zürich und des SNM zusammen ihre bedeutenden historischen Bestände an Scheibenrissen aufgearbeitet, publiziert und in einer Ausstellung gezeigt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle KPMG AG hat die Jahresrechnung 2022 bestehend aus Bilanz, Betriebsrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals, Geldflussrechnung und Anhang geprüft und beurteilt, dass diese im Einklang mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER und dem schweizerischen Gesetz erstellt wurde. Die KPMG AG erachtet die Jahresrechnung als ordnungsgemäss und

empfiehlt, diese zu genehmigen, und bestätigt zudem, dass ein gemäss den Vorgaben des Museumsrates ausgestaltetes IKS für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Museumsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2022 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung zu genehmigen, den Bericht des Museumsrats über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2022 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis zu nehmen sowie den Museumsrat für das Geschäftsjahr 2022 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19.04.2023 den Geschäftsbericht 2022 mit dem eigenständigen Anhang zur Jahresrechnung genehmigt, den Bericht des Museumsrats über die Erreichung der Strategischen Ziele des Bundesrates 2022 und den Bericht der Revisionsstelle KPMG AG zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Museumsrates für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Pro Helvetia

Internet: www.prohelvetia.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: öffentlich-rechtliche Stiftung

Stiftungsrat: Charles Beer (Präsident), Susanna Fanzun, Hannes Gassert, Gianfranco Helbling, Françoise König Gerny, Esra Küçük, Sarah Lombardi, Elodie Pong, Karl Schwaar

Direktor: Philippe Bischof

Ext. Revisionsstelle: OBT AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Pro Helvetia konnte mit seinen Aktivitäten in diesem Jahr einen massgeblichen Beitrag an die Zielerreichung der in der Kulturbotschaft 2021–2024 definierten Handlungsachsen, Ziele und Massnahmen leisten. Nach Aufhebung der Pandemie-bedingten Einschränkungen, konnten wieder grosse Messepräsenzen realisiert werden und ein Beitrag zur Verbreitung des Schweizer Kulturschaffens im Ausland geleistet werden.

Die Zahl der unterstützten Kunst- und Kulturvorhaben in der Schweiz ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (2022: 1853; 2021: 1939; 2020: 1630). Bei den von der Stiftung unterstützten Projekten von Schweizer Kunst- und Kulturereignissen ins Ausland sind die Zahlen hingegen wieder gestiegen (2022: 3915; 2021: 2053; 2020: 2461). Die Zahl der bearbeiteten Gesuche ist ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr gewachsen (2022: 5390; 2021: 4737). Die Zusagequote ist aufgrund der gestiegenen Anzahl Gesuche um drei Prozent gesunken (2022: 42,4 %; 2021: 45,5 %). Die Anzahl Besuche im Schweizer Pavillon an der Biennale in Venedig konnte stark gesteigert werden (2022: 527'000; 2021: 160'319).

Die finanziellen Ziele der Pro Helvetia wurden grösstenteils erreicht. Die Administrationskosten sind zwar mit 13,4 Prozent (2021: 13,7 % 2020: 13,4 %) leicht gesunken. Der Bundesrat erwartet aber, dass die Administrationskosten bis zum Ende der Strategieperiode 2024 bei 13,0 Prozent liegen. Die personalpolitischen Ziele wurden erreicht.

Erwähnenswert ist in diesem Jahr auch die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Kultur und dem Schweizerischen Nationalmuseum zur Initiierung der Arbeiten für die Kulturbotschaft 2025–2028, wozu auch der Kontakt mit den Kulturverbänden, Kantonen und Städten intensiv gepflegt wurde.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	45	43
Jahresergebnis (vor Zuweisung an freies Kapital) (T CHF)	258	302
Freies Kapital (T CHF)	971	713
Bilanzsumme (Mio. CHF)	32	33
Eigenkapitalquote in %	28,8	20,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	94,5	94

Stiftungsspezifische Kennzahlen

Bearbeitete Gesuche 1)	5390	4737
Zustimmungsquote in % 1)	42,4	45,5
Administrativkosten nach ZEWO in %	13,4	13,7
Anteil Mittel Auslandaustausch in %	53,5	53,1
Beitrag pro Projekt (Ø in CHF)	12 200	13 100
Technischer Deckungsgrad PUBLICA in %	96,7	108,0
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA in % 2)	90,0	95,2

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	44	43
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

1) Für die Finanzierungsperiode 2021-2024 hat die Stiftung ein neues Kennzahlensystem eingeführt. Die Zusagequote wird dabei ausschliesslich für die von Dritten eingegangenen

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Pro Helvetia fördert die künstlerische Kreation und Innovation in der Schweiz, betreibt Nachwuchsförderung und fördert Projekte an den Schnittstellen von Kunst, Wissenschaft und Technologie. Die Förderung von Design und interaktiven Medien wird in die reguläre Fördertätigkeit integriert. Zusammen mit Partnern entwickelt sie Massnahmen für

* Strategische Ziele: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2020/2631/de>

eine angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden. Pro Helvetia fördert den Kulturaustausch und die Verbreitung von Kulturschaffen im In- und Ausland. Die Massnahmen zur Übersetzungsförderung werden weitergeführt und die Diversität im Kulturbereich gefördert. Pro Helvetia entwickelt Empfehlungen und setzt Massnahmen zur Chancengleichheit im Kulturbereich um.

Förderung des künstlerischen Schaffens

Pro Helvetia unterstützte 2022 das künstlerische Schaffen in den Sparten Visuelle Künste, Darstellende Künste, Literatur, Musik, Design und Interaktive Medien durch Werk- und Projektbeiträge. Zudem wurden Vorhaben im Inter- und Transdisziplinären Bereich gefördert. Zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses wurden in allen Disziplinen Fördermittel an Kunstschaffende vergeben, die ein grosses Potenzial im Hinblick auf eine nationale oder internationale Karriere aufweisen. Dazu wurde mit etablierten Institutionen im In- und Ausland zusammengearbeitet. Die verschiedenen Fördermassnahmen werden regelmässig an die Bedürfnisse der Kulturszene angepasst und umfassen ein breites Angebot, von Residenz- und Coachingprogrammen über Promotions- und Mentoringmassnahmen bis zu Beiträgen an öffentliche Präsentationen.

Kunst, Wissenschaft und Technologie

Im Rahmen des Schwerpunktes «Kunst, Wissenschaft und Technologie» entwickelt Pro Helvetia Instrumente zur Förderung von innovativen Projekten und Zusammenarbeitsmodellen an der Schnittstelle von Kunst, Wissenschaft und Technologie. 2022 pflegte Pro Helvetia Partnerschaften mit dem Swiss Polar Institute, dem Adolphe Merkle Institute und dem CERN um Kunstschaffende mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu vernetzen.

Design und Game Design

Die seit 2021 bestehende Abteilung «Design & Interaktive Medien» hat ihre Arbeit 2022 weitergeführt. Die Förderstrategie legt den Fokus auf Recherche und Marktzugang und beinhaltet Instrumente wie Ausschreibungen und gezielte Coaching-, Matchmaking- und Mentoringprogramme. Erstmals seit der Pandemie waren wieder grössere Präsenzen an Messen im Ausland realisierbar, unter anderem an der Gamescom in Köln und, in Partnerschaft mit Präsenz Schweiz, an der Milano Design Week.

Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden

Im Bereich der angemessenen Entschädigung von Kulturschaffenden hat Pro Helvetia 2022 die detaillierte Bestandaufnahme der verschiedenen Praktiken in den einzelnen Sparten abgeschlossen und Massnahmen identifiziert, die ab 2023 entwickelt und umgesetzt werden. Parallel dazu hat Pro Helvetia weiterhin den Vorsitz in der entsprechenden Arbeitsgruppe des Nationalen Kulturdialogs.

Kulturaustausch und Verbreitung von Kulturschaffen im In- und Ausland

Ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung des kulturellen Austauschs und der Verbreitung von künstlerischen Werken zwischen den Regionen der Schweiz waren die Beiträge für Konzertreihen, Ausstellungen, Tourneen, Übersetzungen und Lesereisen, die verschiedene Landesteile miteinbezogen. Einen wesentlichen Beitrag leistete die Stiftung auch durch die mehrjährige Vereinbarung mit der Interessengemeinschaft Volkskultur (IGV) für den «VolkskulturFonds Pro Helvetia».

Verbreitung und internationale Sichtbarkeit

Obwohl zu Beginn des Berichtsjahres die pandemiebedingten Einschränkungen für internationale Promotions- und Kooperationsprojekte noch spürbar waren, konnten zunehmend wieder wichtige Veranstaltungen stattfinden und die Verbreitung und internationale Sichtbarkeit des Schweizer Kulturschaffens gestärkt werden. Eine wesentliche Rolle für die Promotion spielten Schweizer Schwerpunkte an wichtigen internationalen Festivals. An der Biennale in Toulouse (F) beispielsweise wurde ein Schweizer Fokus durchgeführt, in dessen Rahmen 19 verschiedene Schweizer Projekte aus den Bereichen Tanz, Theater, Zirkus und Performance gezeigt wurden. Auch im Inland konnte die internationale Vernetzung gefördert werden: so wurden etwa zur Promotion von Schweizer Kinder- und Jugendbüchern Verantwortliche von internationalen Festivals an die Solothurner Literaturtage eingeladen und mit Akteurinnen und Akteuren der Schweizer Jugendliteratur in Kontakt gebracht.

Der Schweizer Pavillon an der 59. Internationalen Kunstausstellung «La Biennale di Venezia» wurde von der namhaften Künstlerin Latifa Echakhch bespielt und stiess bei Publikum und Kritik auf grosse Resonanz.

Die Stiftung trug dazu bei, dass im Jahr 2022 3915 Schweizer Kunstereignisse in 100 Ländern stattfinden konnten (2021: 2053 Ereignisse in 99 Ländern). Eine Schlüsselrolle bei der aktiven Verbreitung des Schweizer Kulturschaffens spielten die von der Stiftung geführten Aussenstellen (Johannesburg, Kairo, Moskau, New Delhi, Shanghai und Südamerika), das Centre culturel suisse in Paris sowie die Kulturprogramme der mittels Leistungsvereinbarungen unterstützten Institutionen (Swiss Institute New York und Istituto Svizzero Rom). Nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurde die Unterstützung für öffentliche Aktivitäten in Russland ausgesetzt. Das Büro in Moskau blieb trotzdem aktiv, organisierte digitale Residenzen und Recherchen und entwickelte Möglichkeiten des kulturellen Austauschs unter den gegenwärtigen Bedingungen.

Aussenstelle in Südamerika

Die Aussenstelle in Südamerika wurde 2021 als dezentralisierte Struktur eröffnet, mit Präsenzen in Chile, Argentinien, Brasilien und Kolumbien. 2022 wurde ein weiterer Standort in Bolivien hinzugefügt. Pro Helvetia Südamerika arbeitet auf dem gesamten Kontinent und unterstützt Projekte, Residenzen und Recherchereisen in Argentinien, Bolivien,

Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela. 2022 wurden mehr als 50 Projekte unterstützt.

Massnahmen und Netzwerke zur verbesserten Verbreitung künstlerischer Werke

Pro Helvetia verstärkte 2022 gemeinsam mit interessierten Städten und Kantonen den Dialog über Massnahmen und Netzwerke zur verbesserten Verbreitung von künstlerischen Werken innerhalb und ausserhalb der Schweiz und zum verstärkten Austausch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Übersetzungsförderung

Pro Helvetia hat 2022 ihre Massnahmen zur Übersetzungsförderung weitergeführt und -entwickelt. Unterstützt wurden Übersetzungen von Schweizer Literatur, in den Landessprachen und in weiteren in der Schweiz gesprochenen Sprachen, ebenso wie Übersetzungsprojekte von Schweizer Übersetzerinnen und Übersetzern. Spezielle Angebote richten sich an den Nachwuchs im Bereich Übersetzungen. Die stiftungseigene Plattform «Translate Swiss Books» wurde um die Kategorie Comic erweitert. Auch die Zusammenarbeit mit dem europäischen Übersetzungsnetzwerk «Traduki» wurde weitergeführt.

Diversität im Kulturbereich

Erneut lancierte Pro Helvetia eine Ausschreibung mit dem Ziel, die Inklusion weiterer Bevölkerungsgruppen in Schweizer Kulturinstitutionen zu fördern. «Tandem Diversität» gab Kulturinstitutionen die Möglichkeit, ihre Strukturen zu analysieren und inklusiver auszurichten. Zum gleichen Thema wurde auch ein Einstiegsworkshop angeboten, an dem neun Institutionen teilnahmen.

Chancengleichheit von Frauen und Männern im Kulturbereich

Aufgrund der Resultate aus der Vorstudie «Geschlechterverhältnisse im Kulturbetrieb» hat Pro Helvetia in Zusammenarbeit mit der Universität Bern und mit fünf Partnerstädten und -kantonen ein Geschlechtermonitoring in ausgewählten Kulturorganisationen organisiert mit dem Ziel, entsprechende Indikatoren und ein Erhebungsmodell für den Kulturbetrieb zu entwickeln. Erste Massnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit wurden ausserdem im Rahmen der regulären Förderung lanciert.

Wegleitungen

Die Wegleitungen für die Gesuchstellenden waren in den Amtssprachen D, F, I und auch in E auf der Webseite von Pro Helvetia verfügbar. Ergänzend wurden wichtige Informationen in den verschiedenen Sprachen über Social Media verbreitet.

2. Finanzielle Ziele

Betriebswirtschaftliches Handeln

Die Organisationsstruktur von Pro Helvetia ist auf effiziente und sorgfältige Entscheidungen über Finanzierungsgesuche ausgelegt und entsprechend schlank gehalten.

Instrumente, Kontroll- und Steuerungsprozesse

Pro Helvetia hat 2022 die nötigen Rahmenbedingungen definiert, damit 2023 eine Bedürfnisabklärung bzw. Gap-Analyse in Sachen Compliance-Management-System (CMS) und Unternehmensrisikomangementsystem (EMS) gemacht werden können.

Administrationskosten

Die Berechnung der Administrationskosten erfolgt gemäss dem anerkannten ZEWO-Standard. Im Jahr 2022 liegen die Administrationskosten bei 13,4 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine kleine Reduktion erreicht werden. Pro Helvetia verfolgt weiterhin das vom Bundesrat vorgegebene Ziel von 13 Prozent bis zum Ende der Kulturbotschaftsperiode 2021-2024.

Ergebnis der Jahresrechnung 2022

Die Jahresrechnung wird wie bisher in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER (insbesondere FER 21) präsentiert. Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein positives operatives Ergebnis (Gewinn) in der Höhe von 258 Tausend Franken ausgewiesen, welches Pro Helvetia als Non-Profit-Organisation nach FER 21 dem Freien Kapital zuweist. Der Gewinn wird in den Folgejahren wieder für Kulturprojekte eingesetzt werden, damit über die Dauer der Kulturbotschaft 2021-2024 ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden kann.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Personalpolitik, Arbeitsbedingungen, Personalentwicklung

Wie im GAV, in der Personalverordnung und in den personalpolitischen Leitsätzen festgehalten, gründet die Personalpolitik von Pro Helvetia auf Respekt, Vertrauen und sozialer Verantwortung; sie setzt Engagement, Entwicklung und Leistungsbereitschaft ins Zentrum. Mit den Sozialpartnern und dem Personalausschuss wird ein konstruktiver Dialog gepflegt.

Bezüglich Personalentwicklungsmassnahmen wurden auch 2022 stiftungswweit Weiterbildungsangebote angeboten, die sowohl den Spracherwerb wie auch persönlichkeitsbildende Themen umschlossen. Zusätzlich vertiefte die Stiftung die Bestrebungen, das Thema Diversität voranzutreiben, welches ein personalpolitisches Ziel für die laufenden Jahre darstellt.

Die Stiftung bot 2022 sieben Praktikantinnen und Praktikanten die Gelegenheit, im Kulturumfeld wertvolle Berufserfahrungen zu sammeln. Zudem bildet sie im Administrationsbereich einen KV-Lernenden und in der IT einen Informatiker aus.

Die Teilzeitrates von 74,7 Prozent und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, tragen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit bei. Diese flexiblen Arbeitsbedingungen erhöhen die Attraktivität des Arbeitsplatzes insbesondere auch für Mitarbeitende aus anderen Sprachregionen des Landes.

Mehrsprachigkeit und Diversität

Die Geschlechterverteilung bei den Mitarbeitenden liegt im Bereich des Vorjahres, mit einem Anteil von 67,9 Prozent Frauen und 32,1 Prozent Männern. Auch die Sprachenverteilung liegt in einem ähnlichen Bereich wie 2021 und erfüllt damit die Vorgaben des Bundes. 64,1 Prozent der Mitarbeitenden sprechen Deutsch, 20,5 Prozent Französisch, 14,1 Prozent Italienisch und 1,3 Prozent Rätoromanisch. Bei den Mitarbeitenden mit Kaderfunktion sind erstmals die weiblichen Führungskräfte in der Mehrheit (57 Prozent Frauen und 43 Prozent Männer). Auf Stufe Geschäftsleitung betrug der Anteil Frauen und Männer je 50 Prozent. Es wird eine Person mit Hörbeeinträchtigung beschäftigt.

Die Löhne der Mitarbeitenden wurden 2022 über das Standard-Analyse-Tool des Bundes (Logib) analysiert. Das Resultat zeigt, dass die Lohnungleichheit innerhalb der Toleranzschwelle von fünf Prozent liegt, welche vom Bund angestrebt wird. Aktuell verdienen Frauen bei Pro Helvetia bei gleicher Funktion und Qualifikation 0,1 Prozent weniger als Männer.

Der Stiftungsrat hat 2022 eine Aktualisierung zu den Interessenbindungen und Mandaten ausserhalb der Stiftung der einzelnen Mitglieder vorgenommen. Die Angaben sind öffentlich einsehbar (https://www.admin.ch/ch/d/cf/ko/gremium_10443.html). Die Mitglieder des Stiftungsrates sind verpflichtet, vor der Annahme neuer Mandate die Genehmigung des Stiftungsratspräsidenten einzuholen. Die Mitglieder des Stiftungsrates sind gehalten ihre persönlichen und geschäftlichen Angelegenheiten so zu regeln, dass Interessenskonflikte vermieden werden. Dauerhafte Interessenskonflikte schliessen eine Mitgliedschaft im Stiftungsrat aus. Ergänzend zu den Bestimmungen in Art. 34 Abs. 4 und Art. 35 Abs. 2 des Kulturförderungsgesetzes (KFG), Art. 8f. der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV) sowie Art. 17 der Geschäftsordnung der Stiftung Pro Helvetia (GO PH) gilt für Mitglieder des Stiftungsrates bei Interessenskonflikten die Befangenheits- und Ausstandsregelung von Pro Helvetia.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperative, subsidiäre Förderpolitik

Im Inland tauschte sich Pro Helvetia 2022 mit dem BAK regelmässig über gemeinsame Themen und Herausforderungen aus und arbeitete eng mit den verschiedenen Akteuren des Bundes zusammen. Im Vordergrund standen dabei die Arbeiten für die Kulturbotschaft 2025-2028.

Ebenso wirkte die Stiftung aktiv am «Nationalen Kulturdialog» mit, nahm Einsitz in den Arbeitsgruppen «Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden» (Präsidium) und «Nachhaltigkeit in der Kulturproduktion». Sie nutzte ihre Auftritte bei den städtischen und kantonalen Kulturbeauftragtenkonferenzen um gemeinsame Anliegen einzubringen und Themen zu diskutieren. Für die Entwicklung ebenso wie für die Umsetzung ihrer Fördermassnahmen arbeitete die Stiftung mit öffentlichen und privaten Kulturförderern, Berufsverbänden, Interessengemeinschaften, weiteren Bundesstellen sowie mit Unternehmen der Wirtschaft zusammen.

Aktivitäten im Ausland

Pro Helvetia richtet sich bei ihren Aktivitäten im Ausland an den «Grundsätzen der Information, Koordination und Kooperation» aus, wie sie in der Vereinbarung zwischen EDI und EDA vom 9. Dezember 2011 festgehalten sind und in den 2016 revidierten Ausführungsbestimmungen konkretisiert werden. Die Stiftung und das EDA arbeiten aufgrund ihrer unterschiedlichen gesetzlichen Aufträge komplementär. Pro Helvetia pflegte zu diesem Zweck 2022 regelmässig den Kontakt zu Schweizer Vertretungen in der ganzen Welt, beriet sie in kulturellen Fragen und nutzte ihre Informationsplattformen und Netzwerke. Sie pflegte den bilateralen Austausch mit der Geschäftsleitung von Präsenz Schweiz (PRS). Speziell zu erwähnen ist hier das Pop-Up House of Switzerland in Mailand, ein gemeinsames Projekt von Präsenz Schweiz und Pro Helvetia, das 2022 erstmals stattfand und im nächsten Jahr weitergeführt wird.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Treuhandunternehmung OBT AG hat die Jahresrechnung von 2022 der Pro Helvetia geprüft und mit Bericht vom 10.02.2023 für ordnungsgemäss befunden. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Stiftungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2022 mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2022 zu genehmigen, den Revisionsbericht der OBT AG zur Kenntnis zu nehmen und den Stiftungsrat für das Geschäftsjahr 2022 zu entlasten. Ebenfalls hat der Stiftungsrat dem Bundesrat beantragt, die Treuhandunternehmung OBT AG als Revisionsstelle der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia für die Geschäftsjahre 2023-2025 zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat 19.04.2023 den Geschäftsbericht der Stiftung Pro Helvetia mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2022 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Stiftungsrates der Pro Helvetia über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates 2022 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Stiftungsrates

tes für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt. Ebenfalls hat der Bundesrat die Treuhandunternehmung OBТ AG als Revisionsstelle der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia für die Geschäftsjahre 2023-2025 gewählt.

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Mit dem Geschäftsjahr 2022 endet für Swissmedic die Strategieperiode 2019-2022. Die gesetzten strategischen Ziele wurden erreicht.

Die internationale Vernetzung und Zusammenarbeit wurden in den letzten vier Jahren stark ausgebaut. Die Abstützung auf Entscheide anderer Behörden (reliance) ist heute gut etabliert. Das Ziel, bis Ende der Strategieperiode 30 Prozent mehr Gesuche in Anwendung von Artikel 13 Heilmittelgesetz zu begutachten, wurde übertroffen. Auch die arbeitsteilige Begutachtung (workshar-ing) gewann im Verlaufe der Strategieperiode an Bedeutung, insbesondere bei der Zulassung von Krebsmedikamenten.

Im Bereich der Kommunikation hat die Swissmedic ihre Kompetenzen ausgebaut und professionalisiert. Swissmedic geniesst heute in der Öffentlichkeit ein gutes Image und wird als nationales Kompetenzzentrum für Heilmittel anerkannt.

Der Digitalisierungsgrad der Geschäftsprozesse hat in der Strategieperiode zugenommen. Geschäftskritische Prozesse konnten beschleunigt und die Fristen mit wenigen Ausnahmen eingehalten werden.

Die Swissmedic ist solide finanziert und konnte während der Strategieperiode Reserven in der Höhe von 95 Prozent eines Jahresbudgets aufbauen. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren Gebühren und der Aufsichts-abgabesatz gesenkt. Mit dem Bundesbeitrag, der ca. 16 Prozent der Einnahmen ausmacht, wird im Wesentlichen die Überwachung der Medizinprodukte finanziert.

Der Personalbestand stieg strategiekonform in den letzten vier Jahren von 360 auf 450 Vollzeitstellen. Die zusätzlichen Ressourcen und Kompetenzen werden insbesondere für die Überwachung der Medizinprodukte, die Bewilligung und Zulassung von innovativen Arzneimitteln und Therapien sowie die digitale Transformation benötigt.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	117,6	122,9
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	11,5	21,8
Reserven (Mio. CHF)	101,3	79,5
Bilanzsumme (Mio. CHF)	200,7	183,9
Eigenkapitalquote in % ¹	41,4	62,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	451,2	408,4

Institutspezifische Kennzahlen

Anzahl Gesuche Zulassung	20 823	21 313
Fristeinhaltung Zulassung (%)	95	97
Anzahl Bewilligungen	4 091	4 722
Anzahl Vigilanzmeldungen Arzneimittel	26 991	29 099
Anzahl publizierter Sicherheits-Meldungen Medizinprodukte	537	628
Anzahl eröffnete Verfahren Strafrecht ²	111	281
Techn. Deckungsgrad Publica in %	99,0	111,9
Ökonom. Deckungsgrad Publica in %	98,2	99,0

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	19,2	16,7
Gebühren und Abgaben (Mio. CHF)	98,0	105,7

¹ Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk Swissmedic werden direkt im Eigenkapital erfasst.

² Die hohe Zahl der eröffneten Strafrechtsverfahren 2021 ist zu einem grossen Teil auf die Übergabe von 120 Straffällen von der Eidgenössischen Zollverwaltung an die Swissmedic begründet.

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Ein substantieller Beitrag zur Entwicklung der internationalen Standards ist geleistet und relevante Standards sind umgesetzt.

Im Berichtsjahr beteiligte sich die Swissmedic mit 2 685 Personentagen (Vorjahr: 2 150) erneut aktiv an der Weiterentwicklung von globalen Standards. Diese werden laufend in die Prozesse und Regulierungen von Swissmedic integriert und umgesetzt, der Anteil neuer technischer

Normen, die mit internationalen Standards übereinstimmen, ist hoch.

Gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, mit der U.S. FDA und dem US-Trade Representative konnte die Swissmedic die Verhandlungen für ein Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen (Mutual Recognition Agreement, MRA) im Bereich der Guten Herstellungspraktiken für Arzneimittel abschliessen. Der Text des MRA wurde im Dezember 2022 vom Bundesrat genehmigt und das Abkommen am 12. Januar 2023 in Washington unterzeichnet. Es soll Mitte 2023 in Kraft treten. Das Abkommen stärkt den Pharmastandard Schweiz und schafft im Vergleich zur Europäischen Union (EU) und zum Vereinigten Königreich gleiche Voraussetzungen für den US-Markt.

Im Bereich der Medizinprodukte richtete die Swissmedic ihre internationale Zusammenarbeit nach dem Ausschluss aus den Gremien der EU Mitte 2021 neu auf das globale Standardisierungsforum IMDRF (International Medical Device Regulators Forum) aus. Bis Ende 2022 nahm Swissmedic als Invited Observer an den Meetings des Steering Committees teil und wirkte in drei Arbeitsgruppen an harmonisierten Vorgaben mit.

Abstützung auf Begutachtungsergebnisse anderer Behörden und arbeitsteilige Begutachtung sind intensiv genutzt.

Im Berichtsjahr wurden 180 (Vorjahr: 190) Gesuche in Anwendung von Artikel 13 Heilmittelgesetz (HMG) begutachtet. Dies entspricht einer Zunahme von 46 Prozent gegenüber der Baseline von 2018 mit 123 Gesuchen. Nach den 2019 in Kraft getretenen neuen Artikeln 14 Absatz 1 Buchstabe a^{bis} bis a^{quater} HMG wurden 25 (Vorjahr: 22) Gesuche gutgeheissen.

Im Access Consortium (Heilmittelbehörden von Australien, Kanada, Singapur, der Schweiz und des Vereinigten Königreichs) wurden 2022 insgesamt 6 (Vorjahr: 5) innovative Produkte mit neuen aktiven Substanzen zugelassen. Im Rahmen des Projekts Orbis wurden 4 Gesuche mit neuen aktiven Substanzen und 12 Indikationserweiterungen gemeinsam mit der FDA begutachtet und abgeschlossen (Vorjahr: 13). Dank der simultanen Begutachtung konnten der Submission Gap (Differenz zwischen dem Einreichungszeitpunkt bei verschiedenen Behörden) und die Begutachtungsdauer stark reduziert werden, was zu einer beschleunigten Zulassung der betreffenden Arzneimittel führt.

Im Bereich der Medizinprodukte gibt es für den Marktzutritt mit der einseitigen Anerkennung der EU-Bescheinigungen aufgrund der fehlenden Aktualisierung des MRA seit Juni 2021 eine einseitige Reliance. Swissmedic ist von den Joint Audits und der Benennung der EU-Prüfstellen ausgeschlossen und hat keinen Zugriff auf relevante Datenbanken der EU-Behörden mehr. Auch bei der Überwachung der Medizinprodukte ist die Arbeitsteilung inkl.

gemeinsamer Bearbeitung von Vigilance-Fällen mangels Rechtsgrundlage für den Datenaustausch weggefallen.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist vertrauenswürdig und aktuell.

Swissmedic nutzte das 20 Jahre Jubiläum, um den Austausch mit den Medienschaffenden zu intensivieren. Mit monatlichen Medienbriefen und Gesprächsangeboten ermöglichte Swissmedic einen vertieften Einblick in ihre Aufgaben. Ein besonderes Interesse weckten die Tätigkeiten gegen den illegalen Heilmittelhandel, die strafrechtliche Verfolgung von Verstössen gegen das Heilmittelrecht und die Entwicklungszusammenarbeit.

10 078 (Vorjahr: 14 684) Anfragen von Privatpersonen und Fachleuten wurden von Swissmedic 2022 beantwortet, meist innerhalb von 10 Kalendertagen (Fristeinhaltung von 93%).

In den Social-Media-Kanälen ist Swissmedic neu auch mit einem Account auf Instagram präsent. Ende 2022 verzeichnete Swissmedic auf allen Kanälen über 30 400 (Vorjahr: 24 000) Follower.

Für die breite Öffentlichkeit bietet Swissmedic mit dem zweimal jährlich erscheinenden Magazin «Visible» Einblicke in die Tätigkeiten und den Alltag von Swissmedic.

Swissmedic intensiviert den Austausch mit nationalen Entscheidungsträgern im Gesundheitsbereich.

Die Swissmedic stellte im Berichtsjahr den Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Gesundheitsbereich, namentlich den Mitgliedern der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit von National- und Ständerat, zu politisch relevanten Themen Informationen zur Meinungsbildung zu, unter anderem zu Themen der Marktüberwachung und Versorgung der Covid-19-Impfstoffe und Therapeutika sowie zu den Regulierungen der Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika.

Weiter bearbeitete die Swissmedic federführend rund ein Dutzend parlamentarische Vorstösse zu Arzneimitteln und Medizinprodukten und war in verschiedenen Kommissionen der beiden Parlamentskammern vertreten. Eine Delegation von Swissmedic nahm am runden Tisch zur Nanomedizin in der Schweiz teil.

Zur Umsetzung der neu gesetzlich geforderten aktiven Marktüberwachung der kantonalen Vollzugsbehörden wurde in 2022 eine neue Arbeitsgruppe initiiert.

Die Geschäftsprozesse der Kernbereiche sind digitalisiert.

Im Berichtsjahr konnten weitere wichtige Vorhaben zur Digitalisierung der Swissmedic Prozesse erfolgreich umgesetzt werden, insbesondere die digitale Unterstützung von Bewilligungsprozessen für klinische Versuche und die Be-

reitstellung einer innovativen Lösung für die Suche wissenschaftlicher Publikationen auf dem Internet mit Hilfe von künstlicher Intelligenz.

Im Bereich der Medizinprodukte entwickelt die Swissmedic zur Umsetzung der neuen Regulierung für Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika eine neue Datenbank (Swissdamed), analog zur zentralen europäischen Datenbank EUDAMED, auf welche Swissmedic seit Mai 2021 keinen Zugriff mehr hat. Das erste realisierte Modul wird 2023 umgesetzt und ermöglicht die Selbstregistrierung der Wirtschaftsakteure (Hersteller, Importeure, Bevollmächtigte). Weitere Module werden folgen, insbesondere für die Registrierung der Produkte und In-Vitro-Diagnostika.

Zeitkritische Prozesse sind beschleunigt.

Über alle Geschäftsfälle mit Fristvorgaben betrachtet lag die Fristeinhaltung im Jahr 2022 bei 95 (Vorjahr: 97) Prozent. Bei einzelnen Geschäftsfall-Kategorien war die Fristeinhaltung tiefer, sie lag aber bei allen Kategorien bei mindestens 84 Prozent. Die Zusatzbelastungen und notwendigen Priorisierungen während der Corona-Pandemie wirkten sich nun im Berichtsjahr aus und führten zu einem höheren Anteil an verzögert abgeschlossenen Gesuchen.

Das Ziel, bis zum Ende der Strategieperiode die Verfahrensdauer von zeitkritischen Prozessen um 10 Prozent zu verkürzen, wurde insgesamt erreicht bzw. teilweise übertroffen. Beschleunigt wurden Bewilligungsprozesse, die behördliche Chargenfreigabe, die Signalbearbeitung im Rahmen der Marktüberwachung und Zulassungsprozesse.

Bei Letzteren standen die Zulassung von innovativen Arzneimitteln und Indikationserweiterungen im Vordergrund. Die Durchlaufzeit (Firmen- und Swissmedic-Zeit) für neue aktive Substanzen konnte seit 2019 um rund 14 Prozent von 522 Tagen im Median auf 456 Tage (Vorjahr: 396) reduziert werden. Zu einer noch deutlicheren Reduktion der Fristen führte die Teilnahme am Projekt Orbis. Hier lag der Median 2022 bei 403 Tagen (Vorjahr: 285). Zudem betrug der Submission Gap (Zeitpunkt der Gesuchseinreichung bei den verschiedenen Behörden) in den letzten 3 Jahren gegenüber der FDA und den anderen Zulassungsbehörden nur noch rund 30 Tage.

Die Regulierungssysteme von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen werden gestärkt.

Die Swissmedic führte 2022 zwei Regulatory Trainings für Regulierungsbehörden mit 85 Teilnehmenden aus 20 Ländern sowie ein Training zur Begutachtung von Inhalationsprodukten für Senior Assessors mit 24 Teilnehmenden aus verschiedenen afrikanischen Regionen durch.

Weiter unterstützte die Swissmedic im Berichtsjahr afrikanische Behörden bei der Erstellung von Guidelines und mit Scientific advice.

2. Finanzielle Ziele

Allgemeine finanzielle Ziele

Die Erfolgsrechnung 2022 schliesst mit einem Gewinn von 11,5 (Vorjahr: 21,8) Millionen Franken ab. Rund 83 Prozent des Ertrags von total 117,6 Millionen Franken stammen aus Verfahrensgebühren und Aufsichtsabgaben, der Bundesbeitrag macht ca. 16 Prozent aus.

Der Bundesbeitrag reichte aus, um die Überwachung der Medizinprodukte vollständig zu finanzieren. Die Aufgaben Rechtsgrundlagen und Strafrecht Arzneimittel wurden noch knapp zu einem Fünftel mit Bundesgeldern finanziert.

Das Eigenkapital, welches sich aus dem Gewinn/Verlust, den Reserven, dem Dotationskapital und den kumulierten versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten zusammensetzt, beträgt 183,2 (Vorjahr: 115,3) Millionen Franken. Zum einen haben die Reserven um den Vorjahresgewinn von 21,8 Millionen zugenommen. Zum anderen werden in der Bilanz neu versicherungsmathematische Gewinne von 55,9 Millionen Franken ausgewiesen. Diese resultierten aus der jährlich durchzuführenden Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen (gemäss Rechnungslegungsvorschrift IAS 19), wobei die gestiegenen Zinsen zu diesem Bewertungsergebnis führten.

Die Reserven werden angemessen erhöht.

Die Reserven betragen per Ende 2022 101,3 (Vorjahr: 79,5) Millionen Franken. Dies entspricht knapp 95 (Vorjahr: 80) Prozent des Jahresbudgets 2022.

Seit 2019 fallen die Einnahmen aus der Aufsichtsabgabe deutlich höher aus als ursprünglich angenommen. Entsprechend konnten die Reserven schneller aufgebaut werden. Obwohl die gesetzlich festgelegte Höhe von einem Jahresbudget noch nicht erreicht ist, hat der Bundesrat auf Antrag des Institutsrats den Abgabesatz per 1. Januar 2022 von bisher 8 auf 6,5 Promille gesenkt. Zudem wurde im Verlaufe des Berichtsjahrs die Gebührenverordnung revidiert und insbesondere die Gebühren für grössere Änderungen Arzneimittelinformation und Qualität sowie für Neuzulassungen von Phytoarzneimitteln gesenkt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Allgemeine personal- und vorsorgepolitische Ziele.

Der Personal- und Stellenbestand ist im Einklang mit den strategischen Zielen 2019-2022 gegenüber dem Vorjahr von 486 auf 535 Mitarbeitende bzw. von 408 auf 451 Vollzeitstellen gestiegen. Die zusätzlichen Ressourcen und Kompetenzen werden insbesondere für die Überwachung der Medizinprodukte, die Bewilligung und Zulassung von innovativen Arzneimitteln und Therapien sowie die digitale Transformation benötigt. Der Frauenanteil in der Belegschaft betrug 59,8 (Vorjahr: 57,6) Prozent und in den Kaderfunktionen 40,6 (Vorjahr: 40,3) Prozent. Die Fluktuationsrate lag bei 5,1 (Vorjahr: 5,5) Prozent.

Der Anteil der französischsprachigen Mitarbeitenden hat gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte zugenommen, jener der italienisch-sprachigen Mitarbeitenden um 0,6 Prozentpunkte. Der Anteil an deutschsprachigen Mitarbeitenden liegt zum dritten Mal in Folge unter 80 Prozent.

Im Berichtsjahr gab es keine grundlegenden Anpassungen bei der Ausgestaltung der beruflichen Vorsorge. Das Vorsorgewerk Swissmedic weist per Ende 2022 einen Deckungsgrad von 99 Prozent auf.

Swissmedic verfügt jederzeit über die zur Auftrags Erfüllung erforderlichen Kompetenzen.

Im Bereich der Arzneimittel liegt der Fokus für den Ressourcenaufbau bei den innovativen Arzneimitteln, insbesondere bei den ATMP (Advanced Therapy Medicinal Products). Seit 2022 werden diese zudem in einer eigenen Abteilung bearbeitet. Damit soll die Innovation in diesem Bereich in Zukunft noch besser gefördert werden.

Der Aufbau der Kompetenzen im Bereich der Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika wurde 2022 durch mehrere interne Fachgruppen vorangetrieben. Neben den bestehenden Gruppen betreffend Kombinationsprodukte, Klassifizierungs- und Abgrenzungsfragen, Software und In-Vitro-Diagnostika wurde eine spezifische Fachgruppe für sog. in-house In-Vitro-Diagnostika initiiert.

In den nächsten Jahren werden grosse Teile der technischen Plattform von Swissmedic altershalber ersetzt werden. Gleichzeitig mit der notwendigen Technologie-Erneuerung sollen auch weitergehende Digitalisierungsschritte ermöglicht werden. Bei der Entwicklung der Mitarbeitenden und Führungskräfte stand im Berichtsjahr deshalb die Förderung der digitalen Kompetenzen im Zentrum: Vermittlung von Basis- und Expertenwissen, Einführung in agile Methoden, agile Führung und digitale Kooperation.

Die Ressourcen im Bereich der Medizinprodukte sind aufgebaut.

Der Personalbestand wurde 2022 weiter erhöht und liegt per Ende 2022 über den ursprünglich geplanten 50 Vollzeitstellen. Ein zusätzlicher Aufbau war und ist zur Aufrechterhaltung eines mit der EU äquivalenten Schutzniveaus zwingend. Die Überwachung der Medizinprodukte ist mit dem Wegfall der Zusammenarbeit mit der EU aufwendiger geworden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Es bestehen keine finanziellen Kooperationen und Beteiligungen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (EY) bestätigt, dass die Jahresrechnung der Swissmedic ein den tatsächlichen Verhältnissen

entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2022 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts über die Erreichung der strategischen Ziele 2022 sowie des Revisionsberichts. Zudem beantragt er die Genehmigung des Geschäftsberichts mit der Jahresrechnung 2022. Er beantragt dem Bundesrat im Weiteren, den Bilanzgewinn von 11,5 Mio. in Übereinstimmung mit Artikel 79 Heilmittelgesetz den Reserven zuzuweisen sowie dem Institutsrat Entlastung zu erteilen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 9. Juni 2023 den Kurzbericht sowie den Geschäftsbericht von Swissmedic mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2022 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele 2022 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Institutsrats für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: C. Eichenberger (Präsidentin), B. Renggli (Vizepräsidentin), L. Amgwerd, Y. Bugmann, O. Gassmann, B. Hübscher, S. Stalder, P. Walser, E. Zwick

Direktorin: Catherine Chammartin

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum (nachfolgend: IGE) erbringt primär *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*. Seine Hauptaufgabe ist die Erteilung und Verwaltung von Marken, Patenten und Designs. Der Bundesrat hat dem IGE erstmals per 1. Juli 2022 strategische Ziele vorgegeben.

Die *Eintragungsgesuche* für Marken sanken im Geschäftsjahr 2021/22 im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 Prozent und die *Markenverlängerungen* um 0,9 Prozent. Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 6631 (Vorjahr 6727) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von *nationalen Patenten* und 141 278 (Vorjahr 136 115) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von *europäischen Schutztiteln* bezahlt. Die *Patentverlängerungen* sind die wichtigste Einnahmequelle des IGE. Aus ihnen werden gemäss Institutsgesetz auch die Kosten für hoheitliche und gemeinnützige Leistungen bestritten.

Im Bereich *Ministerialaufgaben* hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 16.11.2022 bezüglich «Motion 19.3228 Hefti, Für ein zeitgemässes Schweizer Patent» die Botschaft zur Teilrevision des Patentgesetzes verabschiedet.

In engem Austausch mit dem BAZG hat das IGE eine Gesetzesvorlage vorbereitet, mit der das Verfahren zur Vernichtung von Fälschungen in Kleinsendungen spürbar vereinfacht werden kann.

Das IGE erzielte in seinem 26. Geschäftsjahr einen *Gewinn* von 5,4 Millionen Franken resultierend aus einem Nettoerlös von 64,2 Millionen Franken gegenüber einem Aufwand für Dritteleistungen von 2,1 Millionen Franken, einem Betriebsaufwand von 56,6 Millionen Franken und einem negativen Finanzergebnis von 0,1 Millionen Franken. Der durchschnittliche Personalbestand des IGE blieb konstant bei 267 Vollzeitstellen (Vorjahr 267).

Die *Revisionsstelle* (EFK) erteilt das Testat zur geprüften Jahresrechnung 2021/22 ohne Einschränkung.

Kennzahlen	2021/22	2020/21 ¹⁾
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	64,2	63,4
Jahresergebnis (Mio. CHF)	33,2	29,6
Alle Reserven (Mio. CHF)	115,9	82,8
Bilanzsumme (Mio. CHF)	187,7	181,0
Eigenkapitalquote in %	61,7	45,7
Personalbestand (Vollzeitstellen im Durchschnitt)	267	267

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Markeneintragungen	17 527	16 981
Inernat. Markenregistrierung mit Schutzausdehnung Schweiz	19 358	16 150
Patenterteilung national	781	745
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz/Liechtenstein	94 486	122 418
Anteil Lernende (%)	2,9	3,2
Frauenanteil total (%)	45,3	44,4
Technischer Deckungsgrad PK in %	100,8	110,6
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	101,3	101,1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Gebühren (Mio. CHF)	56,5	55,4
---------------------	-------------	------

¹⁾ Anpassung der Buchungsmethodik (siehe Jahresrechnung auf www.ige.ch/jr)

A. Zielerreichung 2022

1. Strategische Schwerpunkte

Der Bundesrat hat am 18. Mai 2022 erstmals [strategische Vierjahresziele für das IGE](#) verabschiedet, geltend ab 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2026.

Dienstleistungen mit Monopolcharakter

Die primäre Aufgabe des IGE ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (insbes. Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende Verfahren umfassend vorgibt. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und allein von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, welche vom IGE nicht beeinflusst werden können. Die erhobenen Gebühren sind in den zugrundeliegenden Spezialerlassen abschliessend festgelegt. Die Höhe der einzelnen Gebühren unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat.

Der Geschäftsgang entwickelte sich im Geschäftsjahr 2021/22 wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche sank gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent auf 17 746 (Vorjahr 20 018). 58 Prozent aller Gesuche (Vorjahr 64 Prozent) gelangten in die vorgezogene Markenprüfung (dies bedingt, dass nur Waren- und Dienstleistungsbegriffe aus der Datenbank des IGE verwendet werden). Auf diesem Weg konnten 21 Prozent (Vorjahr 23 Prozent) der Gesuche innerhalb weniger Tage eingetragen werden. Im Berichtsjahr wurden 17 527 nationale Markeneintragungen verzeichnet (Vorjahr 16 981). Der Anteil der über das elektronische Portal eTrademark eingereichten Eintragungsgesuche blieb bei 97 Prozent stabil. Die Anzahl der Markenverlängerungen verzeichnete eine leichte Abnahme um 0,9 Prozent auf 11 849 (Vorjahr 11 961). Es wurden insgesamt knapp 46 800 (Vorjahr 35 500) kostenlose Registermutationen (Übertragungen, Vertreteränderungen, Sitzverlegungen, Adress- oder Firmenänderungen usw.) vorgenommen.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 6631 (Vorjahr 6727) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von nationalen Patenten und 141 278 (Vorjahr 136 115) Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung von europäischen Schutztiteln bezahlt.

Im Berichtsjahr sind die nationalen Designeintragungen auf 657 (Vorjahr 795) gesunken.

Die Anzahl eingegangener Aufträge für begleitete Recherchen ist im 2. Halbjahr von 451 auf 424 zurückgegangen, – 6 Prozent. Die Ursachen dafür dürften in der allgemein unsicheren Wirtschaftslage zu finden sein. Die Kundenrückmeldungen sind weiterhin sehr gut. Weit über 80 Prozent beurteilen die Dienstleistungen des IGE mit «sehr gut», die restlichen mit «gut». Versuchsweise wurde im Berichtsjahr der Inhalt der begleiteten Recherchen von rein patentrechtlichen Abklärungen auf Auskünfte zu Marken und Designs ausgedehnt. Diese Dienstleistung wurde wiederholt von Kunden nachgefragt und soll jetzt permanent eingeführt werden.

Ministerialaufgaben

In Ausführung der «Motion 19.3228 Hefti, Für ein zeitgemässes Schweizer Patent» hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 16.11.2022 die Botschaft zur Teilrevision des Patentgesetzes verabschiedet. Auf das ursprünglich vorgeschlagene Gebrauchsmuster wird verzichtet, dafür wird das bisherige, ungeprüfte Schweizer Patent beibehalten – ergänzt durch eine obligatorische Recherche. Auf Antrag hin kann aber die vom Motionär geforderte Vollprüfung erfolgen. Ebenfalls verzichtet wird auf das Einspruchsverfahren. Schliesslich sind Beschwerden gegen Entscheide des IGE beim Bundespatentgericht einzureichen (und nicht wie vorgeschlagen beim Bundesverwaltungsgericht). Das Parlament wird nun die Vorlage beraten.

Das Parlament hat am 22.9.2022 die «Motion 22.3014 WBK-S, Mehr Transparenz bei den Patentrechten im Bereich Pflanzenzucht» angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, die patentrechtlichen und – sofern notwendig – sortenschutzrechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass im Bereich der Pflanzenzucht die Transparenz betreffend Patentrechte verbessert wird. Das IGE wird nun in Zusammenarbeit mit dem BLW und den interessierten Kreisen den Sachverhalt analysieren und verschiedene Lösungen ausarbeiten.

Am 17. Dezember 2021 hat der Bundesrat das EJPD (IGE) beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem UVEK (Bakom) und dem WBF (SECO) zu prüfen, wie eine rechtliche Regelung zum Schutz journalistischer Veröffentlichungen konkret ausgestaltet werden könnte, und bis Ende 2022 eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten. Im Bereich Urheberrecht war das IGE im Berichtsjahr schwergewichtig mit der Ausarbeitung der Vorlage befasst. Dabei hat sich die Vorlage als komplex erwiesen und die Bereinigung nimmt mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich gedacht. In Absprache mit der DV wird die Vernehmlassungsvorlage Anfangs 2023 dem Bundesrat unterbreitet.

Der Bundesrat hat im 2021 den «Bericht der Beobachtungsstelle für technische Massnahmen zum Zugang zu digitalen Inhalten (Portabilitätsbericht)» verabschiedet. Er hat das EJPD beauftragt, ihn bis Ende Dezember 2023 über die Entwicklungen im Bereich des Zugangs zu digitalen Inhalten (Portabilität) zu informieren. Diesbezügliche Arbeiten starteten im 2022.

Die Auswirkungen des Handels mit Fälschungen auf die Schweiz sind gravierend und nehmen zu. Der weitaus grösste Teil geht dabei auf die Einfuhr von gefälschten Produkten aus dem Ausland zurück, die namentlich im Rahmen des Online-Handels in kleinen Paketen in die Schweiz gelangen. Das stellt die Zollbehörden vor grosse Herausforderungen. Das IGE hat deshalb in engem Austausch mit dem BAZG eine Gesetzesvorlage vorbereitet, mit der das Verfahren zur Vernichtung von Fälschungen in Kleinsendungen spürbar vereinfacht werden kann. In der Vernehmlassung hat das Vorhaben breite Zustimmung erfahren. Im Berichtsjahr führten die beiden Ämter Gespräche über die Übernahme von Vollzugsaufgaben durch das IGE nach der

Zurückbehaltung der Waren durch das BAZG. Dadurch können weitere Effizienzsteigerungen bei der Durchsetzung von Rechten an Geistigem Eigentum erzielt werden. In der Zwischenzeit konnte die Botschaft ausgearbeitet werden. Der Bundesrat wird im April 2023 über das Vorhaben entscheiden.

Beim Auf- und Ausbau der bilateralen Beziehungen zu Schwerpunktpartnern des IGE konnten wichtige Erfolge erzielt werden. So wurde mit dem britischen Amt für geistiges Eigentum (*UK Intellectual Property Office, UKIPO*), am 14.2.2022 eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet.

Unmittelbar nach ihrem Beitritt zur Genfer Akte des Lissabonner Abkommens der WIPO Ende 2021 hat die Schweiz den Vorsitz der Lissabonner Arbeitsgruppe übernommen. Sie vermittelte in dieser Rolle zahlreiche prozessuale Erleichterungen der Regeln über den internationalen Schutz geografischer Angaben.

An der 12. WTO-Ministerkonferenz vom 12.–17.6.2022 in Genf beschlossen die Minister (u.a.) einen Kompromiss zur sogenannten «TRIPS-Waiver-Forderung» einer Gruppe von Entwicklungsländern unter der Führung Indiens und Südafrikas.

Das IGE hat mit der Umsetzung von Punkt 13 der strategischen Ziele begonnen und Bereiche der nachhaltigen Entwicklung identifiziert, auf die es einen wesentlichen Einfluss hat (insb. auf SDG 9 und SDG 17). Das IGE wird einerseits die bestehenden Massnahmen zur Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung weiterführen und andererseits bis Ende 2023 zusätzliche Massnahmen einführen und weitere prüfen.

Freie Dienstleistungen

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Die Anzahl eingegangenen kommerziellen Aufträge hat von 488 auf 419 abgenommen, –14 Prozent. Auch hier dürften die Ursachen vor allem in der sich abkühlenden Weltwirtschaft liegen. Zudem hat der Anstieg des Frankenkurses dazu geführt, dass unsere Recherchen im Ausland teurer geworden sind. Dadurch haben auch die erzielten Durchschnittsumsätze pro Auftrag abgenommen.

Für die Patentrecherchen gewinnen KI-betriebene Suchtools zunehmend an Bedeutung. Die Möglichkeiten am Markt werden laufend evaluiert und das Portfolio angepasst. Mit SEARCH hat auch das Europäische Patentamt ein modernes Suchtool für die nationalen Patentämter entwickelt. Die Einführung ist für das Jahr 2023 geplant.

2. Finanzielle Ziele

Das IGE erzielte im Geschäftsjahr 2021/22 einen Betriebsgewinn von 5,4 Millionen Franken. Die Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach den vom IGE angewandten

International Financial Reporting Standards (IFRS) führt zu einem aktuariellen Gewinn von 27,7 Millionen Franken. Das positive Gesamtergebnis von 33,2 Millionen Franken erhöht das Eigenkapital per 30.6.2022 auf einen Betrag von 115,9 Millionen Franken. Die Entwicklung des Eigenkapitals wird jährlich analysiert und erste zielführende Massnahmen zur Senkung des Eigenkapitals auf eine angemessene Bandbreite von CHF 25 – 75 Mio. wurden mit der Gebührensenkung für Markenschutz mit einem jährlichen Volumen von knapp CHF 6 Millionen Franken definiert und eingeleitet (BRB vom 16.12.2022).

Der Betriebsgewinn von 5,4 Millionen Franken (Vorjahr CHF 3,0 Mio.) resultiert aus einem Nettoerlös von insgesamt 64,2 Millionen Franken (Vorjahr CHF 63,4 Mio.) gegenüber einem Aufwand für Drittleistungen von 2,1 Millionen Franken (Vorjahr CHF 2,5 Mio.), einem Betriebsaufwand von 56,6 Millionen Franken (Vorjahr CHF 57,7 Mio.) und einem negativen Finanzergebnis von 0,1 Millionen Franken (Vorjahr CHF 0,2 Mio.).

Die Gebühreneinnahmen in Höhe von 56,5 Millionen Franken stellen mit einem Anteil von 88 Prozent vom Nettoerlös unverändert die weitaus wichtigste Erlösposition des IGE dar und verteilen sich auf die Schutzbereiche Patente (CHF 26,1 Mio.), Marken (CHF 29,2 Mio.) und Design (CHF 1,1 Mio.).

Die Einnahmen aus den Patentgebühren konnten gegenüber dem Vorjahr um 60 000 Franken erhöht werden. Die Gebühreneinnahmen im Bereich Design sind um 16 000 Franken gesunken. Erneut zugenommen haben ebenfalls die Gebührenerlöse im Bereich der Marken, welche ein Plus von 0,9 Millionen Franken erzielten. Dafür sind grösstenteils die Gebührenerlöse für Markeneintragungen mit 0,3 Millionen Franken und für die internationale Registrierung mit Benennung Schweiz mit 0,6 Millionen Franken verantwortlich.

Der Aufwand für Drittleistungen verringert sich um 0,4 Millionen Franken auf 2,1 Millionen Franken und der Betriebsaufwand liegt mit 56,6 Millionen Franken um 1,1 Millionen Franken unter dem Vorjahreswert.

Die Neubewertung der langfristigen Vorsorgeverpflichtungen und des Vorsorgevermögens gemäss IAS 19 führte zu einem aktuariellen Gewinn von insgesamt 27,7 Millionen Franken. Der Gewinn auf den Vorsorgeverpflichtungen ist vor allem in den Änderungen der finanziellen Annahmen (Erhöhung des Diskontsatzes und der Kapitalbezugsquote) begründet.

Diese versicherungsmathematischen Gewinne wurden durch die Verluste auf dem Vorsorgevermögen aufgrund der negativen Vermögensperformance reduziert.

Das Eigenkapital setzt sich aus den Gewinnreserven von 97,2 Millionen Franken und den kumulierten versicherungsmathematischen Gewinnen von 18,7 Millionen Franken zusammen.

Das Budget 2022/23 und die mittelfristige Planung 2023/2024 bis 2025/26 rechnen aufgrund der geplanten und vom Bundesrat am 16.12.2022 genehmigten Gebührensenkungen für Markenschutz mit einer markanten Verringerung des operativen Gewinns.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. e BPG in Verbindung mit Art. 8 IGE untersteht das IGE nicht dem BPG. Es ist deshalb nicht direkt an die personalpolitischen Vorgaben des BPG (Art. 4) gebunden, verfolgt aber weitgehend gleichgerichtete Ziele.

Der durchschnittliche Personalbestand blieb konstant bei 267 Vollzeitstellen. An der jährlichen Direktionsklausur werden jeweils die über den aktuellen Grundbedarf hinausgehenden Stellen geprüft und nur bei gegebener Notwendigkeit erneut (befristet) bewilligt. Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte aufrechterhalten werden. 45,3 Prozent des Institutspersonals sind Frauen, 0,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Frauenanteil in Kaderpositionen erhöhte sich leicht auf 29,7 Prozent (Vorjahr 29,3 %). Der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung stieg auf 42,7 Prozent an (Vorjahr 42,4 %). Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) erhöhte sich auf 15 (Vorjahr 13). Von Hochschulpraktika konnten wiederum 7 Personen profitieren. Die Muttersprache der Hochschulpraktikanten im Geschäftsjahr 2021/22 war Deutsch, Französisch und Italienisch. Für 81,3 Prozent des Personals ist Deutsch die angegebene Hauptsprache, für 13,9 Prozent Französisch, für 4,5 Prozent Italienisch und für 0,3 Prozent Rätoromanisch.

Per 31.12.2022 betrug der Deckungsgrad des Vorsorgewerks IGE bei PUBLICA 100,8 Prozent (Art. 44 BVV2) bzw. 101,3 Prozent (ökonomischer Deckungsgrad). Die PUBLICA erzielte im Berichtsjahr eine Netto-Gesamtrendite von -9,7 Prozent (offene Vorsorgewerke). Das IGE hat per 31.12.2022 eine Arbeitgeberbeitragsreserve in der Höhe von 3,8 Millionen Franken zugunsten des Vorsorgewerks IGE aufgelöst. Die Verzinsung der Altersguthaben und Guthaben aus freiwilligen Sparbeiträgen erfolgte mit einem Zinssatz von 1 Prozent.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die *Revisionsstelle* hielt im Prüfbericht vom 17.10.2022 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung von der Vermögens- und Finanzlage des IGE zum 30.6.2022 sowie von dessen Ertragslage und Cashflow für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den IFRS ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt und dem IGE entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

Die EFK macht zudem unter dem Titel «Hervorhebung eines Sachverhalts» auf die Anmerkung «Zweck des Eigenkapitals im IGE» im Anhang der Jahresrechnung aufmerksam. Darin wird auf die Überschreitung der durch den Institutsrat zurzeit definierten Bandbreite des Eigenkapitals per 30.6.2022 sowie auf die beschlossenen Massnahmen zur Reduktion der Reserven eingegangen. Am 2.11.2022 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht 2021/22* der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Periode 1.7.2021 bis 30.6.2022 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* der Direktorin nach Art. 5 Abs. 2 IGE ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf, hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlastung des Institutsrates für das Jahr 2022 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 05.04.2023 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2022 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Matthias Kaiserswerth (Präsident), Alessandra Curioni-Fontecedro, René Lenggenhager, Sonia I. Seneviratne, Ursula Widmer

CEO: Philippe Richard

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat im Jahr 2022 die strategischen Ziele* des Bundesrates erfüllt.

Die fachlichen Ziele wurden erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Mit seinen breiten technisch-wissenschaftlichen Kompetenzen in verschiedenen Fachbereichen ist das METAS ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam.

Die finanziellen Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad erreichte 55,0 Prozent (Vorjahr: 54,9 %) und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 1,2 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 1,0 Mio.) abgeschlossen. Das METAS kann insgesamt auf ein gutes Geschäftsjahr zurückblicken, nicht zuletzt konnte es seine Drittmiteinkünfte klar steigern.

Bei den personal- und vorsorgepolitischen Zielen ist das METAS ebenfalls auf Kurs. Besonders hervorzuheben ist, dass sich das METAS mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen bzw. Praktika für Hochschulabsolvierende weiterhin stark für die Berufsbildung und den Eintritt ins Berufsleben engagiert.

Kennzahlen	2022	2021
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	53,1	52,7*
Jahresergebnis (Mio. CHF)	1,2	1,0*
Bilanzsumme (Mio. CHF)	59,0	58,5
Eigenkapitalquote in %	69,3	40,4*
Liquiditätsgrad II (Quick ratio)	5,2	4,4*
Anlagedeckungsgrad I	1,8	1,0
Anlagedeckungsgrad II	2,3	2,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	211,4	201,9

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anteil Lernende (%)	8,4	6,1
Frauenanteil total (%)	19,4	19,6
Frauenanteil wiss.-techn. Personal (%)	10,2	12,0
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ¹⁾	419	416
Anteil Ausgaben F+E (%)	13,2	15,1
Vollzugsquote gesetzl. Messwesen ²⁾ (%)	96	95
Investitionsquote ³⁾ (%)	3,8	7,4
Techn./ökonom. Deckungsgrad Vorsorgewerk METAS PUBLICA (31.12.2022) (%)	96,1 / 95,8	108,4 / 96,3

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a–h und Abs. 3 und 4 EIMG (Mio. CHF)	24,5	24,4
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weit. zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	6,5	6,6
Gebühren (Mio. CHF)	9,0	8,8*
Drittmittel (ohne Forschung)	10,5	9,7

* Für die Jahresrechnung 2021 musste ein Restatement für falsch berechnete Eichgebühren vorgenommen werden. Entsprechend sind einige Zahlen gegenüber der Berichterstattung des letzten Jahres angepasst worden.

¹⁾ Von den 419 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 22 auf das design Institut IRA, 8 auf das design Institut PMOD.

²⁾ Anzahl durchgeführte Eichungen zur Anzahl zur Eichung fälliger Messmittel.

³⁾ Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens.

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Dank gut funktionierender internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate (0,1 %; Vorjahr: 0,3 %) spricht für hohe Kundenzufriedenheit.

Angesichts des Schweizer Preisniveaus und des Kostendrucks ist es für das METAS eine stete Herausforderung, sich im Wettbewerb mit anderen nationalen Metrologieinstituten zu positionieren.

In der gesetzlichen Metrologie lagen die Schwergewichte der Tätigkeit auf der Rechtsanwendung und auf Revisionsarbeiten von verschiedenen Erlassen der Metrologie.

Das METAS berücksichtigt bei seiner Aufgabenerfüllung das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit diesen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET, und indem es in internationalen Organisationen und Verbänden mitwirkt.

Das METAS führt seine Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum grossen Teil im Rahmen der Europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramme durch: European Metrology Programme for Innovation and Research (EMPIR) und seit 2021 European Partnership on Metrology (EPM). Das METAS hat sich im Berichtsjahr an der zweiten Ausschreibung der neuen Europäischen Forschungspartnerschaft zur Metrologie (EPM) beteiligt. Die eingeworbenen Drittmittel beliefen sich auf 1,22 Mio. Euro (Vorjahr: 0,56 Mio. Euro). Durch den Entscheid des Bundesrates vom 26.5.2021, das Institutionelle Abkommen zwischen der EU und der Schweiz wegen substanzieller Differenzen in zentralen Bereichen nicht zu unterzeichnen, gilt die Schweiz bis auf Weiteres im Europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe als nicht-assoziiertes Drittstaat. Daher kann das METAS zwar am EPM teilnehmen, erhält aber keine Finanzierung aus dem Programm.

Stattdessen wird das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) die erfolgreichen Schweizer Beteiligungen an Forschungsprogrammen wie dem EPM finanzieren. Das METAS kann im EPM auch keine Projekte koordinieren und verliert generell an Einfluss in dieser Forschungspartnerschaft.

Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutend. In EURAMET, der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute, nimmt das METAS eine aktive und gestaltende Rolle ein. Es stellt den Vorsitzenden des Technischen Komitees Electricity and Magnetism. Der Leiter des Labors Optik leitet als Präsident die Commission Internationale de l'Éclairage (CIE), die internationale Körperschaft für Normen und Standardisierung auf dem Gebiet der Lichttechnik und der Beleuchtung. Der stellvertretende Direktor ist im Oktober 2022 zum Präsidenten des Comité International de Métrologie Légale, dem Steuergremium der Organisation Internationale de Métrologie Légale (OIML), gewählt worden. Der Direktor des METAS ist Mitglied des Comité International des Poids et Mesures (CIPM).

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten in Zusammenarbeit mit Industriepartnern (namentlich im Rahmen von Innosuisse-Projekten) gezielt.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Wissen. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Aus diesem Grund ist das METAS in vielen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Seit Januar 2013 ist das METAS beitragsberechtigtes Forschungsinstitut bei Innosuisse. Bisher wurden neunzehn Projektvorschläge (zwei kleine Projekte im Jahr 2022) bewilligt.

Der Bundesrat erwartet weiterhin, dass das METAS eines der weltweit führenden nationalen Metrologieinstitute bleibt.

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele erreicht. Die Vorgabe, mindestens 45 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen nach Artikel 3 Absatz 5 EIMG (SR 941.27) und Drittmitteln zu finanzieren, konnte es mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 55,0 Prozent (Vorjahr 54,9 %) erneut übertreffen. Der Selbstfinanzierungsgrad vor Berücksichtigung der Pensionskassenverpflichtungen gemäss dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 39 beträgt 55,5 Prozent (Vorjahr 56,3 %). Im Weiteren war das METAS, gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung, in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln (Cash Flow) zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 1,2 Millionen

Franken (Vorjahr 1,0 Mio.) abgeschlossen werden. Der Gewinn wird dem Konto Gewinnvortrag gutgeschrieben. Er wird für die Verminderung des Verlustvortrages verwendet. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2022 40,9 Millionen Franken (per 31.12.2021: 23,6 Mio.). Im Berichtsjahr wurden versicherungsmathematische Gewinne (aufgrund der Personalvorsorgeverpflichtungen nach dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 39) in der Höhe von 16,1 Millionen Franken direkt über das Eigenkapital verbucht.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt.

Der Personalbestand des METAS hat sich 2022 gegenüber dem um 9 FTE (2021: 202) Vorjahr erhöht. Die im Vorjahr neu geschaffenen Bereiche Digitale Transformation sowie Kundenbetreuung und Kommunikation wurden im Berichtsjahr personell aufgebaut; entsprechend wurden viele ihrer Mitarbeitenden erst 2022 eingestellt.

Am METAS sind vorwiegend technisch oder naturwissenschaftlich ausgebildete Mitarbeitende tätig. Eine personalpolitische Herausforderung stellt die Rekrutierung von Frauen in diesen nach wie vor männerdominierten Berufsgruppen dar. Im Berichtsjahr ist der Frauenanteil insgesamt im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (19,4% statt 19,6%). Der Anteil der Frauen im Kader konnte auf 27,5 Prozent gesteigert werden (Vorjahr: 22,6 %).

Das METAS engagiert sich stark für die Berufsbildung, was sich am vergleichsweise hohen Anteil der Lernenden in Bezug auf den Gesamtpersonalbestand zeigt (8,4 %). Am METAS werden sechs verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung angeboten. Auch 2022 konnten alle Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Während mehrerer Monate beschäftigte das METAS noch einige dieser Lehrabgänger als junge Berufsleute weiter. Gegen Ende Jahr konnten alle offenen Lehrstellen für das kommende Jahr besetzt werden. Eine Lernende konnte sich an den Schweizer Berufsmeisterschaften SwissSkills beteiligen.

Das METAS bietet zudem, insbesondere im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, auch eine Reihe von mehrmonatigen Praktika für Studierende von Hochschulen oder Universitäten an.

Das Vorsorgewerk des METAS wies Ende Dezember 2022 einen technischen (regulatorischen) Deckungsgrad von 96,1 % und einen ökonomischen von 95,8 % auf. Bei diesen Werten sind Sanierungsmassnahmen nicht zwingend. In der ersten Jahreshälfte 2023 wird die Pensionskasse des Bundes PUBLICA zusammen mit ihrem externen Pensionskassenexperten prüfen, ob solche in der aktuellen Situation erforderlich sind.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 17.2.2023 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2022 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Artikel 8 Buchstabe g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung und dem Jahresbericht zusammensetzt. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2022 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung unterbreitet. Den Bericht der Revisionsstelle vom 17.2.2023 sowie den Bericht des Institutsrats über die Erreichung der strategischen Ziele hat er dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 11.11.2022 Herrn Roger Siegenthaler auf den 1.1.2023 als weiteres Mitglied des Institutsrats für die laufende Amtsperiode bis Ende 2023 gewählt. Der Institutsrat besteht somit 2023 aus 6 Mitgliedern.

Der Bundesrat hat am 5.4.2023 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2022 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Wanda Eriksen-Grundbacher
(Präsidentin), Prof. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin),
Viktor Balli, Prof. Conrad Meyer, Prof. Daniel Oyon

Direktor: Dr. Reto Sanwald

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Die Umsetzung der strategischen Ziele für die Periode 2020-2023 verlief aus Sicht des Bundesrates im Jahr 2022 nach Plan.

Die *aufgaben- und unternehmensbezogenen* Ziele wurden weitestgehend erreicht. Die risikoorientierte Aufsicht über die staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen verläuft in Übereinstimmung mit den Aufsichtskonzepten. Dabei berücksichtigt die RAB langfristige Trends wie die Digitalisierung der Branche und reagiert auf kurzfristige Aufsichtsthemen wie den Ukraine-Krieg, die mögliche globale Aufspaltung von Ernst & Young (Trennung des Beratungs- vom Prüfgeschäft) oder die Prüfung von Berichten zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG) oder Krypto-Unternehmen. In der Prüfseason 2022 hat sich die Revisionsbranche bei der Bewältigung der Covid 19-Pandemie weiter bewährt. Von diesen Erfahrungen wird sie mit Blick auf den Ukraine-Krieg in der Prüfseason 2023 profitieren.

Bundesrat und RAB haben die Vorgaben an die Fachpraxis natürlicher Personen konkretisiert und massvoll angehoben, was eine qualitätssteigernde Wirkung erwarten lässt. Der Erlass neuer Standards zur Abschlussprüfung wurde kritisch begleitet und in die Rundschreiben der RAB übernommen. Mit dem Berufsstand konnte vereinbart werden, dass internationale Standards laufend und nicht mehr schubweise in die Schweizer Standards überführt werden. Dadurch wird die Lücke zwischen den Standards erheblich schneller geschlossen als bisher. Nicht wie geplant konnten einige kleinere IT-Projekte umgesetzt werden. Dagegen wurden 2022 die digitale Signatur und die sichere Zustellplattform eingeführt.

Die internationale Zusammenarbeit wurde insbesondere durch die Erneuerung der Memoranda of Understanding (MoU) mit Deutschland und Finnland, mit der Anerkennung der chilenischen und einer zweiten chinesischen Aufsichtsbehörde, der Rücknahme der Anerkennung Bermudas und der Anerkennung der RAB durch die Behörden Chinas vorangetrieben.

Die *finanziellen* Ziele der RAB wurden erreicht. Ebenso konnte die RAB ihre *personal- und vorsorgepolitischen Ziele* einhalten.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	6,5	6,5
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0	0
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	0	0
Alle Reserven (Mio. CHF)	5,0	5,0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6,9	7,2
Eigenkapitalquote in %	72,5	69,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	24,6	23,4
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11 554	12 235
Anzahl staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen	22	22
Technischer Deckungsgrad PK in %	98,4	111,0
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	98,0	102,3
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	6,5	6,5

¹ Die RAB erhält keine Bundesbeiträge. Der Bund gewährt ihr notfalls zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit Darlehen zu Marktzinsen (Art. 36 Abs. 2 RAG). Dieser Fall ist bisher allerdings noch nie eingetreten.

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen und Prüfgesellschaften

von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der (inter-)nationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht.

Die strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages werden vom Verwaltungsrat der RAB erlassen und vom Bundesrat genehmigt. Die vorliegende Berichterstattung bezieht sich auf die strategischen Ziele 2020-2023.

Revisionsqualität auf hohem Niveau (Ziel 1)

Im Zentrum der Aufsicht der RAB steht wie in den Vorjahren die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen bei den aktuell 22 (Vorjahr: 22) staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen. Die fünf grössten Revisionsunternehmen (sog. «Big-5»), die jeweils mehr als 50 Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, werden jährlich und alle übrigen staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen in der Regel alle drei Jahre inspiziert. Aufkommende Aufsichtsthemen wie der Ukraine-Krieg, die mögliche globale Aufspaltung von Ernst & Young (EY) in ein Prüfungs- und ein Beratungsunternehmen oder die Prüfung von Berichten zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG) und zu Krypto-Unternehmen werden frühzeitig analysiert und in die Prüfprogramme der RAB eingebaut.

2022 haben insgesamt 15 Überprüfungen (Vorjahr: 16) stattgefunden. Zudem wurde wegen Verdachts auf Verstoss gegen rechtliche Pflichten eine ad hoc-Überprüfung durchgeführt, die vom üblichen Inspektionsrhythmus abweicht (Vorjahr: 0). Im Bereich der Rechnungsprüfung erfolgte die grösste Anzahl von Feststellungen in den Bereichen der Prüfungsnachweise, der dolosen Handlungen und der Identifikation von und Reaktion auf Prüfrisiken. Im Bereich der Aufsichtsprüfung wurden die meisten Feststellungen bei den Themen Management von Geschäftsrisiken und Bekämpfung der Geldwäscherei (GwG) gemacht.

Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie mit den betroffenen Unternehmen entsprechende Massnahmen vereinbart. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten wurden angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Die wichtigsten Empfehlungen zur Organisation von Aufsichtsbehörden und zur Durchführung von Inspektionen werden vom International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR) und vom EU Committee of European Auditing Oversight Bodies (CEAOB) erarbeitet. Die RAB ist seit 2007 Mitglied der IFIAR und seit 2016 Beobachterin beim CEOB. Sie berücksichtigt die Grundsätze der IFIAR und des CEOB in ihrer Aufsichtstätigkeit und war als Mitglied der Arbeitsgruppe an der 2022 abgeschlossenen Überarbeitung der IFIAR Core Principles beteiligt.

Neben der konsequenten Ahndung von Verstössen sind auch präventive Massnahmen wirkungsvoll. Dazu gehört u.a. der laufende Kontakt mit Vorsitzenden von Audit Committees (AC) von Gesellschaften des öffentlichen Interesses. 2022 hat die RAB zudem die 2. Auflage ihres Audit

Committee Guide veröffentlicht, der insbesondere weniger erfahrenen AC-Mitgliedern in der Zusammenarbeit mit der externen Revisionsstelle unterstützen soll. Ebenfalls ist die Aufsichtsmitteilung 1/2022 der RAB zur Berücksichtigung doloser Handlungen (Betrug) im Rahmen von Revisionsdienstleistungen erschienen.

Die RAB begleitet weiterhin die Digitalisierung der Wirtschaftsprüfung. 2022 war festzustellen, dass der Einsatz von Prüftechnologien insbesondere bei der Prüfung von Journalbuchungen und des Umsatzes an Bedeutung gewinnt.

In der Prüfseason 2022 hat sich die Revisionsbranche in der Bewältigung der Covid 19-Pandemie wie schon ein Jahr zuvor bewährt. Der 2022 ausgebrochene Krieg in der Ukraine ist zwar auf den ersten Blick kaum mit der Pandemie vergleichbar, hat aber rechnungslegungs- und prüftechnisch dennoch viele Gemeinsamkeiten. Die Revisionsbranche wird daher in der Prüfseason 2023 von ihren Erfahrungen aus der Pandemie profitieren.

Infrastruktur: Prozesse und Technologie (Ziel 2)

2022 standen erneut inkrementelle Verbesserungen der Systeme und Prozesse der RAB im Vordergrund. Die ursprünglich für 2021 geplante Einführung der digitalen Signatur und der sicheren Zustellplattform ist nun erfolgt. Nicht alle IT-Projekte konnten 2022 abgeschlossen werden. So wurde die Einführung einer Software zur Verwaltung von Textbausteinen oder der Ersatz des News Letter durch Push News auf 2023 verschoben. 2022 wurde das Compliance Management System (CMS) der RAB formalisiert und entspricht damit weitgehend den Vorgaben von ISO 37301.

Mit Blick auf die IT-Sicherheit wurden die Server der RAB ersetzt, ein neues Video-Tool eingeführt, die interne Weisung zur Nutzung der elektronischen Infrastruktur überarbeitet und ein IT-Audit durchgeführt.

Zulassung (Ziel 3)

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. 2022 wurden 71 Zulassungen erneuert (Vorjahr: 109). Die Gesamtzahl der zugelassenen Revisionsunternehmen ist mit 2'000 gegenüber dem Vorjahr (2'027) relativ stabil (-1,3%). Im Rahmen der Erneuerungen waren erneut am meisten Mängel bei der Weiterbildung und der internen Nachschau (unternehmensinterne Beurteilung des Systems zur Qualitätssicherung) festzustellen. Im Rahmen einer grossen Registerbereinigung sind zudem rund 900 Zulassungen natürlicher Personen (freiwillig) gelöscht worden; dies erklärt die insgesamt tieferen Zulassungszahlen (vgl. dazu «Kennzahlen»).

Die RAB hat sich weiterhin dafür eingesetzt, dass Spezialzulassungen im Revisionswesen durch die RAB auszusprechen sind. Für die Zulassung im Bereich der 1. Säule (Prüfung von AHV-Ausgleichskassen) wird gemäss Botschaft

zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule und Optimierung in der 2. Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge künftig die RAB zuständig sein. Das entsprechende Vollzugsrecht ist in Arbeit und soll auf 2024 in Kraft treten. Wie es mit den zulassungsähnlichen Vorgaben der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) für Revisionsstellen von Vorsorgeeinrichtungen (2. Säule) weitergeht, wird sich im Rahmen der vertieften Überprüfung im Nachgang zum Expertenbericht Ochsner/Suter weisen (vgl. dazu Ziel 6).

Der Bundesrat hat am 23. November 2022 beschlossen, die inhaltlichen Vorgaben an die Fachpraxis zu konkretisieren und massvoll anzuheben. Insbesondere wird der minimale Anteil an Fachpraxis auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung angehoben, und RevisionsexpertInnen müssen neu Erfahrung in der ordentlichen Revision mitbringen. Von beiden Massnahmen wird eine qualitätssteigernde Wirkung erwartet. Die RAB hat darauf basierend ihre Praxis im neuen Rundschreiben 1/2022 kodifiziert.

2023 startet die neue Welle für die Erneuerung der auf fünf Jahre befristeten Zulassungen der Revisionsunternehmen. Die RAB hat die Schwerpunkte für die Zulassung via Newsletter, Geschäftsbericht und Vorträge kommuniziert.

Kultur und Governance (Ziel 4)

Mit den staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen finden während den Überprüfungen der RAB laufend Diskussion zu Themen der Governance und Kultur statt.

Mit Blick auf die Kultur stand die Einführung der neuen Standards zum Qualitätsmanagement (ISQM 1) im Vordergrund. Zum Thema Governance hat sich die RAB in die Totalrevision des Swiss Code of Best Practice eingebracht. Weiter hat die RAB bei den grössten fünf Revisionsunternehmen eine Bestandesaufnahme in Sachen Corporate Governance gemacht und miteinander verglichen. Die Strukturen sind generell ähnlich. Das ist nicht zuletzt auch auf das Partnerschaftsmodell zurückzuführen, dem alle fünf Gesellschaften folgen. Dennoch bestehen im Detail deutliche Unterschiede.

Standardsetting (Ziel 5)

Die RAB hat am nationalen und internationalen Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten. Im Rahmen der Eingaben der IFIAR hat sich die RAB zu den Themen Audits of Financial Statements of Less Complex Entities (LCE), Definition des Revisionsteams bei der Konzernprüfung, zu ethische Vorgaben zur Verwendung von Technologie, zum Arbeitsplan des Standardsetters und zur Berichterstattung eingebracht.

Der Erlass der nachgeführten Standards zur Abschlussprüfung (SA-CH) durch den Schweizer Berufsstand wurde von der RAB kritisch begleitet und in ihre eigenen Rundschreiben nachvollzogen. Zudem konnte mit dem Berufsstand vereinbart werden, dass dieser neue bzw. angepasste internationale Standards laufend und nicht mehr schubweise in die SA-CH überführt. Die Lücke zwischen den Standards wird dadurch erheblich schneller geschlossen als bisher.

Regulierung und Innovation (Ziel 6)

Der Bundesrat hat 2017 den Expertenbericht von Peter Ochsner und Daniel Suter¹ zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht zur Kenntnis genommen. Er ist zum Schluss gekommen, dass kein grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht, hat jedoch auf der Basis einer vertieften Prüfung von sieben Empfehlungen am 31. August 2022 entschieden, dass künftig im Gesetz definiert werden soll, unter welchen Voraussetzungen ein bundesnahes Unternehmen als Gesellschaft des öffentlichen Interesses gilt (vgl. dazu das zugrunde liegende Po. 19.4389 der GPK-S). Das hätte zur Folge, dass die Prüfung der Jahresrechnung durch ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen erfolgen müsste. Bis Mitte 2024 hat das Bundesamt für Justiz eine entsprechende Botschaft vorzuliegen. Im selben Zeitraum werden im Bereich der Pensionskassen die Anforderungen an die Qualität der Revisoren genauer überprüft.

Im Bereich der Aufsichtsprüfung begleitet die RAB die Weiterentwicklung des FINMA-Prüfwesens. Aktuell läuft eine Ex Post-Evaluation der letzten Anpassungen durch die FINMA.

Enforcement (Ziel 7)

2022 sind 39 Hinweise Dritter auf mögliche Normverstösse bei der RAB eingegangen (Vorjahr: 27). Davon betrafen 18 staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen (Vorjahr: 11). Nur glaubwürdige Hinweise führen zu näheren Abklärungen und lediglich qualifizierte Verstösse zu verwaltungsrechtlichen Verfahren der RAB. Das war im vergangenen Jahr bei drei Hinweisen der Fall.

Die RAB hat 2022 insgesamt 45 Verweise und zwei Zulassungsentzüge verfügt sowie fünf Zulassungsgesuche abgewiesen. Weiter wurden zwei Strafanzeigen eingereicht. 2022 sind drei Urteile des Bundesverwaltungsgerichts (BVGer) zur Praxis der RAB ergangen. In einem Fall wurde die Zulassung trotz abschlägiger Einschätzung durch die RAB erteilt. Im zweiten Fall wurde der Zulassungsentzug von vier auf drei Jahre reduziert. Im dritten Fall wurde die Verfügung der RAB bestätigt. In einem vierten Urteil ist das Bundesgericht entgegen dem BVGer zum Schluss gekommen, dass das Öffentlichkeitsgesetz grundsätzlich auf

¹ Download unter <https://www.ejpd.admin.ch/dam/bj/de/data/aktuell/news/2017/2017-11-08/expertenber-revisions-ochsner-suter-d.pdf.download.pdf/expertenber-revisions-ochsner-suter-d.pdf>.

Überprüfungsberichte der RAB Anwendung findet. Das BVGer muss erneut über den Fall befinden.

Internationale Kooperation (Ziel 8)

Die internationale Zusammenarbeit wurde insbesondere durch die Erneuerung der Memoranda of Understanding (MoU) mit Deutschland und Finnland, die Anerkennung der chilenischen und einer zweiten chinesischen Aufsichtsbehörde, die Rücknahme der Anerkennung Bermudas und mit der Anerkennung der RAB durch die Behörden Chinas vorangetrieben.

Im Verhältnis zu den USA wurden 2022 zusammen mit der amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) zwei Joint Inspections in der Schweiz durchgeführt. Die RAB arbeitet weiterhin auf eine möglichst vollständige gegenseitige Anerkennung und damit auf den Grundsatz der sog. Heimatstaatenaufsicht hin.

Auch im vergangenen Jahr hat sich die RAB aktiv in internationale Gremien im Bereich der Revision eingebracht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten. Sie ist für die Amtszeit 2021-2025 erneut im Board der IFIAR vertreten. Die IFIAR ist für die RAB weiterhin von hohem Nutzen. Dazu zählen die direkten Kontakte zu den globalen Revisionsnetzwerken, die Schulung in den Bereichen Inspektion, Enforcement und Technologie, der Austausch von Wissen über das Marktumfeld im Revisionsbereich und die praktischen Erfahrungen in der unabhängigen Revisionsaufsicht. Im Weiteren hat sich die RAB an der laufenden Überarbeitung der Core Principles (vgl. vorne Ziff. 1) und an der Schaffung einer neuen Mitglieder-Kategorie für Emerging Regulators beteiligt.

2. Finanzielle Ziele

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder wurden keine beansprucht. Das Budget wurde aufwandseitig (CHF 6,5 Mio. statt CHF 7,0 Mio.) und ertragsseitig (CHF 6,5 Mio. statt CHF 7,1) jeweils unterschritten). Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2022: CHF 5,0 Mio.) ist mit Blick auf die aktuellen Risiken weiterhin angemessen. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die RAB ist eine attraktive Arbeitgeberin für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt. Offene Stellen konnten bisher vollwertig wiederbesetzt werden.

Die Gesamtzufriedenheit der Mitarbeitenden ist auf Grund eine Befragung im Vergleich zu 2019 von 76% auf 81% angestiegen. Weiter wurde ein flexibles Arbeitszeit-Modell eingeführt, das auf Blockzeiten verzichtet.

Auf der vorsorgepolitischen Seite der Anstellungsverhältnisse orientiert sich die RAB am Bund. Das Absinken der beiden Deckungsgrade (vgl. vorne «Kennzahlen») entstand durch die schlechte Ertragslage im Jahr 2022 (-9.7%). Die Situation wird aktuell im Detail analysiert. Die Deckungsgrade sind per 31. Januar 2023 wieder über 100% gestiegen.

Die Fluktuationsrate war 2022 mit 6,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr stabil (2021: 6,9%). Die altersmässige Chancengleichheit ist mit Blick auf die stete Zunahme des Durchschnittsalters (2015: 40,8 Jahre; 2022: 44,4 Jahre) sichergestellt. Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden ist auf 37,9 Prozent gesunken (2021: 44,5%). Mit der Präsidentin und der Vizepräsidentin stehen zwei Frauen an der Spitze des Verwaltungsrats. Die Zielvorgabe von mindestens 40 Prozent für den Anteil beider Geschlechter wird erreicht (EXE-Nr. 2020.2462). In der Geschäftsleitung ist keine Frau vertreten. Die Lohngleichheit wurde 2021 mit dem Lohngleichheitsinstrument «Logib» überprüft. Die Ergebnisse liegen mit einem Gesamtscore von 1.0 deutlich unterhalb der Toleranzschwelle von 5.0). Die Löhne entsprechen somit dem in der Bundesverfassung verankerten Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit». Die Vielfalt des Personals zeigt sich unter anderem am Anteil von 17,2 Prozent französisch-sprachigen Mitarbeitenden (2021: 11,1%) und von 13,8 Prozent italienisch-sprachigen Mitarbeitenden (2021: 11,1%) und von 3,4 Prozent ausländischen Mitarbeitenden (2021: 7,4%). Die RAB beschäftigt auf Grund ihrer Grösse derzeit keine Lernenden oder Hochschulpraktikanten.

Die RAB verzichtet seit 2020 auf allen Funktionsstufen auf die Ausrichtung von variablen Lohnbestandteilen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 27.2.2023 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung 2022 nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2022 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2022 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 05.04.2023 zugestimmt.

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)

Internet: www.isdc.ch

Sitz: Ecublens

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Franz Werro (Präsident), Florence Aubry

Girardin, Andrea Bonomi, Dominique Brown-Berset, Martin Good, Konrad Sahlfeld, Markus Schefer

Direktorin: Christina Schmid

Ext. Revisionsstelle: keine eigene Rechnung

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Nachdem die Vorjahre von verschiedenen Vorbereitungsarbeiten auf der Ebene des Institutsrats sowie Anpassungen der Prozesse im Zusammenhang mit dem 2020 in Kraft getretenen revidierten Gesetz geprägt waren, wurden im Jahr 2022 bei der Umsetzung der strategischen Ziele bedeutende Fortschritte erzielt. So wurde insbesondere die Forschung weiterentwickelt – einerseits anhand verschiedener Institutsprojekte, andererseits durch die Unterstützung individueller Forschungsvorhaben, was sich u.a. an der Anzahl Publikationen zeigt. Mittelfristig sollte dies zusammen mit der vom Institutsrat beschlossenen Fokussierung zu einer Erhöhung der Sichtbarkeit sowie zur Effizienz- und Qualitätssteigerung beitragen. Bei der Gutachtens- und Auskunftstätigkeit wurden die Prozesse verbessert, so dass trotz einem Rückgang bei der Anzahl Anfragen die Einnahmen leicht erhöht werden konnten. Organisatorische Massnahmen wurden auch in der Bibliothek umgesetzt.

Die Covid-19 bedingten Einschränkungen haben sich 2022 kaum noch auf die Kennzahlen ausgewirkt. Betroffen war lediglich die Bibliothek (Kapazitätsbeschränkung). Bei den Dienstleistungen zur Forschungsunterstützung wie z.B. die Seminare für Studierende und Doktoranden sowie bei Fachveranstaltungen wurden hingegen wieder Werte wie vor der Pandemie erreicht. Bei der Programmgestaltung der Veranstaltungen konnte dabei von den Erfahrungen der Vorjahre profitiert werden: eine Kombination von Veranstaltungen online und im Präsenzmodus ermöglichte ein vielfältiges Angebot für ein Fachpublikum im In- und Ausland.

Im Jahr 2022 ist der Funktionsaufwand leicht höher ausgefallen als im Vorjahr (+3 %), bewegte sich aber unter dem verfügbaren Kredit (-12 %). Der Minderbedarf ist im Wesentlichen auf erst Ende Jahr wiederbesetzte Vakanz im Personalbestand zurückzuführen.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	0,5	0,5
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF) ¹	-	-
Bilanzfehlbetrag (Mio. CHF)	-	-
Bilanzsumme (Mio. CHF) ¹	0,4	0,4
Eigenkapitalquote in % ¹	-	-
Personalbestand (Vollzeitstellen)	29,4	27,0
davon Frauen in %	50,9	52,9

Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anfragen für Rechtsgutachten und rechtsvergleichende Studien (Anzahl)	170	203
Seminare für Studierende (Anzahl)	5	3
Fachtagungen (Anzahl)	4	3
Publikationen und Forschungsberichte (Anzahl)	5	1
Bibliothek: Neuerwerbungen (Anzahl)	1 566	1 692
Bibliothek: Ausleihen (Anzahl)	13 534	14 124
Bibliothek: Besucher (Anzahl)	5 640	5 763
Technischer Deckungsgrad PK in % ²	-	-
Ökonomischer Deckungsgrad PK in % ²	-	-

Einnahmen

Einnahmen aus Gebühren	100 714	132 740
Einnahmen aus gewerbl. Leistungen	356 666	305 963

¹ Die Schweizerische Eidgenossenschaft führt das «Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung» (Institut) in der Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes mit eigener Rechtspersönlichkeit, aber ohne eigene Rechnung (Art. 1 Abs. 1 SIRG)

² Auf die Mitglieder der Direktion und das übrige Personal ist das Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000 (BPG) anwendbar (Art. 13 SIRG). Das Personal ist bei der PUBLICA versichert.

A. Zielerreichung 2022¹

1. Strategische Schwerpunkte

- *Hohe Qualität von Rechtsauskünften, Gutachten und Forschungsarbeiten sicherstellen*

2022 erstellte das Institut 55 Rechtsgutachten und vergleichende Studien (2021: 69). Der Rückgang ist insbesondere auf einen Rückgang der Nachfrage (s. unten) zurückzuführen. 30 Prozent dieser Gutachten wurden für die öffentliche Hand, d.h. für Bund und Kantone (insbesondere kantonale Gerichte) erstellt. Über 70 Prozent des gesamten zeitlichen Aufwands der Gutachtensarbeit betraf Leistungen für den Bund, knapp 10 Prozent des Gesamtaufwands die Kantone. Dies liegt daran, dass für den Bund mehrheitlich rechtsvergleichende Studien erstellt wurden, die eine Vielzahl von Rechtsordnungen betreffen; zudem konnten insbesondere dem Bund, teilweise auch den kantonalen Gerichten in vielen Fällen Informationen zum ausländischen Recht gegeben werden, auch ohne dass ein eigentliches Gutachten erstellt (und in der Statistik erfasst) wurde.

Das Institut erhielt insgesamt 170 Anfragen, ein bedeutender Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere (aber nicht nur) seitens des öffentlichen Sektors. Angesichts der Schwankungen in den Vorjahren kann momentan nicht evaluiert werden ob es sich um eine langfristige Tendenz handelt.

Der Anteil Anfragen aus dem Privatsektor hat zugenommen (80 Prozent der Anfragen gegenüber 70 Prozent im Vorjahr), was sich auch in der Einnahmenstruktur niederschlägt: die Einnahmen aus gewerblichen Leistungen haben leicht zugenommen, diejenigen aus Gutachten für Kantone sind leicht gesunken. Anders als bei Anfragen des Bundes ist bei den gewerblichen Leistungen der Anteil nicht bestätigter Anfragen verhältnismässig gross.

Die gewerblichen Leistungen machten knapp 20 Prozent des Gesamtaufwands für Gutachten aus, wobei knapp zwei Drittel davon Gutachten und Bestätigungen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Umstrukturierungen von Gesellschaften betrafen; die übrigen gewerblichen Leistungen waren vorwiegend Gutachten für die Anwaltschaft zum Familien- und Erbrecht sowie zum internationalen Privatrecht.

Diese Rechtsgebiete entsprechen der vom Institutsrat beschlossenen Fokussierung, welche der Qualitätssicherung dient. Entsprechend wurde der Ausbau von Expertise in den Kerngebieten durch eine aktive Ausrichtung der Weiterbildung und durch Schaffung von Synergien zwischen Gutachtenstätigkeit, Forschungsstätigkeit und Veranstaltungen unterstützt, u.a. durch ein Projekt im vergleichenden Ehegüterrecht.

- *Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Forschung und Förderung der Einreichung von Forschungsgesuchen der Angestellten bei Institutionen der Forschungsförderung*

Die wissenschaftliche Forschung wurde 2022 in den vom Institutsrat definierten Gebieten weiterentwickelt. In der Berichtsperiode trugen verschiedene Mitarbeitende zum *Yearbook of Private International Law* sowie zu einer umfassenden Publikation zum Wirtschaftsvölkerrecht bei, welche 2023 erscheinen soll. Im Bereich der rechtsvergleichenden Methode wurde der interdisziplinäre Ansatz durch Beteiligung an verschiedenen Veranstaltungen gefördert und die Arbeiten an einem Projekt zu neueren Entwicklungen in der vergleichenden Methode sollen 2023 publiziert werden. Die Anzahl Publikationen konnte auch durch eine Förderung von individueller Forschung bereits erhöht werden. Eine Vielzahl der Mitarbeitenden nutzte diese Möglichkeit mit Publikationen z.B. im Internationalen Privatrecht, in der Rechtsvergleichung, im internationalen Wirtschaftsrecht sowie im Familienrecht.

2022 wurde schliesslich die Einreichung von Forschungsgesuchen bei Forschungsförderungsinstitutionen verschiedentlich thematisiert; die entsprechenden Prozesse werden auf dieser Grundlage 2023 definiert.

- *Zusammenarbeit mit Universitäten, anderen Forschungsinstitutionen und weiteren Partnern in der Schweiz und im Ausland überprüfen und intensivieren*

2022 wurde die bewährte Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Hochschulen (z.B. den Universitäten Basel, Lausanne und Zürich, der Konferenz von Westschweizer Universitäten (CUSO) sowie Universitäten in Europa und Amerika) aber auch der Bundesverwaltung (SEM) durch gemeinsam organisierte Veranstaltungen weitergeführt und die Kontakte mit Universitäten und in denselben Fachgebieten tätigen Institutionen (z.B. der International Academy of Comparative Law) im In- und Ausland wurden gepflegt, insbesondere im Hinblick auf Veranstaltungen, aber auch für Synergien in Bezug auf die Gutachtensarbeit.

Parallel dazu wurde ein Evaluationsprozess zur Frage der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen begonnen, der 2023 abgeschlossen wird.

- *Unterstützung von Studierenden sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern aus der Schweiz und dem Ausland in ihrer Forschung*

Die Unterstützung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern sowie von Studierenden konnte 2022 wieder ausgebaut werden. So erreichte die Anzahl von Seminaren für Studierende (mit rechtsvergleichenden Übungen) wieder ein Niveau wie vor der Pandemie (Anzahl), zudem konnten

¹ Strategische Ziele abrufbar unter: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-79503.html>

auch zwei Doktorandenveranstaltungen organisiert werden.

Nach Aufhebung der pandemie-bedingten Kapazitätsbeschränkungen der Bibliothek stieg die Zahl der Bibliotheksbesucher deutlich. Auch Wissenschaftler aus dem Ausland benutzten die Bibliothek (wieder) vermehrt.

Die Nutzer der Bibliothek werden vom Auskunftsdienst der Bibliothek unterstützt, insbesondere bei der Literatursuche sowie bei der Nutzung von Datenbanken. In gewissen Fällen ist es auch möglich, über das Netzwerk von Partnern im In- und Ausland Zugang zu Dokumenten zu erhalten, welche nicht am Institut verfügbar sind.

- *Gewährleistung der Sichtbarkeit von Publikationen und weiterer Dienstleistungen, insbesondere auch jener der Bibliothek*

Neben der Teilnahme am gesamtschweizerischen Bibliotheksnetzwerk swisscovery, welche einen einfacheren Zugang zu den Dienstleistungen des SIR aus der gesamten Schweiz ermöglicht, wurde die Sichtbarkeit durch Teilnahme an und Organisation von Veranstaltungen verbessert. So referierten verschiedene Mitarbeitende bei Tagungen im In- und Ausland; besonders hervorzuheben ist dabei eine Veranstaltung in Zürich im Ehegüterrecht.

Schliesslich ermöglichte eine Platzierung von Forschungsarbeiten in verschiedenen Medien sowie die Organisation von Online-Veranstaltungen, darunter auch kurze online-Konferenzen in Zusammenarbeit mit der Alumni-Vereinigung, eine verstärkte Präsenz. Das Alumni-Netzwerk wurde schliesslich durch die Organisation eines Anlasses zum 40jährigen Bestehen des Instituts gestärkt.

2. Finanzielle Ziele

Der Bundesrat erwartet, dass das SIR nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt wird und seine Ressourcen wirtschaftlich und wirksam einsetzt.

Das SIR führt seine Rechnungslegung nach den Grundsätzen von Art. 47 FHG und setzt die Standards gemäss Art. 48 FHG (IPSAS) um. Für die sorgfältige, wirtschaftliche und sparsame Verwendung des Globalkredits und der Vermögenswerte sind Prozesse gemäss den Vorgaben der EFV und des Departements EJPD implementiert und werden laufend angepasst.

Der Kostendeckungsgrad der gewerblichen Leistungen konnte im dritten Betriebsjahr unter dem totalrevidierten Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIRG; SR 425.1) wesentlich verbessert werden (von 60 Prozent im 2020 und 91 Prozent im 2021 auf 105 Prozent im 2022), wodurch erstmals die kostendeckende Finanzierung gemäss Gesetz (Art. 22 SIRG) erreicht wurde. Der Mehrbetrag im Vergleich zu einem Kostendeckungsgrad von 100% der gewerblichen Leistungen liegt somit bei 17 000 Franken. Die Massnahmen haben

nach zwei Jahre das volle Potential entwickelt. Der Funktionsaufwand des Instituts 2022 ist leicht über 2021 (Fr 226'835; 2021: 6'736'512) aber 12 Prozent unter dem Voranschlag 2022 wegen erst in der zweiten Jahreshälfte besetzten Vakanzen im Personalbestand und Verzögerungen bei zwei Projekten (Schnittstelle Fachanwendung Alma zu SAP sowie bauliche Massnahmen am Standort des SIR).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Bundesrat erwartet, dass das SIR sich an die personal- und vorsorgerechtlichen Vorgaben gemäss Bundespersonalgesetzgebung hält.

Im SIR waren im Jahresdurchschnitt 28,4 Vollzeitstellen besetzt, wobei in dieser Zahl die Lernende (1,0 FTE) nicht enthalten ist. Für die Mitglieder der Direktion und das übrige Personal ist das Bundespersonalgesetz (BPG) anwendbar. Somit sind die personalpolitischen Vorgaben der zentralen Bundesverwaltung zu erfüllen. Der Frauenanteil des Personals lag im Jahr 2022 bei 50,9 Prozent und liegt damit noch leicht über dem Sollwert des Bundes (Soll 46-50 %). Im höheren Kader besteht unverändert ein Frauenanteil von 66,7 Prozent (Soll 27-32 %). Im mittleren Kader sind 45,2 Prozent (Soll 36-43 %) der Angestellten Frauen.

Die Arbeitsformen innerhalb des SIR fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. So arbeiten 73,7 Prozent der Angestellten beim SIR mit einem Beschäftigungsgrad von 90 Prozent oder weniger. Während sich unter den Mitarbeiterinnen der Anteil der Teilzeitmitarbeiterinnen im 2022 nur unwesentlich veränderte (-0,3 Prozent gegenüber 2021), stieg bei den Männern der Anteil der Teilzeitkräfte leicht von 70,2 Prozent im 2021 auf 71,8 Prozent im 2022. Das SIR offeriert darüber hinaus bereits seit einigen Jahren attraktive und weitreichende Möglichkeiten des mobilen Arbeitens. Das SIR wird, soweit dies mit der jeweiligen Funktion vereinbar ist, mobiles Arbeiten auch in Zukunft unterstützen.

Aufgrund der Tätigkeit der internationalen Rechtsvergleichung sowie der umfassenden Sammlung zu den weltweiten Rechtsordnungen der Bibliothek, zeichnet sich die Belegschaft des SIR durch eine multikulturelle Zusammensetzung und Sprachenvielfalt aus. Die Mitarbeitenden des SIR gehören den folgenden Landessprachgemeinschaften an: 72,8 Prozent Französisch, 20,4 Prozent Deutsch und 6,8 Prozent Italienisch. Die Sprachenverteilung ist auf den Sitz des SIR in Lausanne zurückzuführen. Zusätzlich zu den erwähnten Sprachgemeinschaften sind die folgenden Sprachen als Muttersprache vertreten: Arabisch, Chinesisch, Englisch, Litauisch, Niederländisch, Polnisch, Schwedisch, Serbisch, und Spanisch.

Das Personal des SIR ist im «Vorsorgeplan Bund» bei der Pensionskasse des Bundes PUBLICA versichert. Für das SIR wurde kein eigener Vorsorgeplan abgeschlossen, wes-

halb im vorliegenden Bericht auf diesbezügliche Kennzahlen verzichtet wird. Informationen können unter www publica.ch eingesehen werden.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Kooperationen des Instituts beschränken sich auf die in den strategischen Schwerpunkten erwähnten Projekte, insbesondere im Rahmen von gemeinsam organisierten Veranstaltungen (siehe oben zur Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachvereinigungen). Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit der Bibliothek mit verschiedenen Bundesinstitutionen. So ist das SIR weitgehend für den Betrieb der Bibliothek des Bundesamts für Justiz zuständig. Eine Kooperation besteht ebenfalls mit den Bibliotheken der Bundesgerichte. Die Bibliothek ist Mitglied verschiedener Berufsverbände, darunter Bibliosuisse - der Dachverband der Bibliotheken und Informations- und Dokumentationszentren - sowie die Vereinigung der juristischen Bibliotheken der Schweiz. Dies sichert ihr unter anderem eine Sichtbarkeit in der Schweiz. Seit Dezember 2020 bezieht die Bibliothek Dienstleistungen der Swiss library platform service AG, die derzeit die wissenschaftlichen Informationen von 490 Schweizer Bibliotheken bündelt, darunter 15 Bibliotheken und Dokumentationszentren der Bundesverwaltung und der Armee, die 2022 integriert wurden.

B. Bericht der Revisionsstelle

Das SIR verfügt über keine eigene Rechnung. Allfällige Revisionen werden daher von der Eidgenössischen Finanzkontrolle oder dem Finanzinspektorat EJPD im Rahmen der Botschaft über die jeweilige Staatsrechnung durchgeführt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts des Institutsrates über die Erreichung der strategischen Ziele an den Bundesrat (Art. 9 Bst. a SIRG; SR 425.1). Er beantragt weiter die Genehmigung des Jahresberichts und die Entlastung des Institutsrats (Art. 9 Bst. h).

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 05.04.2023 den Jahresbericht des SIR für das Jahr 2022 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB)

Internet: www.ehb.swiss

Sitz: Zollikofen

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Adrian Wüthrich (Präsident), Dr. Amalia Mirante (Vizepräsidentin), Claude Pottier (Vizepräsident), Oriane Cochand, Olivier Dinichert, Prof. Dr. Winfried Kronig, Angelika Locher Schmid, Andri Rüesch, Amalia Zurkirchen

Direktorin: Dr. Barbara Fontanellaz

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Der Bundesrat stellt fest, dass die EHB ihre Ziele weitgehend erreicht hat.

2022 waren zwei wichtige Ereignisse zu feiern. Erstens konnte das 50-jährige Bestehen der EHB begangen werden. Zweitens wurde die EHB als Hochschule, Typus pädagogische Hochschule, akkreditiert und erfüllt damit die Vorgaben des Hochschulförderungs- und koordinationsgesetzes (HFKG).

Positiv würdigt der Bundesrat die Leistungen des Zentrums für Berufsentwicklung, welches die Organisationen der Arbeitswelt bei der Neu- und Weiterentwicklung der Berufsabschlüsse auf der Sekundarstufe II und auf der Tertiärstufe begleitet. Die EHB trägt so ihren Teil zu einer arbeitsmarktnahen, modernen Berufsbildung bei.

Hervorheben möchte der Bundesrat auch die Leistungen des Observatoriums für die Berufsbildung. In Projekten, Publikationen und Veranstaltungen gelingt es der EHB, bedeutsame gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen mit Bezug zur Berufsbildung aufzugreifen und adressatengerecht aufzubereiten.

Finanziell schliesst die Jahresrechnung mit einem Gewinn von 0,6 Millionen ab. Das Ergebnis hängt mit tieferem Personalaufwand und der Reduktion des Sozialversicherungsaufwands zusammen, welcher durch die Auflösung von Arbeitgeberbeitragsreserven ermöglicht wurde. Der Jahresgewinn wird den Reserven zugewiesen.

Nicht vollständig erreicht wurden die Ziele betreffend «Nähe zur beruflichen Praxis», «Risikomanagement», und «Finanzierung Ausbildung». Die Zwischenziele zur organisationalen Verankerung des Themas «Digitale Transformation» wurden aus Mangel an Ressourcen nicht erreicht. Der EHB-Rat hat die Gründe dafür erkannt und teilweise bereits Massnahmen ergriffen. Der Bundesrat erwartet, dass die Anstrengungen zur Erreichung der Ziele verstärkt werden.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	48,6	48,2
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0,6	-1,3
Alle Reserven (Mio. CHF) ¹	2,9	4,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	9,0	9,0
Eigenkapitalquote in %	39,2	32,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	187	199
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Abschlüsse: Diplome	201	244
Abschlüsse: Zertifikate	762	736
Abschlüsse: Weiterbildungslehrgänge	463	325
Projekte Berufsentwicklung	343	297
Forschungsprojekte	48	58
Technischer Deckungsgrad PK in %	96,2	108,1
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	95,4	96,7
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	40,5	39,9
Gebühren und Einnahmen (Mio. CHF)	8,0	8,2

¹ Reserven vor Zuweisung des Jahresgewinns

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Die EHB nimmt ihre Rolle als Expertenorganisation des Bundes für die Berufsbildung und als kompetente und verlässliche Ansprechpartnerin für die Verbundpartner wahr, steht im Dialog mit der Gesellschaft und trägt im Rahmen ihres Auftrags zur nachhaltigen Entwicklung, zur digitalen Transformation und zur Chancengerechtigkeit von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bei.

* Strategische Ziele: [BBI 2021 47 - Strategische Ziele des Bundesrates für den Rat des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung \(EHB\) für die Jahre 2021–2024 \(admin.ch\)](#)

Die Expertise der EHB war auch 2022 wieder nachgefragt. Mitarbeitende haben in über 90 strategischen und operativen Gremien des Bundes, der Kantone, der Organisationen der Arbeitswelt und internationaler Partnerinstitutionen Einsitz. Die EHB beteiligte sich zudem an national bedeutsamen Projekten, wie der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne für Berufsbildungsverantwortliche und für den allgemeinbildenden Unterricht. Die zentral durchgeführten Berufsmeisterschaften SwissSkills boten eine gute Plattform für den Dialog mit der Gesellschaft. In Sachen Digitalisierung wurde unter anderem mit dem Aufbau des Kompetenzzentrums «BeLEARN» begonnen, welches Wissenschaft und Wirtschaft in den Themen Digital Skills, Digital Tools und Data Science vernetzen soll. Eine Teilstrategie soll zudem das Thema Nachhaltigkeit in der Hochschule systematisch verankern. Der Bundesrat erachtet das Ziel als erreicht.

Die EHB greift im Rahmen ihres Auftrags die Problemstellungen und Strömungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig auf und entwickelt Lösungsvorschläge.

Das Schweizerische Observatorium für Berufsbildung (OBS) griff in seinen Berichten mit der «Berufsmobilität im Gesundheitswesen» und der «Berufsmaturität» Themen auf, die der Bundesrat sowohl politisch wie auch strategisch für die Berufsbildung als bedeutungsvoll erachtet. Zudem untersuchte das OBS die Erfahrungen mit digitalen Unterrichtsformen in der zweiten Phase des Fernunterrichts 2021, um aufgrund der Erkenntnisse den Unterricht zukunftsfähig zu gestalten und die Lernenden auf die digitalisierte Arbeitswelt vorzubereiten.

Die EHB nimmt schweizweit eine Spitzenposition im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen sowie in der Berufsentwicklung und Berufsbildungsforschung ein und erbringt Leistungen von hoher Qualität.

Die EHB erreicht 2022 bei den Diplomstudiengängen einen Marktanteil von 48,7 Prozent (2021: 49,3 %, -1,2 %). Damit hat die EHB gesamtschweizerisch klar den grössten Marktanteil aller Anbieter. In der Forschung ist die Anzahl Projekte zurückgegangen (2022: 48, 2021: 58, -17,2 %), in der Berufsentwicklung konnte ein Zuwachs verzeichnet werden (2022: 343, 2021: 297, +15,5 %)

Die Gesamtzufriedenheit der Kundinnen und Kunden war in der Forschung (2022: 100 %, 2021: 100 %, +0 %) und in der Berufsentwicklung (2022: 92 %, 2021: 100 %, -8 %) einmal mehr sehr hoch. In der Aus- und Weiterbildung (2022: 80 % - 92 %, 2021: 75 % - 93 %) wurde der Indikator von 80 Prozent erfüllt. Allerdings bestehen in der Ausbildung immer noch regionale Unterschiede (D-CH 85 %, F-CH 72 %). Der Bundesrat ist der Meinung, dass trotz einiger Verbesserungen noch weitere Anstrengungen nötig sind. Positiv hervorzuheben ist die Gründung einer Kommission für Forschungsethik, die nicht nur Regelungen erarbeitet, sondern auch die Mitarbeitenden sensibilisieren will.

Die EHB unterstützt den Bund in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit.

Die EHB hat im Auftrag des Bundes 23 internationale Delegationen empfangen und sowohl praktische als auch theoretische Einblicke in das schweizerische Bildungssystem ermöglicht. Weitere Aktivitäten fanden im Auftrag des SEM, der DEZA, des SBFI und des SECO statt.

Die EHB durchläuft in der BFI-Periode 2021 – 2024 die institutionelle Akkreditierung als Hochschule.

Der Schweizerische Akkreditierungsrat beschloss am 23.9.2022 die Akkreditierung der EHB als Hochschule, Typus pädagogische Hochschule. Der Bundesrat nimmt dies mit Genugtuung zur Kenntnis. Bis Ende 2024 sind fünf Auflagen betreffend die Qualitätssicherung, die Mitwirkung, die Nachhaltigkeit und die Personalentwicklung umzusetzen. Die Leitung der EHB berichtet dem Eigner regelmässig über den Stand der Arbeiten, die 2022 wie geplant verliefen.

Die EHB verfügt über ein System der Qualitätssicherung und -entwicklung, über ein Risikomanagementsystem sowie über ein Compliance-Management-System.

Die Implementierung der Qualitätssicherungsstrategie ist Teil der Umsetzung der Auflagen aus der Akkreditierung. Sie soll zu einer Reduktion der Controlling-Instrumente, zu einer Vereinfachung des Qualitätssicherungssystems und einer Systematisierung der Datensammlung führen. Der Bundesrat begrüsst diese Effizienzverbesserungen und erwartet, dass das zukünftige Compliance-Management-System den vorgesehenen Normen und Anforderungen entspricht. Das Risikomanagement hat die externe Revisionsstelle 2022 als zweckmässig beurteilt.

Die EHB vermittelt in ihren Studiengängen, Kursen und Weiterbildungslehrgängen praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse und Kompetenzen und bereitet die Studierenden auf die mit ihren Aufgaben verbundenen Herausforderungen vor.

Insgesamt bewerten die Studierenden die Praxisnähe der Studieninhalte positiv. Die Studierendenbefragung zeigt, dass 95 % (2021: 96%, -1 %) die Übertragbarkeit des Studiums in ihre Berufspraxis mit "trifft eher zu" und besser bewerten, jedoch nur 70 % (2021: 73 %, -4 %) die Übertragbarkeit mit "trifft zu" und besser beurteilen. Die Nähe zur beruflichen Praxis mit einem Indikator von 80 % ist darum nur teilweise erreicht. Die EHB hat diverse Massnahmen eingeleitet und prüft weitere.

Die EHB entwickelt ihr Angebot kontinuierlich gemäss den neuesten Forschungserkenntnissen weiter. So ermöglicht sie die Validierung bereits erworbener Kompetenzen, pilotiert selbstorganisiertes Lernen, führt einen Fast Track für hauptamtliche Lehrpersonen weiter und bietet eine Online-Werkstatt für Mediendidaktik an. Der Bundesrat befürwortet diese innovativen Weiterentwicklungen.

Die EHB schafft mit ihrer Forschung evidenzbasierte Grundlagen, bereitet bestehende Studien und Forschungsergebnisse auf und sorgt aktiv für den Wissenstransfer in die Praxis der Berufsbildung und der Arbeitswelt.

Die EHB bündelt ihre Forschungsarbeiten in drei Schwerpunkten, die der Bundesrat als relevant für die Weiterentwicklung der Berufsbildung erachtet. Aktivitäten weist die Forschung auch in allen strategischen Themenfeldern auf. Zudem ist die EHB stark aufgestellt im Bereich des Wissenstransfers, der fester Bestandteil aller Forschungsprojekte ist. Dies führt dazu, dass der Indikator (3 Aktivitäten pro VZÄ) schon das zweite Jahr in Folge übertroffen wird (2022: 8, 2021: 6, +33 %).

Die EHB ist mit ihren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie mit ihren Studiengängen «Bachelor of Science in Berufsbildung» (BSc) und «Master of Science in Berufsbildung» (MSc) in der Hochschullandschaft anerkannt.

Regelmässig publiziert die EHB in peergeprüften Fachzeitschriften, organisiert Kongresse und nimmt an zahlreichen wissenschaftlichen Veranstaltungen teil. Die Studiengänge können – wie vom Bundesrat verlangt – alle zwei Jahre starten. Revisionen der Studienpläne sorgen für aktuelle Bildungsinhalte.

Die EHB unterstützt und schult die Verbundpartner bei der Neu- und Weiterentwicklung der Berufe sowie bei deren Umsetzung in der Praxis.

Die EHB konnte 2022 die Zahl der Projekte in der Berufsentwicklung auf 343 steigern (2021: 297, +15,5 %). Ebenso stiegen die Einnahmen aus Dienstleistungen in diesem Bereich auf 1,1 Millionen an (2021: 0,7 Mio., +57 %) Nicht nur die Anzahl, sondern auch die Komplexität der Projekte und die zeitliche Dringlichkeit stellen die EHB immer wieder vor Herausforderungen, insbesondere bei aufwendigen Revisionen in grossen Berufsfeldern wie der kaufmännischen Grundbildung. Der Bundesrat begrüsst die kundenorientierte Haltung der EHB.

2. Finanzielle Ziele

Die EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und erzielt über die Geltungsdauer dieser strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis.

Mit dem Ziel, effektiver und effizienter zu werden, hat die EHB verschiedene Anpassungen in der Organisation, in den Angeboten, in der Infrastruktur und in der Strategie vorgenommen. Mit diesen Massnahmen ist der Personalbestand 2022 auf 187 Vollzeitstellen gesunken (2021: 199 VZÄ, -6 %). Ebenso dazu beigetragen hat das Auslaufen des Aktionsplans Digitalisierung und damit das Auslaufen befristeter Arbeitsverträge.

Das Ergebnis der Jahresrechnung weist einen Gewinn von 0,6 Millionen Franken aus (2021: CHF -1,3 Mio.). Neben dem tieferen Personalbestand haben auch die Auflösung von Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben und

die tieferen Kosten für externe Lehrbeauftragte bzw. Projektpartner zum Resultat beigetragen. Zudem wurden die Arbeitgeberbeitragsreserven im Umfang von 1 Million Franken aufgelöst. Mehrkosten verursachte die Informatik, insbesondere für benötigte Ersatzbeschaffungen und externe Dienstleistungen.

Die EHB bietet ihre Ausbildungen zu marktüblichen Preisen und ihre Dienstleistungen grundsätzlich kostendeckend an.

Die durchschnittlichen Kosten pro VZÄ eines/einer Studierenden lagen im Jahr 2022 bei den EHB-Diplomstudiengängen mit 22 094 Franken (2021: CHF 20 806.-, +5,8 %) knapp unter dem Referenzwert des gesamtschweizerischen Durchschnitts der Kosten für die Lehrkräfteausbildung pro VZÄ von 22 390 Franken. Die Dienstleistungen am Markt, wie zum Beispiel Beratungsaufträge und individualisierte Weiterbildungsangebote, werden zu kostendeckenden Preisen angeboten.

Die EHB erzielt einen Zweit- und Drittmittelanteil der Sparte Forschung und Entwicklung von mindestens 25 Prozent.

Der Zweit- und Drittmittelanteil beträgt 31,8 Prozent (2021: 39,3 %, -19 %). Damit übertrifft er ein weiteres Mal die Vorgaben des Bundesrates von 25 Prozent.

Zu den Hauptfinanzierungsquellen gehören der Schweizerische Nationalfonds, das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, die International Labour Organization (ILO) und swissuniversities. Hinzu kommen Mandate der Auftragsforschung.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die EHB betreibt eine vorausschauende, sozial verantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik, fördert die Chancengleichheit, die Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden sowie eine auf Wertschätzung basierende Betriebskultur.

Eine unabhängige Care-Stelle, Lohngleichheit zwischen Mann und Frau, die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit (67 % aller MA), Massnahmen zur Verhinderung übermässiger Arbeitsbelastung und einen hohen Frauenanteil (65 %) betrachtet der Bundesrat als Indikatoren, dass dieses Ziel erfüllt wurde. Mit Blick auf jüngere Angestellte will der EHB-Rat in der Personalentwicklungsstrategie vermehrt Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen.

Die EHB achtet bei ihren Vorgesetzten und ihren Mitarbeitenden auf Integrität sowie auf ein Handeln in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Corporate Governance des Bundes.

Die Mitarbeiterbefragung hat ergeben, dass die Mitarbeitenden insbesondere den partizipativen Führungsstil, die Arbeitskultur und die Qualität sowie die Kommunikation und die regelmässigen Rückmeldungen schätzen. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden mit den direkten Vorgesetzten

erreichte in der Mitarbeiterbefragung 87 von 100 Punkten (2020: 86 Punkte, +1%).

Die EHB richtet das Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenen der Bundesverwaltung aus und verteilt die Lasten angemessen auf Versicherte und Arbeitgeber.

Per 01.01.2022 wurde die Übernahme in das Vorsorgewerk des Bundes (Publica) vollzogen.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die EHB arbeitet mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche zusammen mit dem Ziel kundennaher, schweizweit harmonisierter Ausbildungsangebote.

Die EHB kooperiert mit verschiedenen pädagogischen Hochschulen, aber auch mit Universitäten und weiteren Institutionen im Bereich der Ausbildung von Berufsbildungsverantwortlichen. Dies ist dem Bundesrat ein grosses Anliegen, um die Ausbildung der Berufsbildungsverantwortlichen effizient und schweizweit harmonisiert anbieten zu können. Im Bereich der Weiterbildung bestehen insbesondere Kooperationen zur Kaderausbildung.

Die EHB kooperiert zielgerichtet mit Praxispartnern, anderen Hochschulen und weiteren Forschungsinstitutionen, nutzt Synergien in der Forschung und fördert den wissenschaftlichen Dialog mit anderen Hochschulen.

Zum gegenseitigen Austausch von Personal unterzeichnete die EHB bilaterale Verträge mit der Universität Pisa, der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, dem Luovi College in Finnland und dem Global Apprenticeship Network Australia. Der Bundesrat begrüsst diese Möglichkeiten für den wissenschaftlichen Dialog.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2022 der EHB geprüft und diese mit Bericht vom 9.3.2023 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2022 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung sowie den Bericht des EHB-Rats über die Erreichung der strategischen Ziele und den Bericht der Revisionsstelle vom 9.3.2023 zur Kenntnisnahme vor.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2022 einschliesslich Jahresrechnung am 19.4.2023 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt. Der Gewinn von 0,6 Millionen Franken wird den Reserven zugewiesen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 23.9.2022 hat der Schweizerische Akkreditierungsrat die Akkreditierung der EHB als Hochschule, Typus pädagogische Hochschule, beschlossen.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Jörg Frieden (Präsident), Susanne Grossmann, Julia Balandina Jaquier, Dominique Biedermann, Geoffrey Burns, Angela de Wolff, Kathryn Imboden

Geschäftsführung: Obviam AG (Obviam), Bern (bis 31.8.2022), Tameo Impact Fund Solutions AG (Tameo), Genf (ab 1.9.2022); **Portfoliomanagement:** Obviam, Bern (bis 31.8.2022, ad interim ab 1.9.2022)

Ext. Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Die SIFEM AG (SIFEM) hat im herausfordernden Geschäftsjahr 2022 gute Arbeit geleistet und ist grundsätzlich auf Kurs, die strategischen Ziele 2021–2024 zu erreichen.

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise, hohe Inflationsraten und steigende Zinsen haben zu einer Konjunkturverlangsamung geführt, die sich auch im Wert des SIFEM-Portfolios und im Finanzergebnis per Ende 2022 niedergeschlagen haben. Gleichzeitig war die SIFEM organisational stark gefordert. Vor diesem Hintergrund sind für 2022 die Neuinvestitionen von 95,0 Millionen US-Dollar erfreulich und der Betriebsverlust von -13,1 Millionen Franken (Vorjahr: Gewinn von 40,3 Mio.) ist nachvollziehbar. Der Bundesrat erwartet jedoch für die Periode 2021–2024 insgesamt ein positives Betriebsergebnis. Die Rückflüsse aus abgeschlossenen Investitionen waren 2022 mit 62,6 Mio. US-Dollar erwartungsgemäss tiefer als die aussergewöhnlich hohen 124,7 Millionen US-Dollar 2021. Sie liegen jedoch über dem Jahresdurchschnitt der Vorperiode 2018–2020.

Neben den Finanzzahlen ist auf die gute Entwicklung in Bezug auf die Erreichung der Wirkungsindikatoren hinzuweisen. So vermochte die SIFEM im Berichtsjahr bei den geschaffenen und erhaltenen Arbeitsstellen mit einem jährlichen Stellenwachstum in den Portfoliounternehmen um 12,6 Prozent zuzulegen. 25,3 Prozent der Neuinvestitionen 2021–2022 dienen dem Klimaschutz und 57,0 Prozent der Investitionen stärken die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen in Entwicklungsländern.

Auch 2023 birgt grosse makroökonomische und konjunkturelle Risiken. Die SIFEM ist aus Sicht des Bundesrates solide aufgestellt, um sich diesen Herausforderungen zu stellen und einen antizyklischen Beitrag zur Linderung der aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen in den Schwellenländern zu leisten.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen¹ und Personal		
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF)	-13,1	40,3
Gesamtergebnis (Mio. CHF)	-3,4	58,2
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF) ²	-5,5	41,3
Alle Reserven (Mio. CHF)	34,1	47,4
Bilanzsumme (Mio. CHF)	713,1	700,2
Eigenkapitalquote in %	96,5	96,0
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2
Unternehmensspezifische Kennzahlen³		
Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	5,31	5,77
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in	121	124
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	95,0	84,0
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	62,6	124,7
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	915,3	894,5
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	451,2	432,2
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Aktienkapital (Mio. CHF)	20	30

¹ Jahresabschluss basierend auf den *International Financial Reporting Standards*

² Gemäss Jahresabschluss nach Obligationenrecht

³ Die SIFEM verwendet den US-Dollar zur Messung der Investitionsleistung

A. Zielerreichung 2022¹

1. Strategische Schwerpunkte

Nachhaltigkeit – auf Kurs

Sämtliche Finanzintermediäre, mit denen die SIFEM zusammenarbeitet, sind zur Einhaltung der verantwortungsbewussten Investitionspolitik verpflichtet. Die SIFEM Portfoliounternehmen als Kunden der Finanzintermediäre müssen national geltende Nachhaltigkeitsregularien einhalten und darauf hinarbeiten, die relevanten internationalen Normen anzuwenden. Die Überprüfung erfolgt sowohl im Vorfeld als auch während der Umsetzung der Investitionsprojekte durch ein umfassendes Monitoring. Im Jahr 2022 haben alle getätigten Investitionen die Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllt (Vorjahr: eine Ausnahme).

Finanzielle Additionalität – auf Kurs

Die SIFEM stellt Finanzierungen zur Verfügung, die am Markt nicht oder nicht zu angemessenen Bedingungen bzw. nicht in genügender Höhe oder mit genügenden Laufzeiten erhältlich sind. 56 % der Investitionen in Fonds, die in den Jahren 2021 und 2022 abgeschlossen wurden, dienten dazu, erstmalige Abschlüsse von Fonds zu ermöglichen (engl. *first closings*).

Komplementarität – auf Kurs

Zusätzlich zu den Investitionen leistet oder mobilisiert SIFEM nicht-finanzielle Unterstützung für Finanzintermediäre und Unternehmen, z.B. in Form von Know-how-Transfer, der Förderung von Sozial- und Umweltstandards, der Corporate Governance oder der beruflichen Qualifikation.

Mit diesem Ziel hat die SIFEM 2021 und 2022 in den Aufsichtsgremien aller Fonds Einsitz genommen, in die sie investiert hat. Mehrere Finanzintermediäre erhielten Unterstützung in Fragen des Umwelt- und Sozialmanagements.

Hebelwirkung / Mobilisierung – zurzeit nicht auf Kurs

Die SIFEM hat noch nicht direkt privates Kapital von privaten oder institutionellen Anlegern für den Zeitraum 2021–2024 mobilisiert, aber mehrere potenzielle Investoren haben ihr Interesse bekundet. Der neue Portfoliomanager (s. Ziffer E) wird ab 1. März 2023 die entsprechenden Kontakte aufnehmen und die Bemühungen intensivieren, die Mobilisierungsziele für die laufende Strategieperiode zu erreichen. Der Bundesrat erwartet Fortschritte im Jahr 2023, damit in der zweiten Hälfte der strategischen Periode das Mobilisierungsziel von mindestens 60 Millionen Franken erreicht wird.

Geografische Ausrichtung – auf Kurs

86 Prozent der SIFEM-Investitionen, die 2021–2022 abgeschlossen wurden, erfolgten in den Schwerpunktländern

der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit (Ziel: mind. 60%).

Mehr und bessere Arbeitsplätze – auf Kurs

Die SIFEM ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ein wichtiges Instrument für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zielländern. Im Berichtsjahr unterstützte die SIFEM anteilmässig (d.h. ohne den Beitrag der Co-Investoren) rund 14 537 Stellen. Die Beschäftigung (Anzahl Stellen) in den Portfoliounternehmen nahm 2021–2022 um 12,6 Prozent zu.

Die SIFEM fördert mit ihren Investitionen auch die Qualität der Beschäftigung. So müssen alle Fondsmanager und Finanzinstitute gewährleisten, dass die Portfoliounternehmen nationale Gesetze bezüglich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation einhalten und die Arbeitssicherheit über die national geltenden Grundanforderungen hinaus verbessern. Dies war überall und durchwegs der Fall.

Klimawandel: Minderung und Anpassung – auf Kurs

25,3 Prozent der neuen Investitionen sind 2021–2022 dem Klimaschutz gewidmet. 2022 hat SIFEM drei entsprechende Investitionen getätigt (2021: 1), nämlich in einen Fonds zur Förderung von erschwinglichem und energieeffizientem Wohnraum in Kolumbien und Peru, in einen Fonds zur Förderung innovativer energieeffizienter Agrartechnologien und in ein Finanzinstitut in Vietnam, das Projekte im Bereich erneuerbare Energien unterstützt.

Sämtliche neue Transaktionen sind auf die Vorgaben des Pariser Abkommens zum Klimaschutz ausgerichtet (sog. *Paris Alignment*) und stehen im Einklang mit den Klimazielen der betreffenden Länder (engl. *Nationally Determined Contributions, NDCs*).

Bei Klimaschutzprojekten ermittelt die SIFEM die eingesparten CO₂-Emissionen. 2022 haben solche Projekte 6 003 Gigawattstunden mit erneuerbaren Energieträgern produziert (2021: 6'479 GWh) sowie rund 7,5 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden (2021: 7,6 Mio. t).

Essentielle Güter / Innovation – auf Kurs

Die geltenden strategischen Ziele verpflichten die SIFEM, über einen Zeitraum von vier Jahren mindestens 30 Prozent ihrer Neuinvestitionen für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des Grundbedarfs sowie für die finanzielle Inklusion unterversorgter Bevölkerungsgruppen einzusetzen. 2021–2022 bezogen sich mehr als 35 Prozent der Verpflichtungszusagen ausdrücklich auf dieses Ziel, mit Fokus auf die finanzielle Eingliederung durch Mikrofinanzdienstleistungen und innovative Finanztechnologien.

Geschlechtergleichstellung – auf Kurs

¹ Strategische Ziele: [sifem.ch](https://www.sifem.ch) > über uns

Zur Förderung der Geschlechtergleichstellung müssen mindestens 20 Prozent der jährlichen Investitionszusagen die Kriterien der «2X Challenge» Initiative erfüllen. Die Initiative treibt die wirtschaftliche Teilhabe und Gleichstellung von Frauen voran. 2021–2022 qualifizierten 57 Prozent der SIFEM-Neuinvestitionen für die «2X Challenge».

Engagement in den am wenigsten entwickelten Ländern – auf Kurs

Der Bundesrat erwartet von der SIFEM, dass sie ihre Präsenz in den am wenigsten Entwickelten Ländern (*engl.* LDC) verstärkt und die aktiven Verpflichtungen bis Ende 2024 mindestens 12 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens ausmachen. Der geschätzte Anteil der LDCs am Portfolio von SIFEM lag 2021–2022 bei 11,7 Prozent. Ein erheblicher Teil des Engagements in LDCs erfolgte in Form von direkten Krediten an Finanzinstitutionen, hauptsächlich in Asien.

Im Berichtsjahr unterstützte die SIFEM unter anderem das Mikrofinanzinstitut Amret in Kambodscha, mit dem Ziel kleinere KMU zu unterstützen und somit die finanzielle Inklusion unterversorgter Gruppen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stärken. Das nachrangige Darlehen in Höhe von 15 Millionen US-Dollar profitiert von einer Verlustgarantie von 30 Prozent der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Entwicklungswirkung insgesamt – auf Kurs

Bei der letzten Bewertung 2022 erhielten 80 % des gesamten SIFEM-Portfolios für die Entwicklungseffekte eine Ex-post-Bewertung von «gut» oder «sehr gut» (2021: 87%).

Risikopolitik und Risikomanagement – auf Kurs

Das interne Kontrollsystem der SIFEM erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts, und das Risikomanagement für die Erstellung der Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt. Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Vorgaben von Artikel 728a Abs. 1 OR erfüllt sind.

Die SIFEM ist entsprechend ihrem Auftrag in schwierigen Märkten tätig und soll Risiken tragen, die der Privatsektor noch nicht allein übernehmen kann. Per Ende 2022 waren 43,1 Prozent (2021: 42,7 %) der Fonds-Investitionen und 2,0 Prozent (2021: 12,4 %) der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert. Das Gesamtrisiko des Portfolios ist damit leicht höher als im Vorjahr, was angesichts des globalen Kontextes nicht überrascht. Die gemäss den strategischen Zielen vorgegebenen Höchstanteile von 45 Prozent für Fonds-Investitionen und 20 Prozent für festverzinsliche Anlagen wurden eingehalten, wobei die Marge zum Höchstanteil für Fonds-Investitionen geringe bleibt.

Wirtschaftlichkeit – auf Kurs

Die Verwaltungs- und Managementkosten von SIFEM umfassen die Entschädigung des Verwaltungsrats, die Ent-

schädigung von Obviam und Tameo sowie andere Verwaltungskosten. Im Jahr 2022 beliefen sich diese Kosten auf 11,8 Millionen Franken (2021: 11,4 Mio.). Der Kostenanstieg ist insbesondere auf die Zunahme der aktiven Verpflichtungen, den Beschaffungsprozess und die Beschwerderechtskosten zurückzuführen (s. Ziffer E).

Der Verwaltungskostenanteil entspricht 1,44 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen (Vorjahr: 1,35 Prozent) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Höchstwert von 1,50 Prozent.

Finanzierung – auf Kurs

Die Investitionsrückflüsse erreichten 2022 62,6 Millionen US-Dollar (Vorjahr: 124,7 Mio.; insbesondere aufgrund des vollständigen Ausstiegs aus einer umfangreichen Investition in China). 2020–2021 lag der Durchschnittswert der Investitionsrückflüsse mit 171 Prozent deutlich über den in dem Zielwert von mindestens 10 Prozent im Vergleich zu den 2018–2020 (2018–2020 54,9 Mio. pro Jahr).

Die Betriebskosten der SIFEM sowie die Neuverpflichtungen können 2021–2024 vollständig aus den Rückflüssen von erfolgreich abgeschlossenen Investitionen, unverpflichteten Barmittelreserven sowie einer Senkung der Barmitteldeckung unter 100% (in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Bundesrates vom 14. Mai 2014) gedeckt.

Mit der am 4. Mai 2022 vom Bundesrat beschlossenen Kapitaleinlage von 60 Millionen Franken, die 2023 bis 2025 ausbezahlt werden soll, erwartet der Bundesrat das Investitionsvolumen von bisher 80 bis 100 auf rund 120 bis 130 Millionen Franken pro Jahr anzuheben.

Rechnungsergebnis – auf Kurs

Die makroökonomische Lage verschlechterten sich 2022 insbesondere auch in den Schwellenländern aufgrund der Auswirkungen der Ukraine-Krise, anhaltenden Covid-19-Restriktionen sowie hohe Inflationsraten und damit verbunden steigenden Zinsen. Der Marktwert des ausstehenden Portfolios sank vor diesem Hintergrund um 21,3 Millionen Franken. Die Zinserträge und die Gewinne aus realisierten Investitionsabgängen reichten nicht aus, um diese Verluste zu kompensieren.

Dies resultierte in einem Betriebsverlust gemäss der IFRS Rechnungslegung von -13,1 Millionen Franken (Vorjahr: Gewinn von 40,3 Mio.). Das Gesamtergebnis fiel im Jahr 2022 mit -3,4 Millionen Franken (Vorjahr: 58,2 Mio.) negativ aus. Die Abweichung vom operativen Ergebnis ist auf Währungsdifferenzen aus der Umrechnung von US-Dollar in Franken zurückzuführen.

Das Rechnungsergebnis 2022 ist im angespannten makroökonomischen Kontext und kombiniert mit der organisationalen Transition der SIFEM (s. Ziffer E) zwar nachvollziehbar, der Bundesrat erwartet jedoch für die Periode 2021–2024 insgesamt ein positives Ergebnis (2021–2022: 26,9 Mio. Franken).

Portfolioentwicklung – auf Kurs

Im Jahr 2022 sank die Rendite auf 5,31 Prozent (Vorjahr: 5,77 %), der Wertmultiplikator sank von 1,24 auf 1,22. Diese Entwicklungen stehen in direktem Zusammenhang mit konjunkturbedingtem Wertverlust und verzögerter Exits des Portfolios. Die vom Bundesrat festgelegten Zielwerte für das gesamte Portfolio (Rendite grösser als 3,00 %, Wertmultiplikator grösser als 1,15) wurden erreicht.

2. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM eine teilzeitlich (20%-Pensum) angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung und das Portfoliomanagement erfolgen im Mandatsverhältnis. Dementsprechend ist die Pensionskassenlösung Sache der Mandatsträger.

Der Verwaltungsrat hat überprüft und bestätigt, dass Obviam und Tameo die Vorgaben des Bundesrates betreffend Personalpolitik, Anstellungsbedingungen, Arbeitsumfeld und Führungspraxis, sowie die Entschädigungsregeln im Zusammenhang mit dem SIFEM-Mandat einhalten.

B. Bericht der Revisionsstelle

Mit Bericht vom 3. März 2022 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Die Jahreszahlen 2022 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem für die Erstellung der Jahresrechnung existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen durchführt. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung 2022 die nachfolgenden Anträge gestellt:

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung des Geschäftsberichts 2022;
- Übertragung des Jahresverlusts von -5,8 Millionen Franken (Jahresrechnung nach Obligationenrecht) auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2022;
- Verabschiedung des Anforderungsprofils für den Verwaltungsrat;
- Wiederwahl des Präsidenten sowie von vier Mitgliedern des Verwaltungsrats, Ernennung der Vize-Verwaltungsrätin Frau Kathryn Imboden sowie Neuwahlen von

Herrn Pascal Pierra und Frau Laurie Spengler, für eine Amtsperiode von drei Jahren;

- Wahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für ein Jahr;
- Statutenänderung: Diverse Anpassungen aufgrund des revidierten OR (in Kraft seit 1. Januar 2023), Verbot von Dividendenausschüttungen, Einführung einer altersbedingten Amtszeitbeschränkung auf 70 Jahre für Verwaltungsräte mit einer Übergangsfrist bis zur Generalversammlung 2026;
- Kapitalerhöhung ausgehend von 674 444 010 Franken auf 694 444 010 Franken, liberiert durch eine Bareinlage von 20 000 000 Franken;
- Anpassung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM AG (inkl. Präsidium) auf 384 862 Franken, davon Vergütung für den Präsidenten von 85 905 Franken, für das Geschäftsjahr 2023;
- Genehmigung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM von 384 762 Franken, davon Vergütung für den Präsidenten von 85 905 Franken, für das Geschäftsjahr 2024;
- Gemäss SIFEM-Statuten beziehen sich die Anträge zu den Geschäftszahlen auf den Abschluss nach obligationenrechtlichen Vorgaben. Die SIFEM weist im Berichtsjahr einen Gesamtverlust von -5,8 Millionen Franken aus. Der statutarische Abschluss ist jedoch nicht vergleichbar mit der Rechnung gemäss IFRS, wonach die SIFEM im Jahr 2022 ein Gesamtverlust von -3,4 Millionen Franken erzielt hat.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19. April 2023 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM zuzustimmen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Die Geschäftsführung und das Portfoliomanagement der SIFEM erfolgten bis 31. August 2022 durch Obviam. Die Geschäftsführung wurde am 1. September 2022 von Tameo übernommen. Das Portfoliomanagement wurde aufgrund von Einsparungen im Beschaffungsprozess bis 28. Februar 2023 von Obviam ad interim weitergeführt, ab 1. März 2023 übernimmt dieses die responsAbility Investments AG.

Der Bundesrat hat am 16. Dezember 2022 den Entwurf des Bundesgesetzes über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM mit der zugehörigen Botschaft an das Parlament überwiesen. Der Entwurf sieht vor, die Bestimmungen, die derzeit auf Verordnungsstufe geregelt sind, in einem Gesetz zu verankern. Er führt zu keinen nennenswerten inhaltlichen Änderungen.

Identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51,6 %

Verwaltungsrat: Manfred Bötsch (Präsident), Matthias Schelling (Vize-Präsident), Amandine Baumert, Peter Bosshard, Heinrich Bucher, Andrea Leute (Bundesvertreterin BLW), Katharina Stärk (Bundesvertreterin BLV)

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: T+R AG, Gümligen

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Die Identitas AG hat die Ziele zu den strategischen Schwerpunkten des Bundesrates für die Periode 2019 – 2022 erreicht. Die Bereitschaft für den Krisenfall ist sichergestellt. Das erste Jahr mit der überarbeiteten Verordnungsgrundlage, in der dem Unternehmen die direkte Verantwortung für den Betrieb, den Unterhalt und die Weiterentwicklung verschiedener Systeme des Tierverkehrs übertragen wurden, konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Auch bezüglich der personalpolitischen Ziele kann eine positive Bilanz gezogen werden, wenn auch noch Verbesserungen punkto Diversität in der nächsten Zielperiode erreicht werden müssen. Die Herausforderungen für das Unternehmen liegen im finanziellen Bereich. Das Jahr 2022 schliesst nach Swiss GAAP FER insgesamt mit einem Verlust von 1,0 Million Franken ab (2021: +0,0 Mio.). Die Sparte «Grundauftrag Bund» schliesst wiederum mit einem politisch gewollten Verlust ab (2022: 0,9 Mio.; 2021: 0,8 Mio.), da die Gebühren zwecks Abbaus der Reserven in den Jahren 2018 und 2019 gesenkt wurden. Die Reserven aus der Sparte Grundauftrag Bund liegen nun mit knapp 7 Millionen Franken rund einen Viertel unter dem vom Bundesrat angestrebten Zielwert von maximal 9 Millionen Franken. In den übrigen Sparten betragen die Reserven 5,5 Millionen Franken. Mit der ab 2023 gültigen Verordnungsanpassung werden die Gebühren wiederum erhöht, damit sollen die erforderlichen Eigenmittel gemäss Artikel 65 IdTVD-V stabilisiert und gleichzeitig die Investitionen in die IT-Systeme aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Auch die übrigen Sparten weisen einen Verlust von insgesamt 0,3 Millionen Franken (2021: +1,0 Mio.) auf.

Der Bundesrat erwartet von der Identitas AG diesbezüglich eine hohe Aufmerksamkeit und eine solide Planung.

Die strategischen Ziele der Identitas AG werden vom Bundesrat in einem separaten Geschäft verabschiedet und rückwirkend ab Beginn des Jahres 2023 Gültigkeit haben.

Kennzahlen ¹⁾	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	15,7	16,0
Reingewinn (+) /-verlust(-) (Mio. CHF)	-1,0	0,0
Bilanzsumme (Mio. CHF) ²⁾	30,7	27,0
Eigenkapitalquote in %	41,0	50,4
Personalbestand in Vollzeitstellen ³⁾	93,4	93,4
Anteil Frauen in %	40,5	45,9
Technischer Deckungsgrad PK in % ⁴⁾	106,9	116,1
Reserven (einbehaltene Gewinne alle Sparten) (Mio. CHF)	12,3	13,3
Sparte Grundauftrag Bund		
Spartenergebnis (Mio. CHF) ⁵⁾	-0,9	-0,8
Spartenreserven (Mio. CHF)	6,8	7,5
Sparte Übrige Bund		
Spartenergebnis (Mio. CHF)	-0,2	-0,1
Spartenreserven (Mio. CHF)	-0,8	-0,5
Unternehmensspezifische Kennzahlen		
Umsatz pro FTE (TCHF)	168,2	172,0
Reingewinn pro FTE (TCHF)	-11,2	0,5
Rentabilität des Eigenkapitals in %	-8,3	0,3
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Entschädigung vom Bund (Mio. CHF) ⁶⁾	0,0	7,7
Gebühreneinnahmen Tierverkehr Nutztiere (Mio. CHF) ⁶⁾	7,1	0,0
Kantonale Gebühreneinnahmen Hunderegistration (Mio. CHF)	1,6	1,6

¹⁾ Die Berichterstattung der Identitas AG im Block Kennzahlen wird im vorliegenden Bericht nach Swiss GAAP FER ausgewiesen. Die Anträge an die Aktionärsversammlung basieren auf dem revidierten handelsrechtlichen Abschluss.

²⁾ Treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweiz, Eidgenossenschaft und weiteren Kunden werden ausschliesslich in der Bilanz ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer um 15,8 Millionen Franken (VJ 10,9 Millionen Franken) höheren Bilanzsumme.

³⁾ Jahresdurchschnitt.

⁴⁾ Für 2022: provisorische Deklaration der Vorsorgeeinrichtung.

⁵⁾ Saldo aller Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der durch Gebühren gemäss IdTVD-V finanzierten Leistungen.

⁶⁾ Ab 2022 weist Identitas AG im Umsatz Gebühreneinnahmen gemäss IdTVD-V (SR 916.404.1) aus. Bis 2021 hat der Bund die Identitas AG vertraglich mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und weiteren damit verbundenen Systemen beauftragt und direkt entschädigt. Bis 2021 hat das BLW die Gebühren aus dem Tierverkehr vereinnahmt

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Alle Kennzahlen zum Tierverkehr – der Kernaktivität der Identitas AG – liegen über den geforderten Zielwerten. In einer Studie wurde auch die hohe Datenqualität bestätigt. Die Daten in der Tierverkehrsdatenbank korrespondieren zu den Kontrolldaten der Veterinärämter. Auch wurde die gewünschte Optimierung der Organisation abgeschlossen. Mit der Erweiterung der Geschäftsleitung wird es künftig möglich sein, die privaten Kunden optimaler zu betreuen.

Bereitschaft für den Krisenfall beim Auftreten von Tierseuchen

Die Tierseuchenlage war im Geschäftsjahr stabil. Die bedrohliche Lage bei der Afrikanischen Schweinepest und bei der Vogelgrippe hatten kaum direkten Einfluss auf die Tätigkeit der Identitas AG. Die Schweiz wurde bisher von der ersten Tierseuche verschont und die zweite Tierseuche betrifft eine Tiergattung, die kaum im Fokus der TVD steht. Die geltenden Regeln und Verfahren wurden im Rezertifizierungsprozess bestätigt.

Datenmanagement für den Bund in den Bereichen Tiergesundheit und Tierverkehr, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Stoffflüsse und Rückverfolgbarkeit

Die Datenqualität des in der TVD erfassten Tierverkehrs hat sich auf hohem Niveau weiter verbessert. Auch die Daten der seit kurzem als Einzeltiere erfassten Schafe und Ziegen sind von guter Qualität. Beim geplanten schweizweiten Bekämpfungsprogramm gegen die Moderhinke der Schafe wird auf diese Daten zurückgegriffen. Zudem wird die Nutzung der Tierdaten aus der TVD zur Erfassung der Stoffflüsse im neuen Informationssystem zum Nährstoffmanagement intensiv studiert (vgl. Pa. Iv. 19.475).

Die Vorbereitungen für die detailliertere Erfassung des Tierverkehrs bei Schweinen wurden mit einer Studie und Branchengesprächen weitergetrieben.

Dienstleistungen für Dritte

40 Prozent des Umsatzes wurden mit gewerblichen Dienstleistungen für Kunden ausserhalb des Bundes generiert: Davon entfallen rund 10 Prozent auf Dienstleistungen für die Kantone (insbesondere Hundedatenbank Amicus); die verbleibenden 30 Prozent auf IT-Dienstleistungen für Produzentenverbände, Vermarktungsorganisationen von tierischen Produkten und Dienstleistungen für Verwaltungen im gewerblichen Auftrag. Der Umsatzanteil mit Privaten ist über die Jahre stabil.

Wettbewerbsfähigkeit mit nachhaltigen und ethischen Grundsätzen

Die Unternehmung ist nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert und geführt. Dank der Rechnungslegung nach Sparten ist die Transparenz gewährleis-

tet, es finden keine Quersubventionierungen statt. Die Unternehmung hat den Wertekanon im Personalreglement hinterlegt und achtet darauf, dass diese Werte im operativen Alltag gelebt werden. Die Identitas AG bearbeitet den Markt mit langfristiger Perspektive und achtet auf die Gleichbehandlung aller Kunden sowie eine hohe Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit.

Unterstützung der öffentlichen Institutionen und der Privaten mit qualitativ hochstehenden Dienstleistungen zur Reduktion des administrativen Aufwands

Die jederzeit frei zugängliche Tierstatistik ermöglicht Interessierten die einfache Beschaffung von wissenschaftlich aufbereiteten Daten zu Tieren in der Schweiz. Die frei verfügbaren Datensätze wurden im Jahr 2022 nochmals erweitert. Selbst oder mit Partnern entwickelt Identitas AG mobile Applikationen, welche für die Tierhalter die Erledigung der Meldepflichten vereinfachen, und kontextbezogene Informationen bereitstellen. Die Ausweitung der automatisierten GVE-Berechnungen auf Schafe und Ziegen wird eine Erleichterung der Nachweispflichten bieten. Projekte zum Einsatz intelligenter Ohrmarken klären die Möglichkeit zur Automatisierung des Auslaufjournals für Rinder und allenfalls weiterer Vereinfachungen.

Unternehmensstrategie

Die Unternehmensstrategie wurde nach Konsultationen des Eigners und der Minderheitsaktionäre, die ihre Vorstellungen in einer Beteiligungsstrategie formuliert haben, finalisiert. Die Kerndienstleistungen, die Schlüsselprozesse, die Zielmärkte und die Unternehmenswerte werden beschrieben und in Zusammenhang gebracht. Verschiedene Teilstrategien beleuchten Aspekte der Unternehmensführung.

Die strategischen Ziele der Identitas AG werden vom Bundesrat in einem separaten Geschäft verabschiedet und rückwirkend ab Beginn des Jahres 2023 Gültigkeit haben.

Angemessenes Risikomanagement

Der Verwaltungsrat hat im Rahmen der ordentlichen Führungsprozesse die Risiken geprüft, teilweise neu beurteilt und Massnahmen beschlossen. Die Risikoexposition ist im Vergleich zu den Vorjahren unverändert.

2. Finanzielle Ziele

Organisation, Mitteleinsatz und Preisgestaltung erfolgen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen

Die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER und die Gliederung der Rechnung nach Sparten zeigen, dass Organisation, Mitteleinsatz und Preisgestaltung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen. Die Gliederung nach Sparten erlaubt die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Sparten.

Die Sparte «Grundauftrag Bund» (51 % des Umsatzes) umfasst sämtliche Aufgaben der Identitas AG gemäss der

Verordnung zur Identitas AG und der Tierverkehrsdatenbank (IdTVD-V). Sie wird vollständig durch Gebühren finanziert. Zwecks Reserveabbau hat der Bundesrat per 2018 und 2019 die Gebühren gesenkt. Die Sparte weist daher auch im Berichtsjahr einen Verlust von 0,9 Millionen Franken aus.

Die für den Bund erbrachten gewerblichen Dienstleistungen (u.a. Support Agate, Ausrichtung der Entsorgungsbeiträge, Inkasso Schlachtabgabe und Betrieb von Systemen des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen) werden dem Bund verrechnet (2022: 1,4 Mio.) und in der separaten Sparte «Übrige Bund» erfasst. Diese weist einen Verlust von 0,2 Millionen Franken aus.

In der Sparte «Grundauftrag Kantone» (Führen der Hundedatenbank im Auftrag der Kantone) wurde ein Verlust von 0,1 Millionen Franken erwirtschaftet, der aus den Gewinnreserven dieser Sparte gedeckt werden konnte.

Die Sparte «Übrige» mit allen übrigen Leistungen der Identitas AG am Markt hat ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Die Eigenfinanzierung der Identitas AG liegt bei 41 %, wobei 91 % des ausgewiesenen Fremdkapitals aus treuhänderischen Verpflichtungen stammt, die durch Aktiven ausgeglichen werden.

Das Unternehmen schliesst das Jahr 2022 mit einem erwarteten Verlust von 1,0 Millionen Franken ab. Der Verwaltungsrat beantragt, auf eine Dividende zu verzichten.

Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung der Tierverkehrsdatenbank werden durch die vom Bundesrat festgelegten Gebühren vollständig gedeckt, ohne dass dabei längerfristige nichtbetriebsnotwendige Reserven geäuft werden

Die Gewinnreserve der Sparte «Grundauftrag Bund» mit einer Obergrenze von 9 Millionen Franken (Art. 65 Abs. 3 IdTVD-V) bemisst sich am Finanzierungsbedarf der Aufgaben gemäss IdTVD-V. Die Gebührensenkungen in den Jahren 2018 und 2019 haben dazu geführt, dass die Gewinnreserve dieser Sparte von 11,4 Millionen per Ende 2018 auf 6,8 Millionen per Ende 2022 zurückgegangen ist. Die Gebühren des Tierverkehrs zur angemessenen Finanzierung der Aufgaben der Identitas AG im Tierverkehr werden per 1.1.2023 erhöht und sollten künftig wieder ausgeglichene Resultate erlauben.

Die Arbeiten für die modulweise Erneuerung der Tierverkehrsdatenbank und weiterer Anpassungen an Applikationen des Tierverkehrs wurden weitergeführt. Es sind in diesem Zusammenhang im Berichtsjahr Kosten von 1,5 Millionen Franken entstanden.

Bildung von notwendigen Reserven bevor Dividenden ausgerichtet werden und Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln

Im Rahmen der Revision des Tierseuchengesetzes wurde die Bildung einer angemessenen Liquiditätsreserve zum Erhalt der Betriebsfähigkeit im Fall einer Krise evaluiert.

Ausgehend vom Szenario einer zweimonatigen schweizweiten Rinderseuche wurde ein minimaler Liquiditätsbedarf von 1,2 Millionen Franken ermittelt. Hinzu kommen Reserven für die Sicherstellung des operativen Betriebs (Art. 65 Abs. 2 IdTVD-V). Das Vorhalten dieser Reserve fand Eingang in die neue IdTVD-V, gemäss welcher die gesamte betriebsnotwendige Gewinnreserve der Sparte gemäss Art. 65 Abs. 3 IdTVD-V maximal 9 Millionen Franken betragen darf.

Die notwendigen Investitionen wurden getätigt und konnten aus eigenen Mitteln finanziert werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Vorausschauende, sozial verantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik mit attraktiven Arbeitsbedingungen für alle Altersgruppen

Den besonderen Bedingungen des Homeoffice wurde mit angepasster Führung und Kommunikation Rechnung getragen. Organisatorische Anpassungen wurden mit starker Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzipiert. Identitas AG unterstützt die berufliche Weiterbildung der Mitarbeitenden grosszügig. In einer Befragung der Mitarbeitenden mit hoher Beteiligung (82 %) wurden die Führung, die Kommunikation sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben positiv beurteilt. Kritisch sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeitsorganisation und die steigende Belastung.

Vorgaben des Bundesrates zur Steuerung der Vergütungen des obersten Kadern sind in den Statuten verankert.

Die von der Aktionärsversammlung freigegebenen, maximalen Gesamtvergütungen für Verwaltungsrat und Geschäftsleitung im Geschäftsjahr 2022 werden eingehalten. Der Nachweis wird in der revidierten Jahresrechnung erbracht.

Die zusätzlichen Mandate der Verwaltungsräte und der Geschäftsleitung wurde erhoben, geprüft und ihre Vereinbarkeit mit der Funktion im Unternehmen abgewogen. Keines der externen Mandate zeigte einen Interessenkonflikt. Die Mandate sind zu jeder Person einzeln auf der Webseite publiziert.

Erhöhung des Frauenanteils im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung und angemessene Vertretung der Landessprachen im Kader

Mit einer Mutation im Verwaltungsrat nimmt neu auch eine französischsprachige Verwaltungsrätin im Gremium Einsitz. Die neue Sprachenverteilung im Verwaltungsrat sieht wie folgt aus: 86 Prozent Deutsch, 14 Prozent Französisch. Der Frauenanteil liegt unverändert bei 43 Prozent.

Der Frauenanteil in der Geschäftsleitung bleibt ebenfalls unverändert bei 25 Prozent. In der Gesamtbelegschaft beläuft sich der Frauenanteil auf 41 Prozent (Vorjahr 46 %). Im obersten Kader sind die Sprachminderheiten (Französisch, Italienisch und Rätoromanisch) nicht vertreten.

Zur Verfügungsstellung geeigneter Ausbildungsstellen

Identitas AG bildet fünf Lernende aus (4 Informatiker, 1 KV) und bietet eine Praktikumsstelle im kaufmännischen Bereich für Personen mit einer Einschränkung an. Eine weitere Person mit Handicap ist festangestellt. Das gesetzte Ziel ist damit erreicht.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Identitas AG hält an der Barto AG unverändert eine Beteiligung von 23,8 Prozent.

B. Bericht der Revisionsstelle

Jahresrechnung nach Handelsrecht

Nach Beurteilung der Revisionsstelle entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2022 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER

Beim Review sind die Wirtschaftsprüfer auf keine Sachverhalte gestossen, aus denen sie schliessen müssten, dass die Jahresrechnung ein nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Anträge des Verwaltungsrats an die ordentliche Aktionärsversammlung (AV) vom 25. Mai 2023:

- Genehmigung des Jahresberichts 2022
- Genehmigung der Jahresrechnung 2022 nach Handelsrecht inklusive Bericht der Revisionsstelle
- Verwendung des Bilanzgewinns 2022 nach Handelsrecht (TCHF):

- Gewinnvortrag aus dem Jahr 2021	5 238
- Jahresverlust nach Handelsrecht	-228
- Bilanzgewinn zur Verfügung der GV	5 010
- Dividende 0 %	0
- Vortrag auf die neue Rechnung 2023	5 010
- Kenntnisnahme finanzielle Berichterstattung mit Jahresrechnung nach Swiss GAAP FER 2022 inklusive Bilanz, Erfolgsrechnung mit Jahresverlust von 1,0 Million Franken und Bericht des Wirtschaftsprüfers
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
- Festlegung der Obergrenze der Gesamtvergütung für Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte (Honorar, Nebenleistungen, Arbeitgeberbeiträge an die obligatorischen Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) und die Geschäftsleitung (Entlöhnung, Nebenleistun-

gen, Arbeitgeberbeiträge an die obligatorischen Sozialversicherungen und berufliche Vorsorge) für das Jahr 2024:

- 40 400 CHF für den Verwaltungsratspräsidenten
- 50 600 CHF für die übrigen Verwaltungsräte (exkl. Verwaltungsratspräsident sowie Bundesvertreterinnen)
- 0 CHF für die Bundesvertreterinnen
- 15 000 CHF für die Beiräte
- 1 380 000 CHF für die Geschäftsleitung (inkl. Vorsitz der Geschäftsleitung).

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 26. April 2023 das WBF ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der Identitas AG vom 25. Mai 2023 zuzustimmen.

Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung)

Internet: www.innosuisse.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: André Kudelski (Präsident), Luciana

Vaccaro (Vizepräsidentin), Edouard Bugnion, Thierry

Calame, Trudi Haemmerli, Marco Illy, Nicola Thibaudeau

Direktorin: Annalise Eggimann

Ext. Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Innosuisse ist die Agentur des Bundes zur Förderung wissenschaftsbasierter Innovation im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

Aus Sicht des Bundesrates hat die Innosuisse ihre strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2022 insgesamt gut erreicht. Besonders hervorzuheben ist das Engagement, mit dem sie die Unternehmen während der Corona-Pandemie und aufgrund der Nicht-Assoziierung an Horizon Europe – zusätzlich zu ihren ordentlichen Tätigkeiten in den Bereichen Projektförderung, Unternehmertum und Start-ups sowie Wissens- und Technologietransfer (WTT) – unterstützt hat.

Das auf zwei Jahre befristete Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz» lief 2022 aus. Mit insgesamt 327 Innovationsprojekten und 148,6 Millionen wurden weniger Projekte gefördert und Mittel ausbezahlt als vom Bundesrat anvisiert (475 bzw. 226 Mio.). Aus Sicht des Bundesrats war das Programm trotzdem erfolgreich. Ob das Programm zur Bewältigung des Strukturwandels beigetragen hat, wird noch evaluiert.

Für die Innovationsförderung insgesamt hat Innosuisse 268,3 Millionen aufgewendet und 245,4 Millionen zugesichert. 102,9 Millionen respektive 38,4 Prozent davon flossen in die klassische Projektförderung. Die Bewilligungsquote lag bei 45 Prozent (2021: 51 %).

Im Bereich Unternehmertum und Start-ups ist die Nachfrage nach mehreren Jahren mit sehr hoher Nachfrage zurückgegangen. Ein starker Nachfrageschub gab es bei den Instrumenten mit Fokus auf die Internationalisierung.

Der Bereich WTT entwickelt sich quantitativ wie qualitativ sehr gut. 88 Prozent der Teilnehmenden sind mit den WTT-Angeboten zufrieden bis sehr zufrieden.

Der Funktionsaufwand betrug 20,8 Millionen (ohne die operativen Aufwände für Übergangsmassnahmen aufgrund der Nicht-Assoziierung an Horizon Europe) und damit 7,2 % des ordentlichen Bundesbeitrags für 2022 (Zielvorgabe des Bundesrates: 8 %).

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Ertrag (Mio. CHF)	304,3	286,3
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	303,9¹	286
Fördermittel (Mio. CHF)	268,3	271,5
Funktionskosten (Mio. CHF)	23,5	20,6
Mietbeitrag (Mio. CHF)	0,6	0,6
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	12,5	-5,8
Gewinn- / Verlustvortrag (Mio. CHF)	3,4	4,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	43,2	22,1
Eigenkapitalquote (in %)	44	24,4
Technischer Deckungsgrad PK in %	95,5	107,3
Ökonomischer Deckungsgrad PK in %	94	93,7
Personalbestand (Vollzeitstellen, ohne Praktikanten und Lernende)	80,9	69,7
Unternehmens-/Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Innovationsprojekte (Anzahl bewilligte Gesuche (inkl. Impulsprogramm))	374	438
Impulsprogramm (Anzahl bewilligte Gesuche)	149	178
Bewilligungsquote (Prozent)	45	51
Anzahl der an internationalen Fördermassnahmen beteiligten Unternehmen	84	62
Start-up-Coachings (Anzahl Start-ups im Coaching)	496	543
Unternehmertum (Anzahl Kurs-Teilnehmende)	5 156	5 476
Innovation Booster (Anzahl bewilligte Innovationsprojekte via Innovation Booster)	26	25
Mentoring (Anzahl bewilligte Innovationsprojekte via Mentoring)	122	138

¹ inkl. Beitrag für Übergangsmassnahmen Horizon von 13,5 Mio.

A. Zielerreichung 2022

1. Strategische Schwerpunkte

Projektförderung

Mit 896 eingereichten Gesuchen verzeichnete Innosuisse 2022 wiederum eine leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr (887). 25 Prozent der Projekte sind dank eines Innovationschecks (Beitrag für eine Vorstudie) entstanden. Da der Innovationscheck oftmals eine Vorstufe zu einem Innovationsprojektgesuch bildet, ist dieses Ergebnis sehr erfreulich.

Für die Innovationsförderung insgesamt hat Innosuisse 268,3 Millionen aufgewendet und 245,4 Millionen zugesichert (Zusprachen). Für die Förderung von Innovationsprojekten im weiteren Sinne (Projekte mit und ohne Umsetzungspartner, Impulsprogramm, internationale Projekte, Flagship-Projekte, Projekte im Rahmen von BRIDGE, Innovationscheck, Overhead, themenorientierte Förderprogramme) wurden insgesamt 247,1 Millionen eingesetzt respektive 231,7 Millionen zugesichert. Für die klassische Projektförderung (thematisch neutral, bottom-up, Kooperation von Umsetzungs- und Forschungspartnern in der Schweiz) wurden 102,9 Millionen respektive 38,4 Prozent der insgesamt verfügbaren Fördermittel eingesetzt. Die Bewilligungsquote lag bei 45 Prozent (2021: 51 %).

Für Übergangsmassnahmen aufgrund der Nicht-Assoziierung der Schweiz am Horizon-Europe-Programm der EU konnte eine zweite Ausschreibung der Flagship Initiative gestartet werden. Bis Ende Januar 2023 werden Projektgesuche zum Themenbereich «Disruptive Lösungen für die Transition zu einer Netto-Null-Welt» erwartet.

Das gemeinsame Förderprogramm BRIDGE von Innosuisse und dem Schweizerischen Nationalfonds SNF wurde 2022 fortgesetzt. Parallel haben die beiden Institutionen das Förderportfolio analysiert, um das Ineinandergreifen der verschiedenen Förderinstrumente von der Grundlagenforschung bis zur Umsetzung aufzuzeigen. Zudem wurde eine externe Evaluation durchgeführt, deren Ergebnisse gegenwärtig analysiert werden.

Um die Wirkung der eingesetzten Fördermittel zu messen, führt Innosuisse seit Anfang 2021 ein systematisches Wirkungsmonitoring bei allen abgeschlossenen Innovationsprojekten durch. Demnach beurteilen 60 Prozent aller beteiligten Unternehmen den wirtschaftlichen Nutzen des Innovationsprojekts als hoch oder eher hoch, 38 Prozent als hoch. Damit konnte der Zielwert eines «hohen Nutzens» nicht erreicht werden (38 % statt 50 %). Allerdings rapportieren 66 Prozent der KMU als Umsetzungspartner drei Jahre nach Projektabschluss positive wirtschaftliche Impacts im Sinne von Umsatzsteigerung, Beschäftigungswachstum oder F&E-Ausgaben. Zudem sind 79 Prozent der beteiligten Firmen mit der Projektförderung der Innosuisse zufrieden bis sehr zufrieden.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung insgesamt gut. Er begrüsst das etablierte Wirkungsmonitoring und erwartet, dass die Ergebnisse in Bezug auf den wirtschaftlichen Nutzen weiterhin sorgfältig analysiert und gegebenenfalls Massnahmen ergriffen werden.

Unternehmertum und Start-ups

Nach mehreren Jahren mit sehr hoher Nachfrage – selbst in der Pandemiezeit – sind die Gesuchszahlen 2022 beim Coaching mit 411 Bewerbungen zurückgegangen (2021: 474). Auch die Anzahl Star-ups in einem Coaching ging leicht zurück (2022: 496, 2021: 543). Ein starker Nachfrageschub gab es bei den Instrumenten mit Fokus auf die Internationalisierung. Bei den Internationalisierungscamps resultiert mit 101 Gesuchen fast eine Verdoppelung (2021: 58). Auch die Anzahl Messeauftritte von Schweizer Start-ups konnte von 94 im Vorjahr auf 148 gesteigert werden. 249 Start-ups nahmen an internationalen Camps oder Messen teil (2021: 152).

Nach Aufhebung der Corona-Massnahmen wurden die Sensibilisierungs- und Schulungsprogramme zur Gründung und Führung von Unternehmen wieder vermehrt physisch durchgeführt. Insgesamt nahmen 2022 in der ganzen Schweiz 5156 Personen an einer der Veranstaltungen teil (2021: 5476). Der Frauenanteil über alle Module hinweg betrug 45 Prozent.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung insgesamt gut bis sehr gut.

Wissens- und Technologietransfer (WTT)

Innosuisse lancierte 2021 mehrjährige thematische Veranstaltungs- und Workshopreihen zu Themen wie Nachhaltigkeit, alternative Energieerzeugung, künstliche Intelligenz, personalisierte Medizin und Digitalisierung. Wie 2021 nahmen auch 2022 wiederum mehr als 3000 Personen an den Veranstaltungen teil.

Eine weitere Vernetzungsmassnahme sind die Innovation Booster. Zu den bereits bestehenden 12 Innovation Boosters aus dem Jahr 2021 kamen 2022 sechs weitere dazu, die Themen wie kreislauforientierte Bauwirtschaft, digitales Gesundheitswesen, partizipative Entwicklung sozialer Dienste, Robotik oder smarte Städte abdecken. Die von den Innovation Boosters organisierten Veranstaltungen zogen 5300 Unternehmen an (Anzahl 2021: 5547).

Insgesamt wurden rund 551 KMUs durch Innovationsmentorinnen und Innovationsmentoren unterstützt (2021: 508), was zu rund 284 Gesuchen für nationale oder internationale Innovationsprojekte führte (2021: 300). 88 Prozent der Teilnehmenden sind mit den WTT-Angeboten zufrieden bis sehr zufrieden.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung sehr gut.

Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz»

Damit Unternehmen trotz Corona-Krise ihre Innovationsaktivitäten aufrechterhalten und den beschleunigten Strukturwandel bewältigen können, hat Innosuisse im Auftrag des Bundesrates 2021 und 2022 ein Impulsprogramm mit erleichterten Förderbedingungen für Innovationsprojekte lanciert (Reduktion Eigenleistungen, Verzicht Cash-Beitrag). Insgesamt wurden 327 Impulsprojekte im Umfang von 148,6 Millionen unterstützt. Die für die zweijährige Dauer des Impulsprogramms vorgesehenen Mittel von 226 Millionen wurden nicht ausgeschöpft. Die nicht verwendeten Mittel wurden für die ordentliche Projektförderung eingesetzt, wo die Nachfrage über den Erwartungen lag.

Das Impulsprogramm war aus Sicht des Bundesrats trotzdem ein Erfolg. So kam es Corona-Krise nicht zum befürchteten Einbruch bei den Fördergesuchen; die Anzahl Unternehmen (resp. Umsetzungspartner) in Innovationsprojekten stieg sogar an. Ob das zweite Ziel – Unterstützung bei der Bewältigung des Strukturwandels – erreicht werden konnte, wird in der geplanten Wirkungsanalyse zu untersuchen sein.

Förderung hochqualifizierter Personen

Innosuisse verfügt über die rechtlichen Grundlagen, um per 1.1.2023 hochqualifizierte Personen fördern zu können. Der Verwaltungsrat der Innosuisse hat die Lancierung dieses Förderinstruments zugunsten der Übergangsmassnahmen Horizon Europe (insb. Swiss Accelerator) zurückgestellt.

Der Bundesrat begrüsst die hohe Priorisierung des Swiss Accelerators durch Innosuisse.

2. Kooperationen und Beteiligungen

Nationale Zusammenarbeit

Unternehmen sollen die für sie beste Unterstützungsmöglichkeit finden, unabhängig davon, an welche Stelle im nationalen Innovationssystem sie sich zuerst wenden («No wrong Door»-Grundsatz).

Die Innosuisse hat unter anderem in ihrer Geschäftsstelle neu Kontaktpersonen für die verschiedenen Regionalen Innovationssysteme (RIS) bezeichnet, um den Austausch zu erleichtern. Zudem führt sie zusammen mit dem für die RIS zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft SECO und der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz VDK jährlich eine Innovationstagung durch, an der 2022 18 Kantone vertreten waren.

Auf die Umfrage zur Überprüfung der Zielerreichung in Bezug auf den «No wrong Door»-Grundsatz aus der Perspektive der Unternehmen wurde 2022 verzichtet. Auf 2024 hin soll mit dem für die Regionalen Innovationssysteme RIS zuständigen SECO sowie den relevanten Akteuren (z.B. Wirtschaftsverbände) ein methodischer Ansatz zur Überprüfung der Zielerreichung entwickelt werden.

Der Bundesrat begrüsst einen gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz, erwartet aber noch in der laufenden Periode erste Resultate.

Internationale Zusammenarbeit

Aufgrund der Nicht-Assoziierung an Horizon-Europe gibt es Einschränkungen in der internationalen Zusammenarbeit von Innosuisse. In enger Zusammenarbeit mit dem SBFI und dem Departement setzt Innosuisse gewisse Übergangsmassnahmen um. Unter anderem hat der Bundesrat Innosuisse beauftragt, den Swiss Accelerator zu lancieren, um den Ausschluss aus dem im Innovationsbereich wichtigen EIC Accelerator Programm für die betroffenen Schweizer Start-ups und KMUs abzumildern. In Anlehnung an den EIC Accelerator werden auch beim Swiss Accelerator Innovationsprojekte von Start-ups und KMUs mit bedeutendem Innovationspotenzial direkt gefördert. Im Rahmen der 1. Ausschreibung im Frühjahr 2022 gingen rund 750 Gesuche ein. Nach der Evaluation hat Innosuisse 129 Schweizer Start-ups und KMUs eingeladen, im nächsten Schritt ein vollständiges Gesuch für ihr Innovationsprojekt einzureichen.

Dank dem grossen Engagement von Innosuisse in der Phase der Nicht-Assoziierung an Horizon Europe stehen den Schweizer Unternehmen trotz allem attraktive Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung. Allerdings können aufgrund des grossen Prüfungsaufwands Zahlungen entgegen der Planung erst 2023 ausgelöst werden.

3. Unternehmensbezogene Ziele

Systematische Bedürfnis- und Wirkungsorientierung

Innosuisse hat mit der Lancierung und Umsetzung des Impulsprogramms und der Übergangsmassnahmen ihr rasches Reaktionsvermögen auf die veränderten Rahmenbedingungen unter Beweis gestellt.

Seit 2021 führt Innosuisse ein Wirkungsmonitoring bei den Innovationsprojekten durch, das im Geschäftsjahr mit einem Monitoring zum Start-up-Coaching ergänzt wurde. Zur Überprüfung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzens für die Schweiz führt die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) im Auftrag der Innosuisse ergänzend eine spezifische Erhebung bei der Förderkundschaft von Innosuisse durch. Ergänzt werden die Monitoring-Arbeiten mit gezielten Wirkungsstudien, wobei im Geschäftsjahr das Förderprogramm Energie 2013-2020, das Start-up Training Programm sowie das gemeinsam mit dem SNF lancierte Programm BRIDGE evaluiert wurden. Im Gang ist zudem eine weitere gemeinsame Wirkungsstudie mit dem SNF bezüglich der Beiträge aus der Forschungs- und Innovationsförderung zur Entstehung und Entwicklung von Start-ups in der Schweiz.

Betriebsmanagement

Die Innosuisse verfügt über die vom Bundesrat geforderten Managementsysteme (Risikomanagement, Compliance-

Management, Betriebskontinuitätsmanagement). Mindestens einmal jährlich erfolgt ein Austausch mit dem Departement zu den entsprechenden Themen.

Aus Sicht des Bundesrates sind die unternehmensbezogenen Ziele erfüllt.

4. Finanzielle Ziele

Innosuisse überprüft den wirtschaftlichen und wirksamen Mitteleinsatz durch ihr Wirkungsmonitoring und Wirkungsstudien. In Bezug auf die Betriebsaufwände (Funktionskosten) findet eine kontinuierliche Überwachung der Kostenentwicklung und Produktivität statt. Im Sinne einer Massnahme zur Kostenreduktion erfolgt gegenwärtig die Einführung der neuen IT-Fachanwendung für die Gesuchseingabe und -abwicklung.

Innosuisse hat für die Erfüllung ihrer Förderaufgaben 2022 289,7 Millionen erhalten. Für Übergangsmassnahmen wurden Innosuisse zusätzlich 13,5 Millionen ausbezahlt. Damit wurden einerseits die Ausgaben für den Aufbau des Swiss Accelerator gedeckt (CHF 2,7 Mio.). Andererseits konnten bestehende Instrumente (Flagship Initiative und Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz») gestärkt werden.

Die Funktionskosten betragen im Geschäftsjahr 23,5 Millionen (inkl. Aufbau Swiss Accelerator). Bereinigt um die Zusatzkosten betragen die Funktionskosten 20,8 Millionen respektive 7,2 Prozent des Bundesbeitrags (Zielvorgabe über die Gesamtperiode maximal 8 %).

2022 resultiert in der Erfolgsrechnung ein Gewinn in Höhe von 12,5 Millionen (2021: Verlust von CHF 5,8 Mio.). Nach Zuweisung des Gewinnvortrags betragen die freien Reserven 15,8 Millionen.

Aus Sicht des Bundesrates ist Innosuisse in Bezug auf die finanziellen Ziele gut auf Kurs.

5. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Innosuisse stützt ihre Fördertätigkeit auf einen Pool von 300 Expertinnen und Experten. Deren Anzahl musste insbesondere mit Blick auf den Evaluationsaufwand für die eingereichten Swiss Accelerator Projekte erhöht werden. Auch der Innovationsrat wurde auf die maximal erlaubte Mitgliederzahl von 25 Personen aufgestockt. Ferner hat der Bundesrat am 9.12.2022 Aude Pugin und Sergio Ermotti als Ersatz für die beiden vorzeitig austretenden Mitglieder, Nicola Thibaudeau und Thierry Calame, per 1.1.2023 in den Verwaltungsrat gewählt. Schliesslich hat Luciana Vaccaro, Vizepräsidentin Innosuisse, aufgrund ihrer neuen Funktion als Präsidentin von swissuniversities, per Ende Januar 2023 ihren Rücktritt bekannt gegeben.

In der Geschäftsstelle der Innosuisse sind per Ende 2022 96 Personen im Umfang von 80,9 Vollzeitstellen tätig (2021: 84 Personen resp. 69,7 FTE; jeweils ohne Praktikanten und Lernende). Der Anteil Mitarbeitenden mit Erstsprache Französisch und Italienisch liegt gegenwärtig noch unter den

Zielwerten (Französisch: 2022: 17%, 2021: 19%, Soll-Wert: 21,5-23,5%), Italienisch: 2022 und 2021: 5%, Soll-Wert: 6,5-8,5%). Auch beschäftigt Innosuisse bisher keine Menschen mit Behinderungen, wobei verschiedene konkrete Massnahmen ergriffen wurden. Innosuisse bildet zwei Lernende im kaufmännischen Bereich (EFZ) aus und wurde 2022 offiziell als Lehrbetrieb zertifiziert. Weiter wurden neun Hochschulpraktikanten während zwei bis zwölf Monaten angestellt.

Aus Sicht des Bundesrates ist der Stand der Zielerreichung gut.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2022 geprüft und empfiehlt mit Bericht vom 24. Februar 2023 diese zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat der Innosuisse beantragt dem Bundesrat, den Geschäftsbericht (bestehend aus Jahresrechnung und Lagebericht) zu genehmigen und den Gewinn von 12,5 Millionen den freien Reserven zuzuweisen. Zudem stellt er Antrag auf Entlastung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 19.4.2023 vom Bericht des Verwaltungsrats der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele des Bundesrates im Geschäftsjahr 2022 Kenntnis genommen, den Geschäftsbericht der Innosuisse unter Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle der Innosuisse (EFK) genehmigt und den Mitgliedern des Verwaltungsrats der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt. Zudem hat er beschlossen, den Bilanzgewinn per 31.12.2022 von 12,5 Millionen den freien Reserven zuzuweisen.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI

Internet: www.ensi.ch

Sitz: Brugg

Rechtsform: Anstalt des Bundes

ENSI-Rat: Andreas Abegg (Präsident), Cornelia Spitzer (Vizepräsidentin), Paul Bossart (seit 01.04.2022), Oskar Grözinger, Rafael Macián-Juan, Lisa Martinenghi, Catherine Pralong Fauchère

Direktor: Marc Kenzelmann

Ext. Revisionsstelle: PricewaterhouseCoopers AG

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Das ENSI ist zuständig für die Aufsicht über die nukleare Sicherheit und Sicherung der Schweizer Kernanlagen. Es erfüllt diese Aufgabe selbstständig und unabhängig. Der ENSI-Rat gibt als strategisches und internes Aufsichtsorgan die strategischen Ziele in einem Leistungsauftrag für jeweils vier Jahre vor. In jährlichen Leistungsvereinbarungen werden diese Ziele präzisiert. Nach Beurteilung des ENSI-Rates im Rahmen des vorliegenden Tätigkeits- und Geschäftsberichts (TGB) hat das ENSI die für das Jahr 2022 gesetzten Ziele mehrheitlich erreicht.

Das ENSI nahm seine Aufsichtspflichten – trotz der im Berichtsjahr anfangs noch herrschenden Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie – umfassend und angemessen wahr. Dies gilt sowohl für die Aufsicht über den Normalbetrieb der Werke als auch in Bezug auf die Jahresrevisionen sowie Umbau- und Nachrüstprojekte. Überdies hat das ENSI die korrekte Umsetzung der Rückbaumassnahmen des Kernkraftwerks Mühleberg sicherheitsgerichtet begleitet und überprüft.

Nach Bekanntgabe des Standortvorschlags für das geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle und die Brennelementverpackungsanlage bereitet sich das ENSI derzeit intensiv auf die Prüfung der Rahmenbewilligungsgesuche vor, die voraussichtlich im Jahr 2024 eingereicht werden.

Mit einer neuen Kommunikationsstrategie positioniert sich das ENSI mit Fokus auf die unterschiedlichen Dialoggruppen noch stärker als Kompetenzzentrum für nukleare Sicherheit und Sicherung in der Schweiz.

Das ENSI erzielte ein positives Betriebsergebnis und verfügte über ausreichende finanzielle Reserven. Es erbrachte seine Leistungen auf wirtschaftliche Weise.

Das ENSI stellt fest, dass die Schweizer Kernanlagen im Jahr 2022 die bewilligten Betriebsbedingungen einhielten. Der ENSI-Rat kommt seinerseits zum Schluss, dass das ENSI im Jahr 2022 aufgrund seiner systematischen und wirksamen Aufsicht einen wichtigen Beitrag zu dem im internationalen Vergleich hohen Sicherheitsniveau der Schweizer Kernanlagen geleistet hat.

Der Bundesrat ist, gestützt auf den TGB des ENSI-Rates und auf die unabhängige Expertenmeinung der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit KNS, zum Schluss gelangt, dass das ENSI im Jahr 2022 seinen gesetzlichen Auftrag auf unabhängige und kompetente Weise erfüllt hat.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	60,3	64,8
Reingewinn (Mio. CHF)	4,3	5,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	50,4	47,4
Eigenkapitalquote in % ¹⁾	85,8	58,4
Personalbestand (Vollzeitstellen) ²⁾	145,3	144,4

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Inspektionen in Kernanlagen	499	511
Radioaktivitätsmessungen	166	167
Wissenschaftliche Publikationen	24	12
Kostendeckungsgrad in %	103,6	105,5
Gemeinkostenanteil in % ³⁾	24,8	27,2
Technischer Deckungsgrad PUBLICA in %	98,2	109,6
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA in %	96,3	95

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2,4	2,3
Gebühren (Mio. CHF)	57,9	62,5

¹⁾ Als Folge der Veränderung der Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen resultiert im Jahr 2022 ein Eigenkapital von 43.2 Millionen Franken (Vorjahr: 27,7 Millionen).

²⁾ Im Jahresdurchschnitt

³⁾ Anteil der internen Stunden im Verhältnis zu den geleisteten Stunden

A. Zielerreichung 2022¹

1. Strategische Schwerpunkte des Leistungsauftrags 2020 – 2023

Das ENSI wacht darüber, dass sich die Sicherheit in den schweizerischen Kernanlagen auch während des Langzeitbetriebs auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau bewegt.

Im Berichtsjahr überwachte das ENSI den Betrieb der Schweizer Kernanlagen mit 499 Inspektionen (Vorjahr: 511). 458 Inspektionen davon betrafen die Kernkraftwerke. Die Anzahl der meldepflichtigen Vorkommnisse, die für die nukleare Sicherheit relevant sind, liegt mit 30 im Durchschnitt seit Einführung der Richtlinie ENSI-B03 im Jahr 2009. Alle im Berichtsjahr aufgetretenen meldepflichtigen Vorkommnisse sind nach den bisherigen Überprüfungen und Auswertungen der Stufe 0 der Internationalen Ereignisskala INES (unterhalb der Skala) zuzuordnen und besitzen damit allenfalls eine geringe sicherheitstechnische Bedeutung.

In allen Kernanlagen wurden im Berichtsjahr zahlreiche, teils sehr aufwändige Projekte zur Erhaltung und Verbesserung der Anlagensicherheit durchgeführt. Für das ENSI machte dies umfangreiche Begutachtungen, Freigaben und im Anschluss daran aufsichtliche Überwachungen erforderlich. Im Berichtsjahr wurde den bewilligten Betriebsbedingungen der Schweizer Kernanlagen jederzeit entsprochen. Während der Pandemie hat das ENSI regelmässig geprüft, dass die Kernkraftwerke die Vorgaben zur Mindestpräsenz und zum Mindestbestand des Personals einhielten.

Die Abgaben radioaktiver Stoffe an die Umwelt via Abwasser und Abluft aus den Kernanlagen in der Schweiz lagen 2022 weit unter den zulässigen Werten. Die durch den Betrieb der Kernanlagen zusätzlich verursachte Dosis für die Bevölkerung in der Umgebung von Kernanlagen blieb auch im Berichtsjahr auf einem sehr tiefen Niveau. Das ENSI hat im Jahr 2022 keine unerlaubten Abgaben radioaktiver Stoffe aus den Anlagen festgestellt.

Beim beruflich strahlenexponierten Personal bewegte sich die mittlere Individualdosis im Berichtsjahr mit 0.5 Millisievert (mSv) im tiefen Bereich. Zum Vergleich: Die mittlere jährliche Strahlendosis der Schweizer Bevölkerung beträgt rund 6 mSv. Alle Grenzwerte für beruflich strahlenexponierte Personen und für die Bevölkerung wurden eingehalten. Im Rahmen der vorgenommenen Inspektionen bestätigte das ENSI, dass in den Kernkraftwerken und den weiteren Kernanlagen ein zweckmässiger Strahlenschutz betrieben wird.

Die Aufsicht über die erste Stilllegung eines Kernkraftwerkes in der Schweiz wird vom ENSI proaktiv wahrgenommen.

Am 15. September 2020 löste die Stilllegungsverfügung des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg ab. Seit diesem Datum gilt das Werk als endgültig ausser Betrieb genommen und es wird in Phase 1 der Stilllegung rückgebaut.

Besonders in der Anfangsphase der Rückbauarbeiten erfordern neue, bislang nicht erkennbare Gegebenheiten immer wieder Modifikationen am geplanten Ablauf, die vom ENSI aufsichtlich kontrolliert und teilweise durch neue Freigaben gestattet werden müssen. Aus sicherheitstechnischer Sicht hat der zügige Abtransport der bestrahlten und zwischenzeitlich hinreichend abgeklungenen Brennelemente Vorrang vor Rückbau- und Zerlegearbeiten. Demzufolge wurden im Jahr 2022 rund 50 Prozent der noch am Standort lagernden Brennelemente in das Zentrale Zwischenlager (ZZL) der Zwiilag Zwischenlager Würenlingen AG abtransportiert.

Abgesehen von den rückbauspezifischen Herausforderungen war die Aufsicht über die Stilllegungsphase 1 für das ENSI vergleichbar mit der Aufsicht über Anlageänderungen während der Betriebszeit. Das ENSI hat die korrekte Umsetzung der Rückbaumassnahmen mit zahlreichen Inspektionen vor Ort und im Rahmen von Fachgesprächen begleitet und überprüft.

Mit dem im Berichtsjahr vorgelegten Konzept für die Rückbauphase 2 kann erwartet werden, dass auch der weitere Rückbau der zu entsorgenden, teilweise stark aktivierten und kontaminierten Anlagenteile sicherheitsorientiert und sachgerecht erfolgen wird.

Das ENSI stärkt seine Position als kompetenter und vertrauenswürdiger Ansprechpartner für Fragen des Strahlenschutz und gestaltet neue Regelungen aktiv mit.

Das ENSI brachte seine entsprechende Fachkompetenz in den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch ein – u. a. im Rahmen des Symposiums der International Commission on Radiological Protection (ICRP2021+1) in Vancouver. Daneben hat das ENSI eine Forschungskooperation mit dem Inselspital Bern lanciert: In einem bis Mitte 2026 andauernden Projekt wird untersucht, inwieweit menschliche Stoffwechselprodukte genutzt werden können, um Belastungen durch ionisierende Strahlung zu messen.

Die Notfallorganisation der Schweizer Kernanlagen wird periodisch im Rahmen von Gesamtnotfallübungen geprüft. Im September fand die aufgrund der Pandemielage um ein Jahr verschobene Gesamtnotfallübung TYCHE statt. Das ENSI nahm an der Übung im Kernkraftwerk Leibstadt mit seiner Notfallorganisation teil – neben internationalen Stellen, Bundesbehörden und kantonalen Stellen. Zuvor hatte

¹ Strategische Ziele: https://www.ensi-rat.ch/de/wp-content/uploads/sites/6/2020/02/20200127_Leistungsauftrag-2020-23_fi-nal_Korr20200210.pdf

das ENSI die Kantone Zürich und Aargau im Rahmen von Ausbildungsveranstaltungen bei ihren Vorbereitungen zur Gesamtnotfallübung unterstützt. Überdies wirkte das ENSI auch an der Notfallübung INOPIA des Kernkraftwerks Beznau sowie an der gemeinsamen Notfallübung ECHO der Zwiilag und des Paul Scherrer Instituts mit.

Das ENSI nimmt die Aufsicht über die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowohl mit hoher als auch thematisch breiter Fachkompetenz proaktiv wahr.

Am 12. September 2022 schlug die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) Nördlich Lägern als Standort des Tiefenlagers für schwach-, mittel- und hochaktive Abfälle sowie Würenlingen als Standort für die Brennelementverpackungsanlage vor. Die entsprechenden Rahmenbewilligungsgesuche wird die Nagra voraussichtlich im Jahr 2024 einreichen. Daraufhin wird das ENSI die Gesuchsunterlagen prüfen sowie ein entsprechendes Gutachten zuhanden des Bundesrates vorlegen. Die Expertengruppe Geologische Tiefenlagerung (EGT) unterstützte im Berichtsjahr das ENSI bei der Vorbereitung der sicherheitstechnischen Beurteilung im Sachplan- und Rahmenbewilligungsverfahren.

Die Sachplan-Gremien betreute das ENSI in Bezug auf sicherheitstechnische Aspekte in Absprache mit der verfahrensleitenden Behörde, dem Bundesamt für Energie (BFE).

Das ENSI hat im Berichtsjahr seine Aufsicht im Bereich Sachplan geologische Tiefenlager aktiv und mit hoher Fachkompetenz wahrgenommen.

Das ENSI stärkt die Öffentlichkeitsarbeit. Es identifiziert öffentlichkeitsrelevante Themen frühzeitig und kommuniziert entsprechend kompetent, differenziert und zeitnah.

Die Informationspflicht des ENSI ist im Kernenergiegesetz verankert. Diese Vorgaben hat das ENSI im Berichtsjahr u. a. mit der regelmässigen Publikation von Newsartikeln auf der Website und der Herausgabe von drei umfassenden Jahresberichten umgesetzt. Das ENSI beantwortete ausserdem Anfragen von Medien und aus der Bevölkerung.

Den Vorgaben der jährlichen Leistungsvereinbarung gemäss evaluierte das ENSI im Jahr 2021 sein Kommunikationskonzept und erarbeitete gestützt darauf – begleitet vom Kommunikationsausschuss des ENSI-Rates – 2022 eine neue Kommunikationsstrategie. Damit wird das ENSI seine Kommunikation verstärkt auf die einzelnen Dialoggruppen ausrichten und seinen Ruf als anerkanntes Kompetenzzentrum für die nukleare Sicherheit und Sicherung festigen.

Überdies begleitete das ENSI folgende Tätigkeitsschwerpunkte mit entsprechenden Kommunikationsmassnahmen:

- die Festlegung neuer Gefährdungsannahmen für die Kernkraftwerke bei Extremwetter-Ereignissen aufgrund der Ergebnisse der Studie «Extremhochwasser an der Aare»,
- die Ankündigung der Nagra, Rahmenbewilligungsgesuche für ein Tiefenlager und eine Verpackungsanlage an den gewählten Standorten auszuarbeiten,

- die 66. IAEA-Generalkonferenz in Wien,

- die siebte Überprüfungskonferenz der Joint Convention in Wien unter Schweizer Vorsitz,

- das vierte ausserordentliche Treffen der Joint Convention in Wien und

- die erste Überprüfungskonferenz des geänderten Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial in Wien.

Darüber hinaus publizierte das ENSI auf der Website eine fünfteilige Artikelserie zum Thema Strahlenbiologie.

2. Finanzielle Ziele

Das ENSI finanziert sich primär über Gebühren, die bei den Betreibern der Kernanlagen erhoben werden. Darüber hinaus erhält das ENSI Abgeltungen des Bundes für Leistungen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit stehen (z. B. Information der Öffentlichkeit, Mitwirkung bei Gesetzen und Verordnungen, Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen), sowie einen Beitrag an die regulatorische Sicherheitsforschung. Diese machten im Berichtsjahr 3,9 Prozent des Betriebsertrages (Vorjahr: 3,9 Prozent) aus. Die Beiträge des Bundes (rund 2,4 Millionen Franken) zur regulatorischen Sicherheitsforschung tragen zu einer unabhängigen und kompetenten Aufsicht des ENSI bei. Ein vom ENSI-Rat eingesetzter Forschungsausschuss begleitete im Berichtsjahr die Überarbeitung der ENSI-Forschungsstrategie: Indem das ENSI an nationalen und internationalen Forschungsprojekten im Bereich der regulatorischen Sicherheitsforschung mitwirkt, stellt es u. a. auch die hohe fachliche Kompetenz der ENSI-Mitarbeitenden sicher.

Gemäss dem gesetzlichen Auftrag wird das ENSI nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt, wobei die nukleare Sicherheit bei der Aufgabenerfüllung gegenüber finanziellen Aspekten Vorrang hat. Entsprechend des im Leistungsauftrag 2020 – 2023 festgelegten Ziels, «*seine Prozesse laufend mit Blick auf betriebswirtschaftliche Grundsätze zu überprüfen und Massnahmen zu deren Optimierung zu ergreifen*», ergänzte das ENSI das neu gestaltete Reporting mit zusätzlichen Kennzahlen.

Der verrechnete Stundensatz der ENSI-Mitarbeitenden für das Jahr 2022 wurde im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert und betrug weiterhin 135 Franken pro Stunde. Mit 103,6 Prozent hat der Kostendeckungsgrad die interne Zielvorgabe von 102,5 Prozent leicht übertroffen. Der Anteil der Gemeinkosten-Stunden ist gegenüber dem Vorjahr wieder gesunken, auf 24,8 Prozent (Vorjahr: 27,2 Prozent).

Die Jahresrechnung des ENSI wird nach den International Financial Reporting Standards for Small and Medium-sized Entities (IFRS for SMEs) erstellt, nachdem der ENSI-Rat im Jahr 2019 beschlossen hatte, eine Anpassung der Rechnungslegungsmethode vorzunehmen. Diese Darstellung wurde in der Jahresrechnung 2022 fortgeführt.

Die Jahresrechnung 2022 des ENSI schloss – bei einem Umsatz von 60,3 Millionen Franken – mit einem Gewinn von 4,3 Millionen (Vorjahr: 5,7 Millionen) und einem Gesamtergebnis, unter Einschluss von versicherungsmathematischen Veränderungen, von 15,5 Millionen Franken (Vorjahr: 22,4 Millionen) ab.

Die Reserven des ENSI beliefen sich Ende 2022 auf 49,4 Millionen Franken (Vorjahr: 43,7 Millionen). Das ENSI verfügt über die zur Aufgabenerfüllung notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen finanziellen Reserven.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Das ENSI verfügt über die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen personellen Ressourcen. Im Berichtsjahr ist der Personalbestand mit durchschnittlich 145,31 Vollzeitstellen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen (144,34 Vollzeitstellen), was sich durch die Besetzung von Vakanz und die überlappende Besetzung bei anstehenden pensionsbedingten Abgängen erklärt. 35,4 Prozent der Beschäftigten stammt aus dem Ausland. Die Anstellungsbedingungen des ENSI sind fortschrittlich und wettbewerbsfähig. Im Jahr 2022 wurden im Rahmen der Umsetzung der Personalentwicklungsmassnahmen ein Development Center sowie verschiedene interne Weiterbildungsprogramme durchgeführt. Die Ergebnisse der Job-Stress-Analyse aus dem Jahr 2021 sind analysiert und abgeleitete Handlungsmassnahmen bereits mehrheitlich umgesetzt.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Als unabhängige Anstalt steht das ENSI in keinem Bindungsverhältnis zu anderen Organisationen oder Körperschaften. Es pflegt allerdings einen intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit, sowohl im Inland (z. B. Paul Scherrer Institut, Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit KNS, Universitäten) als auch im Ausland (andere Aufsichtsbehörden, WENRA, IAEA, CNS, Nuklearenergieagentur der OECD etc.).

Das ENSI wirkte federführend an nationalen und internationalen Fachkonferenzen mit. Von besonderer Relevanz waren im Berichtsjahr die «Topical Issues in Nuclear Safety»-Konferenz der IAEA, die siebte Überprüfungskonferenz des gemeinsamen Übereinkommens über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und die Sicherheit der Behandlung radioaktiver Abfälle («Joint Convention») sowie die erste Überprüfungskonferenz des geänderten Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen (A/CPPNM).

Mit ihrem im April 2022 publizierten Bericht erteilte die internationale Überprüfungsmission der IAEA, genannt «Integrated Regulatory Review Service» (IRRS), Empfehlungen und Vorschläge: Die grösste Herausforderung in der Schweiz wird darin erkannt, die Kompetenz der für die Sicherheit zuständigen Stellen langfristig zu erhalten und auszubauen. Das ENSI hat einen Massnahmenplan erarbeitet. In den nächsten Jahren wird eine Follow-Up-Mission

die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge überprüfen. In Fällen, die nicht zum Zuständigkeitsbereich des ENSI gehören, kontaktierten der ENSI-Rat und das ENSI die entsprechenden Departemente des Bundes, namentlich das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Beide erklärten sich bereit, mit dem ENSI bei der Umsetzung der Empfehlungen und Vorschläge aus der IRRS-Mission zusammenzuarbeiten.

Im Berichtsjahr fanden die 31. Sitzung der Commission France-Suisse (CFS) und die 40. Hauptsitzung der Deutsch-Schweizerischen Kommission (DSK) in Genf statt. Die neunte Sitzung der Commissione Italo-Svizzera (CIS) wurde in Thun abgehalten.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung vermittelt nach der Beurteilung der Revisionsstelle für das am 31. Dezember 2022 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den IFRS for SMEs, und sie entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Revisionsstelle hat dem Bundesrat die Genehmigung der Jahresrechnung empfohlen.

C. Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für nukleare Sicherheit KNS

Im Auftrag des UVEK hat die KNS zum Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates 2022 Stellung genommen. Nach Auffassung der KNS hat der ENSI-Rat seine gesetzliche Aufsichtspflicht gegenüber dem ENSI wahrgenommen. Die KNS hat dem Bundesrat die Genehmigung des Tätigkeits- und Geschäftsberichts und die Entlastung des ENSI-Rates empfohlen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Gestützt auf den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates, den Bericht der Revisionsstelle sowie die Stellungnahme der KNS ist der Bundesrat zum Schluss gekommen, dass das ENSI im Jahr 2022 seine Aufgaben in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Anforderungen erfüllt hat.

Der Bundesrat hat am 9. Juni 2023 den Tätigkeits- und Geschäftsbericht des ENSI-Rates genehmigt und dem ENSI-Rat für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Schweizerische Trassenvergabestelle (TVS)

Internet: www.tvs.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Urs Hany (Präsident), Alexander Stüssi (Vizepräsident), Claudio Blotti, Claudia Demel, Isabelle Oberson Clementi

Geschäftsführer: Thomas Isenmann

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2022 in Kürze

Das zweite Geschäftsjahr der TVS stand im Zeichen der Finalisierung der Aufbauarbeiten. Das interne Kontrollsystem IKS und das Qualitätsmanagementsystem wurden fertig aufgebaut.

Im Bereich *Fahrplanplanung und Trassenvergabe* wurden die Ziele erreicht. Sämtliche Bestellkonflikte für Trassen und für das Abstellen des Rollmaterials konnten koordiniert werden, sodass alle Netznutzungswünsche zu von den Antragstellerinnen akzeptierten Bedingungen umgesetzt werden konnten.

Auch im *Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts* und in der *Führung des Eisenbahn-Infrastrukturregisters* wurden die Ziele erreicht. Für die kleineren Infrastrukturbetreiberinnen nimmt die TVS die Rechnungsstellung und das Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts seit Januar 2022 eigenständig vor. Für die Infrastrukturbetreiberinnen SBB, BLS und SOB sowie für die Hafenbahn Schweiz AG, welche ein gemeinsames Abrechnungssystem anwenden, prüft die TVS die Rechnungen und gibt sie frei. Das Schweizer Eisenbahn-Infrastrukturregister wurde an die neuen Anforderungen der EU angepasst, womit es wiederum kompatibel zum Register der Eisenbahnagentur der Europäischen Union ERA ist.

Die *finanziellen Ziele* wurden weitgehend erreicht. Der vom Verwaltungsrat budgetierte Eigenaufwand wurde unterschritten. Die Revisionsstelle empfahl, die Jahresrechnung zu genehmigen. Da das IKS zwar fertig aufgebaut und dokumentiert, jedoch noch nicht umfassend angewendet wurde, konnte die Revisionsstelle dessen Verwendung noch nicht bestätigen.

Bei den *personalpolitischen Zielen* ist die TVS mehrheitlich auf Kurs. Der Anteil weiblicher Angestellter liegt mit 28,6 Prozent zwar unter dem Zielwert des Bundes, jedoch über den Werten des für die Akquirierung relevanten Arbeitsmarktes der Schweizer Bahnunternehmen. Nicht erreicht wurde der Zielwert zur Personalfriedenheit. In der erstmalig durchgeführten Personalbefragung erhielten die Arbeitsbedingungen zwar die geforderte hohe bis mittlere positive Bewertung, nicht jedoch die Arbeitszufriedenheit und die oberste Leitung. Die Geschäftsleitung hat zusammen mit den Mitarbeitenden Massnahmen definiert und deren Umsetzung terminiert.

Kennzahlen	2022	2021
Finanzen und Personal		
Betriebsaufwand (Tsd. CHF)	73 194,6	64 875,7
Jahresgewinn (Tsd. CHF)	668,3	818,8
Bilanzsumme (Tsd. CHF)	1 589,9	1 882,2
Reserven (Tsd. CHF)	667,8	-151,0
Personalbestand (Anzahl Vollzeitäquivalente per 31.12.)	13,2	14,5
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Anzahl bearbeiteter Trassenkonflikte im Jahresfahrplan	259	275
Anzahl Trassenablehnungen		
- Jahresfahrplan	0	0
- unterjähriger Fahrplan	0	6
Anzahl unterlegener Verfahren bei der RailCom	0	0
Technischer Deckungsgrad PUBLICA (Vorsorgewerk Bund) per 31.12., in %	95,5*	107,3
Gebühren und übrige Erträge		
Gebühreneinnahmen von den Infrastrukturbetreiberinnen im Zuständigkeitsbereich der TVS (Tsd. CHF)	73 843,7	65 652,4
Übrige Erträge (Tsd. CHF)	32,2	43,2

* Geschätzter, noch nicht offizieller Wert.

A. Zielerreichung 2022*

1. Strategische Schwerpunkte

Der Bund strebt mit der TVS den diskriminierungsfreien und transparenten Zugang zum Schweizer Normalspur-Bahnnetz, die gesunde Entwicklung des Wettbewerbs im Eisenbahnverkehr und die optimale Nutzung der Schienenkapazitäten an (Artikel 9e Eisenbahngesetz; SR 742.101). Die TVS nimmt die für den Netzzugang wesentlichen Funktionen des Infrastrukturbetriebs unparteiisch wahr, namentlich die Trassenplanung, die Trassenvergabe, die Erstellung des Netzfahrplans und das Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts. Zudem führt sie das Eisenbahn-Infrastrukturregister.

Die TVS erarbeitet gestützt auf Artikel 9f Absätze 3 – 5 Eisenbahngesetz den Fahrplan nicht selbst, sondern beauftragt die Infrastrukturbetreiberinnen mit der Erstellung von Fahrplanentwürfen. Als Auftraggeberin muss sie jederzeit

gewährleisten können, dass die Aufträge diskriminierungsfrei abgewickelt werden.

Die Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2022 waren die Finalisierung der Aufbauarbeiten, die strategische Konsolidierung und die Festigung der Teambildung.

Die TVS genießt ein hohes Vertrauen bei den Trassenbestellern und Geschäftspartnern. Der im vierten Quartal durchgeführte Kundendialog bestätigte das gute bis sehr gute Dienstleistungsverhalten der TVS. Die Eisenbahnverkehrsunternehmen brachten auch Anregungen ein, welche von der TVS analysiert und, wo gerechtfertigt, in den kontinuierlichen Verbesserungsprozess aufgenommen wurden.

Qualitäts- sowie Risiko- und Chancenmanagement

Die TVS legt Wert auf eine hohe Qualität ihrer Arbeit. Sie finalisierte im Jahr 2022 die Anpassung des Qualitätsmanagementsystems an die neuen Aufgaben und Zuständigkeiten. Des Weiteren wurden der Aufbau, die Dokumentation und die Implementierung des internen Kontrollsystems abgeschlossen.

Die TVS beurteilt jährlich die strategischen und operativen Risiken und Chancen. Aus der im zweiten Quartal 2022 durchgeführten Risiko- und Chancenanalyse wurden keine bedrohlichen Risiken mit unmittelbarem Handlungsbedarf festgestellt. Die als unerwünscht identifizierten Risiken betreffen im Wesentlichen die Konkretisierung der Strategie und die Weiterführung des Teamentwicklungsprozesses. Sie führten zu einer organisatorischen Anpassung per 1.1.2023 und zur Schaffung einer neuen Stelle zur Stärkung der Interessenvertretung bei der Weiterentwicklung der auch von der TVS genutzten IT-Systeme.

Das Unternehmensrisikomanagementsystem (ERM) wurde im Jahr 2022 in Anlehnung an die Norm ISO 31000 weiterentwickelt, insbesondere in Bezug auf die Analyse der Einflussfaktoren und das Stakeholdermanagement. Das Compliance-Managementsystem (CRM) ist im Aufbau; die Compliance-Risiken wurden erfasst. Bezüglich des Betriebskontinuitätsmanagements (BCM) wurden die Risiken analysiert. Zur Beherrschung von IT-Unterbrüchen, dem grössten Risiko, sind die Interventionsfristen bei der TVS-eigenen IT sowie beim Tool RINF-CH in den Service-Level-Agreements mit den externen IT-Providern vertraglich geregelt. Für die Geschäftsabwicklung nutzt die TVS vertraglich geregelt Tools der SBB, für deren Betriebskontinuität die SBB verantwortlich ist. Der Bundesrat erwartet, dass je ein an den entsprechenden ISO-Normen orientiertes ERM, CMS und BCM Ende 2023 vorliegen (strategisches Ziel 3.2).

Fahrplanplanung

Die TVS stellt als Auftraggeberin für die Fahrplanplanung auf dem Schweizer Normalspur-Bahnnetz die transparente Fahrplanplanung und die Mitwirkung der zur Trassenbeantragung berechtigten Unternehmen sicher. Im Rahmen von Sitzungen zur Planung der Kapazitätsnutzung wirkt sie darauf hin, dass die Bedürfnisse der Netznutzerinnen durch

die Infrastrukturbetreiberinnen bestmöglich berücksichtigt werden. Sie sichert die Koordination und Qualität der Auftragserfüllung, indem sie die Ausführung der Aufträge begleitet.

Die Ziele dieses Leistungsbereichs wurden erreicht. Aufgrund der Erfahrungen im ersten Betriebsjahr 2021 optimierte die TVS zusammen mit Vertretern der Infrastrukturbetreiberinnen und dem BAV den konkreten Finanzierungsprozess der Fahrplanplanung. Die gemeinsam vereinbarten Verbesserungen werden auf die Vertragsperiode 2025-2028 hin umgesetzt, wobei kleinere Massnahmen mit raschem Ergebnis bereits ab dem Jahr 2023 angewendet werden.

Trassenvergabe

Eine wesentliche Aufgabe der TVS in der Trassenvergabe ist die Koordinierung von Bestellkonflikten. Bei Trassenbestellkonflikten behindern sich zwei oder mehrere Netznutzungswünsche gegenseitig. Die TVS koordiniert diese Konflikte, indem sie zwischen den Bedürfnissen der Netznutzerinnen und den planerischen Möglichkeiten der Infrastrukturbetreiberinnen vermittelt.

Auch in diesem Leistungsbereich wurden die Ziele erreicht. Für den Jahresfahrplan 2023 konnten für alle 259 Trassenbestellkonflikte (Vorjahr: 275) Alternativen erarbeitet werden, welche das Führen aller Züge zu von den Antragstellerinnen akzeptierten Bedingungen ermöglichten.

Die EVU beantragen auch Zusatzleistungen zu den Trassen, insbesondere Gleiskapazitäten für das Abstellen des Rollmaterials. Je EVU individuell zugängliche Abstellkapazitäten sind jedoch zunehmend knapp. Der Koordinationsprozess war sehr aufwändig. Dank der grossen Flexibilität der EVU gelang es dennoch, für alle Abstellbegehren Lösungen mit von den EVU akzeptierten Anpassungen zu finden.

Die TVS engagiert sich als Mitglied der Vereinigung der europäischen Infrastrukturbetreiberinnen und Trassenvergabebestellen RailNetEurope für eine europäische Harmonisierung der Fahrplan- und Trassenvergabeprozesse. Im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der europäischen Infrastrukturbetreiberinnen und Eisenbahnverkehrsunternehmen wird der Fahrplan- und Trassenvergabeprozess europaweit neugestaltet und seine Marktgerechtigkeit erhöht. Ein Mitarbeiter der TVS leitet hierbei ein Teilprojekt. Auf Schweizer Ebene wirkt die TVS im nationalen Implementierungsprojekt mit.

Als Mitglied der beiden die Schweiz betreffenden europäischen Güterverkehrskorridore Rhein-Alpen und Nordsee-Mittelmeer setzt sich die TVS zudem für abgestimmte Kapazitätsplanungen sowie grenzüberschreitend harmonisierte Trassenangebote ein.

Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts

Die TVS zieht das Trassenbenutzungsentgelt und die Stornierungsgebühren im Namen und auf Rechnung der Infrastrukturbetreiberinnen bei den Eisenbahnverkehrsunternehmen ein und überweist sie an die Infrastrukturbetreiberinnen. Dies erfolgt getrennt von der Buchhaltung der TVS über eine separate Mandanten-Buchhaltung und ein gesondertes Bankkonto. Die Ziele dieses Leistungsbereichs wurden erreicht.

Rund 95 Prozent der von den Zügen auf dem Schweizer Normalspurnetz zurückgelegten Distanzen betreffen die drei grossen Infrastrukturbetreiberinnen SBB, BLS und SOB. Diese nutzen, wie auch die Hafenbahn Schweiz AG, das Abrechnungssystem I-Prix. Die TVS überprüft bei diesen Infrastrukturbetreiberinnen die Trassenpreisrechnungen sowie über Stichproben die Korrektheit der Angaben zu den beanspruchten Leistungen. Sie gibt die Rechnungen frei und überwacht den Zahlungseingang, das Mahnwesen sowie die Kundenreaktionen. Die Prozessabwicklung führte zu keinerlei Beanstandungen. Zudem wurden erste Abklärungen zur künftigen vollumfänglich eigenständigen Durchführung des Inkassos dieser Infrastrukturbetreiberinnen durch die TVS vorgenommen.

Für die weiteren Infrastrukturbetreiberinnen, welche I-Prix derzeit nicht nutzen, nimmt die TVS die Rechnungsstellung und das Inkasso des Trassenbenutzungsentgelts seit Jahresbeginn 2022 eigenständig vor. Sie kontrolliert hierbei die von den Infrastrukturbetreiberinnen gelieferten Rechnungsdaten und prüft mittels Stichproben, ob alle von den EVU bezogenen Leistungen korrekt erfasst wurden. Zudem mahnt sie säumige Zahler und analysiert die Kundenreaktionen. Die Kundenreaktionen beschränkten sich auf Nachfragen zu den Detaildaten der jeweiligen Trassennutzung.

Führung des Eisenbahn-Infrastrukturregisters

Die TVS führt das nationale Eisenbahn-Infrastrukturregister RINF-CH. Dieses enthält räumliche und technische Angaben, welche für das Befahren der Eisenbahninfrastruktur erforderlich sind. Die Ziele dieses Leistungsbereichs wurden erreicht.

RINF-CH ist kompatibel zum Eisenbahn-Infrastrukturregister der Eisenbahnagentur der Europäischen Union ERA aufgebaut, was Voraussetzung ist für die europaweit geltende Fahrzeugzulassung durch die ERA. Die TVS hat im 2022 RINF-CH weitestgehend an die neuen Anforderungen der Durchführungsverordnung (EU) 2019/777 angepasst. Einige noch fehlende Parameter müssen im 2023 noch ergänzt werden. Zudem nahm sie an den drei Sitzungen der ERA mit den nationalen Registerstellen teil, um die Entwicklungen auf Ebene ERA antizipieren zu können. Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2022 war die Konsolidierung der Prozesse zusammen mit den verschiedenen Stakeholdern.

2. Finanzielle Ziele

Die TVS ist nicht gewinnorientiert. Zur Deckung ihrer gemäss Planrechnung ungedeckten Kosten erhebt sie Gebühren bei den Infrastrukturbetreiberinnen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Diese Gebühren werden den Infrastrukturbetreiberinnen im Verhältnis der auf deren Netzen zugeteilten Trassenkilometer verrechnet. In geringem Ausmass erhielt die TVS im Jahr 2022 Erträge für erbrachte Dienstleistungen zugunsten der Vereinigung der europäischen Infrastrukturbetreiberinnen und Trassenvergabestellen RailNet-Europe. Weitere Aufgaben nach Artikel 9v Absatz 4 EBG, welche über Abgeltungen des Bundes finanziert werden, hat der Bundesrat bislang nicht übertragen.

Die *finanziellen Ziele* wurden mehrheitlich erreicht. Die TVS arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und setzt ihre Ressourcen wirtschaftlich und wirksam ein. Der Eigenaufwand der TVS lag im Jahr 2022 um 3,6 Prozent unter dem budgetierten Wert, was auf einen geringeren Personalaufwand infolge Personalmutationen sowie einen geringeren Verwaltungsaufwand zurückzuführen ist. Die TVS schliesst das Jahr 2022 mit einem Bilanzgewinn von 1 336 146 Franken ab, welcher auf die neue Rechnung vorgetragen werden soll. Der Bilanzgewinn dient der Reservenbildung gemäss Ziffer 5.3 der strategischen Ziele 2021-2024 der TVS.

Das interne Kontrollsystem IKS wurde fertig aufgebaut und seine Dokumentation wurde finalisiert. Es konnte jedoch im Geschäftsjahr 2022 noch nicht umfassend angewendet werden, weshalb die Revisionsstelle die Existenz eines IKS als Grundlage für die Aufstellung der Jahresrechnung nicht bestätigen konnte. Ab dem Geschäftsjahr 2023 wird das IKS vollumfänglich genutzt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die TVS akquiriert ihre erfahrenen Spezialistinnen und Spezialisten bei den Schweizer Bahnunternehmen. Um Mitarbeitende gewinnen und diese halten zu können, bietet die TVS fortschrittliche und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen an, so namentlich Teilzeitarbeit, Homeoffice- und Mobileoffice.

Im Jahr 2022 gab es drei Personalausgänge, wobei die per 31.12.2022 austretende Person in den nachfolgenden Kennzahlen noch berücksichtigt ist. Alle drei Stellen wurden wiederbesetzt; zwei Stellenantritte erfolgen anfangs Januar beziehungsweise anfangs Mai 2023.

Der Anteil weiblicher Mitarbeitender liegt mit 28,6 Prozent zwar unter den Zielwerten des Bundes, jedoch über den Werten des für die Akquirierung relevanten Arbeitsmarktes der Schweizer Bahnunternehmen. Der Anteil Arbeitnehmender französischer Muttersprache erhöhte sich um 8,1 Prozentpunkte auf 21,4 Prozent per Ende Dezember 2022. Die TVS weist zurzeit keine Mitarbeitenden italienischer oder rätoromanischer Muttersprache auf.

Die im Jahr 2022 erstmals durchgeführte umfassende Personalbefragung auf Basis des Fragebogens des Bundes ergab ein unbefriedigendes Ergebnis. Zwar erhielten die Arbeitsbedingungen eine hohe (85 und mehr Punkte) bzw. mittlere (65 bis 84 Punkte) positive Bewertung. Die Arbeitszufriedenheit wurde hingegen nur gering positiv (50 bis 64 Punkte) und die oberste Leitung mit 49 Punkten knapp negativ beurteilt. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung anerkennen den Handlungsbedarf. Die im Rahmen von Workshops mit allen Mitarbeitenden vorgenommene Analyse der Gründe für die Unzufriedenheit zeigte, dass die Coronapandemie mit Homeoffice und eingeschränkter Büropräsenz sowohl die Aufbauarbeiten erschwerte, wie auch die Teambildung behinderte. Zusammen mit den Mitarbeitenden wurden deshalb Massnahmen definiert und terminiert, um die Arbeitszufriedenheit zu steigern und das Vertrauen in die oberste Leitung zu stärken. Diese betreffen die Teambildung, die Kommunikation durch die oberste Leitung und den Wissenstransfer über die Geschäftsbereiche hinaus sowie eine Konkretisierung der Strategie, insbesondere in Bezug auf die Rollenwahrnehmung der TVS. Der Bundesrat erwartet, dass diese Massnahmen sich in einem klar besseren Resultat in der nächsten Personalbefragung vom September 2023 niederschlagen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Gfeller + Partner) bestätigt, dass die Jahresrechnung der TVS für das Geschäftsjahr 2022 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Kern-FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Ebenso bestätigt sie, dass der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die Jahresrechnung 2022 zu genehmigen. Da das interne Kontrollsystem IKS zwar fertig aufgebaut und dokumentiert, jedoch noch nicht umfassend angewendet wurde, konnte die Revisionsstelle dessen Verwendung für die Aufstellung der Jahresrechnung noch nicht bestätigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat beantragt dem Bundesrat die Kenntnisnahme des Berichts über die Erreichung der strategischen Ziele 2022, die Genehmigung des Geschäftsberichts 2022, bestehend aus dem Lagebericht und der Jahresrechnung mit Anhang, sowie die Kenntnisnahme des Revisionsberichts. Er beantragt dem Bundesrat im Weiteren, den Bilanzgewinn von 1 336 146 Franken auf die neue Rechnung vorzutragen sowie dem Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 19. April 2023 den Geschäftsbericht der TVS mit dem Anhang zur Jahresrechnung 2022 genehmigt, den Bericht der Revisionsstelle und den Bericht des Verwaltungsrats über die Erreichung der strategischen Ziele 2022 zur Kenntnis genommen sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Jahr 2022 Entlastung erteilt.